

Nr. **2** Juni 2003
14. Jahrgang



DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

eGovernment und eDemokratie
Amerikas globale Verantwortung
Mitverantwortung im Gesundheitswesen
Betrachtungen und Berichte, Termine

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

Editorial

Wochenlang war die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vor allem auf den Krieg im Irak gerichtet. Dieser Krieg führte zugleich zu einer heftigen Debatte über die Rolle der USA und Europas Verhältnis zu Amerika. Die Friedensdemonstrationen könnten ein Startsignal für die „Wiedergeburt Europas“ sein, so Jürgen Habermas. Aber von welchem Amerika soll sich Europa absetzen? Verkörpern die gegenwärtig führenden Kräfte der USA wirklich „Amerika“? Yeshayahu Ben-Aharon versucht eine Antwort auf die Frage nach dem wahren Amerika und seiner globalen Verantwortung.

Inzwischen sind die sozialen Probleme im Inneren wieder verstärkt ins Bewusstsein gerückt. An der „Agenda 2010“ scheiden sich die Meinungen: Sind die Vorschläge wirklich geeignet, den Sozialstaat wetterfest zu machen für die Stürme der Globalisierung, wie der Kanzler in seiner Regierungserklärung meinte, oder handelt es sich um ein Patchwork von Änderungen zu Lasten der sozial Schwachen, ohne zukunftsichernde Wirkung auf den Sozialstaat?

Ein Thema, das dabei auch verstärkt diskutiert wird, ist die zukünftige Gestaltung des Gesundheitswesens. Innovative Vorschläge hierzu enthält der abgedruckte Text von Udo Herrmannstorfer.

Wilhelm Neurohr beleuchtet eine Entwicklung, die von vielen noch gar nicht richtig bemerkt worden ist: eGovernment und eDemokratie lauten die Stichworte.

Wiederholt haben wir im Rundbrief auf die Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO und die davon ausgehenden Gefahren hingewiesen. Dem bevorstehenden Gipfel der WTO vom 10. - 14. September in Cancún/Mexiko wird große Bedeutung für die weitere Entwicklung zukommen. Die Initiative Netzwerk Dreigliederung beteiligt sich deshalb aktiv an den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu Cancún. Auch dies widerspiegelt sich im Heft.

Ihr 

Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingedachte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen S. 3

eGovernment und eDemokratie

Virtuelles Regieren und Verwalten im digitalen Zeitalter: Beginn oder Ende von Demokratie und Freiheit in der Informationsgesellschaft? (Wilhelm Neurohr) S. 5

Amerikas globale Verantwortung

(Yeshayahu Ben-Aharon) S. 11

Wege zur Mitverantwortung im Gesundheitswesen

Vorschläge zu einer strukturellen Umgestaltung auf assoziativer Grundlage (Udo Herrmannstorfer) S. 18

Betrachtungen und Berichte S. 23

Nachrufe auf Renate Riemeck und Friedhelm Dörmann (C. Strawe) S. 23

Auf dem Weg nach Cancún (C. Strawe) ... S. 24

Rohe, mitleidlose Sprache ...

(Andreas Krennerich) S. 26

New Yorker Konferenz

„Amerikanischer Geist, Werte und Macht“

(Ulrich Morgenthaler) S. 27

Universal-Bildung tut not! (Michael Rist) ... S. 28

Gedanken zur zeitgemäßen Finanzierung des Bildungswesens (Thomas Brunner) S. 29

Schulwesen in Freiheit, Recht auf Bildung und Solidarfinanzierung (C. Strawe) S. 30

Beuys-Symposium (Rainer Rappmann) S. 31

Atlas Globalisierung (Gerald Rollet) S. 32

Ankündigungen S. 33

Symposium „Wirtschaft als Kunst - Kunst und Wirtschaft“ S. 33

Tagung „Alternative Sabbatökonomie“ S. 33

Zweites Europäisches Sozialforum Paris S. 34

Ausbildung „Führung in der Selbstverwaltung“ S. 34

Tagung „Alternativen zu Privatisierung, Ausgliederung und Sozialabbau“ S. 35

Tagung „Wenn die Rohstoffe knapp werden“ S. 36

Seminar mit Nicanor Perlas und Irene Johanson S. 36

Innere und äußere Bedingungen qualitativer Arbeit S. 36

Institut für soziale Dreigliederung S. 37

Generalversammlung der GLS S. 37

Jungunternehmerprogramm S. 37

Fortbildungsseminare Individualität und soziale Verantwortung S. 38

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Der Irak-Krieg beginnt. Raketen- und Bombenangriffe werden durchgeführt, amerikanische und britische Truppen marschieren von Kuwait aus in das Land ein. Zahlreiche Tote unter der Zivilbevölkerung und der irakischen Armee, aber auch die Invasionstruppen erleiden Verluste, teilweise durch sogenanntes „friendly fire“. Nachdem anfänglich der Widerstand zäher ist als erwartet, wird schließlich der Flughafen von Bagdad erobert und die Stadt eingeschlossen. Nach ersten Vorstößen gelingt es schließlich, die Stadt zu besetzen. Der befürchtete Häuserkampf findet nicht statt, obwohl immer wieder kleinere Gruppen militärischen Widerstand leisten. Die irakische Führung ist untergetaucht, die Armee befindet sich in Auflösung. Im Norden sind Soldaten der Alliierten zusammen mit kurdischen Kämpfern vorgerückt. +++ Weltweite Demonstrationen gegen den Krieg, zahlreiche Regierungen distanzieren sich vom Vorgehen der USA, zumal diese den Beweis für die Existenz der als Kriegsgrund fungierenden Massenvernichtungswaffen des Irak nach dem Einmarsch weiter schuldig bleiben +++ In Bagdad herrscht das Chaos, Plünderer machen auch vor Krankenhäusern und dem Nationalmuseum nicht Halt. Amerikanische Truppen schreiten nicht ein. Nur das Ölministerium wird umstellt und geschützt +++ Das Verbot der rechtsextremistischen NPD vor dem Bundesverfassungsgericht scheitert. Das Gericht sieht in der Präsenz von V-Leuten des Verfassungsschutzes auf der Führungsebene der NPD ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ +++ Austritt von Jürgen Möllemann aus der FDP +++ Machmud Abbas wird nach längerem Ringen mit Präsident Arafat um seine Kompetenzen neuer Ministerpräsident der Palästinensischen Autonomiebehörde. Abbas wird sowohl von Israel als auch von den USA als Verhandlungspartner akzeptiert +++ Mit dem Fall von Saddams Heimatstadt Tikrit ist der Krieg faktisch gewonnen. In Bagdad beginnen amerikanische-irakische Polizeistreifen mit dem Kampf gegen Plünderer. Vertreter irakischer Oppositionsgruppen beraten in Nassirijah über die Zukunft des Landes; das Treffen wird von der stärksten Gruppe der schiitischen Bevölkerungsmehrheit boykottiert. Der ehemalige US-General Jay Garner wird Leiter einer Übergangsverwaltung +++ Die Übernahme der Pro Sieben Sat 1 Media AG durch den US-amerikanischen Milliardär Haim Saban wird angekündigt +++ Der EU-Gipfel in Athen beschließt die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedsländern in die Gemeinschaft. Die EU fordert

STAND DES KOSTENAUSGLEICHS

Bis 10. Juni waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) 25.000 Euro eingegangen. Rund 9.000 Euro sind im Etat 2003 noch offen. Allen, die bisher beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön!

eine zentrale Rolle der UNO im Irak, was von UN-Generalsekretär Kofi Annan begrüßt wird +++ Eine Reihe von Ex-Regierungsmitgliedern des Irak werden festgenommen bzw. stellen sich den amerikanischen Truppen, darunter der frühere Außenminister Tarik Assiz. Es gelingt jedoch nicht, Saddam Hussein selbst auf die Spur zu kommen. Besuch des amerikanischen Außenministers Powell in Syrien. Sechs Wochen nach Kriegsbeginn erklärt Präsident Bush das Ende der Kämpfe im Irak +++ Wachsende Besorgnis über die Lungenkrankheit SARS. Das Ausmaß der Seuche in China erweist sich als weit größer als zuvor zugegeben. Der Gesundheitsminister und der Pekingener Bürgermeister werden ihrer Ämter enthoben +++ Das Nationale Olympische Komitee entscheidet sich für Leipzig als deutsche Bewerberin für die Olympischen Spiele 2012 +++ Das sogenannte Nahost-Quartett (USA, EU, UN und Russland) übergeben einen Friedensplan für die Region an Israel und die Palästinenser, nachdem der von Israel und den USA als Verhandlungspartner favorisierte Machmud Abbas als Ministerpräsident vereidigt worden ist. Weitere Selbstmordattentate +++ Vierer-Gipfel in Brüssel zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg.

Vorgeschlagen wird die Gründung eines EU-Planungsstabs für eine gemeinsame Verteidigungspolitik +++ Schweres Erdbeben in der Türkei mit zahlreichen Todesopfern +++ Die evangelische Theologin und Schriftstellerin Dorothee Sölle stirbt im Alter von 73 Jahren. Sölle hatte unter anderem in Köln das sogenannte politische Nachtgebet begründet +++ Heftige Auseinandersetzungen um die von Kanzler Schröder vorgeschlagene

Agenda 2010 zum Umbau des Sozialstaats. Kritiker in der SPD wollen gegen das Projekt ein Mitgliederbegehren starten. Schließlich wird ein Sonderparteitag für Juni anberaumt, bei dem die Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt werden sollen. Der SPD-Vorstand stellt sich mehrheitlich hinter Schröder, der indirekt mit Rücktritt für den Fall der Anlehnung gedroht hatte. Heftige Kritik auch aus dem Gewerkschaftslager. Die Gewerkschaften sagen ein Spitzengespräch mit dem Kanzler ab +++ Nach einem „Zwischenhoch“ während des Irak-Krieges sinken die Umfragewerte der Regierung wieder drastisch +++ Der Irak soll in drei Zonen geteilt werden. Im Süden werden Truppen aus Großbritannien, im Norden polnische Soldaten stehen, die US-Army wird im Zentral-Irak die Besatzungstruppen stellen +++ Die Fraktionen von CDU und SPD im schleswig-holsteinischen Landtag nehmen nach massiven Protesten der Bürger und massenhaften Parteiaustritten ein Gesetz über Diätenerhöhung für die Landtagsabgeordneten wieder zurück +++ 4,5 Millionen Menschen waren im April in Deutschland arbeitslos +++ Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB legt einen Gegenentwurf zur Agenda 2010 vor. Kern ist ein Konjunkturprogramm von 15 Mrd. Euro, das über eine Neuverschuldung von 7,5 Milliarden Euro finanziert werden soll +++ USA-Reise von Vertei-

* Bis 11. Juni 2003

digungsminister Struck + + + Ringen um die Aufhebung der UNO-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak + + + Zur Finanzierung der Gesundheitsreform wird die Tabaksteuer um 1 Euro pro Schachtel erhöht + + + Führungskrise in der PDS, für Juni wird ein Sonderparteitag einberufen + + + Streik gegen die geplante Rentenreform in Österreich + + + Bund, Länder und Gemeinden müssen in den nächsten Jahren dramatische Steuerausfälle verkraften. Die von Bundesfinanzminister Hans Eichel vorgelegte Steuerschätzung für 2003 bis 2007 geht davon aus, dass der Staat mit rund 126 Mrd. Euro weniger kalkulieren kann als bisher veranschlagt. Allein in diesem Jahr rechnet man mit 8,7 Mrd. Euro weniger. Für 2003 muss der Minister doppelt so viel neue Schulden machen wie geplant: 38 Milliarden Euro + + + Terroranschläge in Saudi-Arabien, Tschetschenien und Marokko + + + Gewaltsame Befreiung gekidnappter Sahara-Touristen durch algerische Soldaten + + + Besuch von US-Außenminister Colin Powell in Berlin + + + Neuer US-Verwalter im Irak wird der Diplomat Paul Bremer + + + Parteitag der FDP, Guido Westerwelle wird im Amt bestätigt + + + Der UN-Sicherheitsrat hebt die Irak-Sanktionen auf + + + 41 Menschen sterben bei Terroranschlägen in Casablanca/Marokko + + + Scharon erklärt sich schließlich bereit, den internationalen Friedensplan für den Nahen Osten anzunehmen und dem Kabinett zur Abstimmung vorzulegen + + + Die Grünen lockern das Prinzip der Trennung von Amt und Mandat + + In vier Bundesländern wird eine Haushaltssperre verhängt + + + Serie von Busunglücken mit zahlreichen Toten + + + Ein schweres Erdbeben fordert in Algerien mehr als 1400 Tote + + + Ökumenischer Kirchentag in Berlin, am Schlussgottesdienst nehmen über 200.000 Menschen teil. Kirchenpolitischer Höhepunkt ist die Unterzeichnung der Charta Oecumenica durch den Ratsvorsitzenden der EKD, den Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz sowie die Spitzenvertreter der anglikanischen, orthodoxen und Freikirchen in Deutschland. Ein Schatten fällt auf das Ereignis durch die Suspendierung eines katholischen Priesters, der an der Feier eines ökumenischen Abendmahls beteiligt war wegen des „Straftatbestands“ der „verbotenen Gottesdienstgemeinschaft“ + + + Gipfel in Sankt Petersburg + + + Präsident Bush besucht Polen + + + Ein Sonderparteitag der SPD billigt mit großer Mehrheit Schröders Agenda 2010 + + + G-8-Gipfeltreffen der sieben wichtigsten Industrienationen und Russlands in Evian/Frankreich am Genfer See. Die Presseberichterstattung betont die Annäherung der Positionen nach den Meinungsverschiedenheiten während des Irak-Kriegs. Demonstrativ hatte man die Führer einiger Länder des Südens und UNO-Generalsekretär Annan eingeladen. Substanzielle Änderungen der G8-Politik im Interesse dieser Länder sind jedoch nicht in Sicht. Beispielhaft zeigt das die ablehnende Reaktion der G8-Staatschefs auf den Vorschlag des brasilianischen Präsidenten Lula, als Armut bekämpfende Maßnahme eine Sondersteuer auf Waffengeschäfte einzuführen. Es kommt zu einer Reihe eindrucksvoller Protestaktionen gegen den Gipfel, an den Demonstrationen beteiligen sich über 100.000 Menschen + + + Gipfeltref-

fen im jordanischen Akaba zwischen Israel und Palästinensern im Beisein von US-Präsident Bush. Der palästinensische Regierungschef Machmud Abbas ruft zu einem Ende der Gewalt gegen Israel auf, während der israelische Premierminister Ariel Scharon im Gegenzug die Räumung illegaler Siedlungsposten ankündigt. Radikale jüdische und palästinensische Gruppierungen protestieren gegen den Friedensplan + + + Nach wochenlangem Streit um das künftige Institutionengefüge der EU zeichnen sich im EU-Zukunftskonvent Kompromissmöglichkeiten ab. Ein neuer Vorschlag des Konventspräsidiums sieht eine deutliche Einschränkung des Kompetenzen des vorgesehenen hauptamtlichen EU-Ratspräsidenten vor, der zwar für jeweils zweieinhalb Jahre gewählt werden, jedoch keine eigene Verwaltung erhalten soll. Zugleich ist die Möglichkeit vorgesehen, dass dieser Ratspräsident auch einer EU-Institution, z.B. der Kommission, angehören kann. Damit soll Bedenken der Kommission und der kleinen Länder Rechnung getragen werden. Bis 2009 soll die Kommission auf 15 Mitglieder verkleinert werden, auch ergeben sich Änderungen im Abstimmungsmodus der EU im Sinne einer Stärkung des Mehrheitsprinzips. Joschka Fischer, der sich Hoffnungen auf das Amt eines europäischen Außenministers machen darf, fordert Mehrheitsentscheide auch für die europäische Außenpolitik. Neu ist auch ein europäisches Bürgerbegehren + + + Jürgen Habermas und Jaques Derrida fordern mit weiteren europäischen Intellektuellen eine Erneuerung europäischer Identität aus dem Geist der Friedensbewegung gegen den Irak-Krieg. Europa müsse sich stärker von der US-Politik abgrenzen + + + Großbritannien sieht die Einführung des Euro zum gegenwärtigen Zeitpunkt als verfrüht an + + + Die Polen entscheiden sich bei einem Referendum mit großer Mehrheit für die Mitgliedschaft in der EU + + + Der EU-Verfassungskonvent beginnt seine letzte Sitzungsperiode. Man hofft nun, den Entwurf für eine europäische Verfassung trotz noch bestehender Meinungsverschiedenheiten endgültig fertig stellen zu können, so dass er dann Ende Juni einem EU-Ratsgipfel in Thessaloniki vorgelegt werden kann. Das Projekt einer europäischen Verfassung will man dann bis Jahresende realisieren. 96 Mitglieder des Konvents hatten zuvor einen Aufruf unterzeichnet, die Verfassung - wie von der European referendum Campaign gefordert - einer Volksabstimmung in allen europäischen Ländern zu unterstellen + + + Eine EU-Eingreiftruppe soll das Morden im Kongo stoppen helfen. Die Bundesrepublik beteiligt sich mit ihrem fliegenden Lazarett und Transportmaschinen an dem Einsatz + + + Der frühere FDP-Politiker Möllemann kommt bei einem Fallschirmabsprung ums Leben. Zuvor hatte der Bundestag die Immunität des Abgeordneten aufgehoben, dessen Haus daraufhin durchsucht worden war. Viele Anzeichen sprechen für Selbstmord, es werden jedoch auch Zweifel an dieser Deutung laut + + + Papst Johannes Paul II. besucht Kroatien, es ist seine hundertste Auslandsreise + + + Gezielter israelischer Anschlag auf den Hamas-Führer Rantisi gefährdet den Friedensprozess, mehrere Tote, Rantisi überlebt + + +

eGovernment und eDemokratie

Virtuelles Regieren und Verwalten im digitalen Zeitalter: Beginn oder Ende von Demokratie und Freiheit in der Informationsgesellschaft?

Wilhelm Neurohr

Im Dezember 2003 findet in Genf der „World Summit on the Information Society (WSIS)“ statt - ein UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft unter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Bis dahin arbeiten Bund, Länder und Kommunen in Deutschland längst im Rahmen ihrer Media@Komm-Projekte (siehe Kasten S. 9) mit Nachdruck daran, die technischen Infrastrukturen des Internet intensiv zu nutzen, um im Verbund mit kommerziellen Betreibern (Public Private Partnership) den öffentlichen Raum, die öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturen sowie die Demokratie und Bürgerbeteiligung digital zu gestalten und die föderalistisch aufgebauten Demokratie-Ebenen im Verbund mit kommerziellen Angeboten virtuell zu verknüpfen und zu verschmelzen.

Das ist der Beginn einer neuen Ära in der elektronischen Informationsgesellschaft nach einem technokratischen Verwaltungs- und Demokratiemodell, mit dem die Fragen nach Beginn oder Ende von Demokratie und Freiheit auftauchen, bis hin zur Befürchtung der weltweiten sozialen Spaltung der Menschen im digitalen Zeitalter nach ihren Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten.

eGovernment und andere gesellschaftliche Formen der Nutzung weltweiter Netze werden zu einem deutlichen Wandel in der Rolle des Staates und der Kommunen und an deren Arbeitsplätzen sowie der öffentlichen Dienste führen, auch durch gemischtwirtschaftliche Unternehmen mit privaten Partnern. Bereits im Dezember 1999 hat die Bundesregierung ihr Programm „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ verabschiedet, im September 2002 folgte die eGovernment-Initiative „Bund Online 2005“, mit der alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung bis zum Jahre 2005 online bereitgestellt werden. Dem haben sich Landes- und Kommunalverwaltungen angeschlossen. Welche Chancen

und Risiken sind mit „eGovernment“ und „eDemokratie“ sowie „eKommerz“ und „eLearning“ verbunden und was verbirgt sich dahinter?

Auflösung der kommunalen Selbstverwaltung im virtuellen Netzwerk? Demokratie in entgrenzten Räumen ist neu zu erfinden

Wie öffentlich und demokratisch wird eGovernment sein und wie werden zivilgesellschaftliche Komponenten gestärkt? Wie verändert das Internet den öffentlichen Raum und die Informationsfreiheit sowie die Arbeitswelt? Bleiben Datensicherheit und die vertrauliche Kommunikation sowie informationelle Selbstbestimmung der Bürger gewahrt? Verbergen sich hinter den öffentlichen Internet-Portalen kommerzielle Unternehmen, ohne dass dieses erkennbar wird? Wie wird mit dem neuen Urheberrecht gewährleistet, dass der Zugang zu Werken in öffentlichen Bibliotheken im digitalen Zeitalter erhalten bleibt?

Besorgte Kritiker befürchten unter anderem, dass sich insbesondere die ohnehin akut gefährdete kommunale Selbstverwaltung mit ihren sozialräumlichen Gestaltungsmöglichkeiten als „virtuelles Rathaus“ und virtuelles Verwaltungsnetzwerk in den kommerziellen Netzwerken internationaler Dienstleistungskonzerne auflöst und von der eigentlich notwendigen Reformdebatte abgelenkt wird. Das eigene Rathaus mit den bislang noch dahinterstehenden Kommunalbediensteten wird im anonymen Netzwerk eines grenzüberschreitenden Dienstleistungsverbundes nicht mehr identifizierbar sein, weil die Dienstleistungen teilweise in auswärtigen Kompetenzzentren zentral erbracht werden sollen. Damit droht auch die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte ausgehebelt

zu werden. Schon wird in der Zivilgesellschaft (z.B. in Recklinghausen) daran gearbeitet, dem gegenüber ein bundesweites Internet-Bürger Netzwerk „Publi-City“ als Kommunikationsplattform und einflussreiches Diskussionsforum für die Bürger vorzubereiten. Demokratie und Regieren in entgrenzten Verwaltungs- und Wirtschaftsräumen und virtuellen politischen Räumen sind neu zu erfinden, mit einer besonderen Rolle der Zivilgesellschaft.

Nachdem die Staatsgrenzen im Zuge der Globalisierung immer bedeutungsloser werden, verlieren auch die Gemeindegrenzen als soziale und kulturelle Gestaltungs- und Bezugsräume politischen Verwaltungshandelns im digitalen Zeitalter ihre Bedeutung, obwohl die kommunale Selbstverwaltung umso wichtiger wird, je mehr die Globalisierung voranschreitet. Da die öffentlichen Haushalte insbesondere der Kommunen finanziell vor dem Ruin stehen, erstreben und erhoffen jedoch die Betreiber von -eGovernment mit dem „virtuellen Rathaus“ und einer grenzenlosen Bündelung und arbeitsteiligen Zentralisierung ihrer Verwaltungs- und Dienstleistungsangebote das größte Kosten- und Personaleinsparungsprogramm seit Bestehen der öffentlichen Verwaltung und damit gigantische Rationalisierungsgewinne. Gleichzeitig erhofft man sich mehr Demokratie und Bürgerorientierung durch neuartige Beteiligungsformen per Internet in den entgrenzten Räumen. Können aber unverbindliche Diskussions- und Kommunikationsforen im Internet, die von der Exekutive ausgewertet oder auch ignoriert werden, die demokratischen Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse oder parlamentarischen und direktdemokratischen Mehrheitsverfahren ersetzen?

Geraten Bürger, Verwaltungen und Regierungen in neue Abhängigkeiten - und Persönlichkeits- und Datenschutz und Sozialkontakte unter die Räder?

Ist durch eGovernment eine nachhaltige kommunale Haushaltssanierung möglich und bringt die technische Rationalisierung wirklich Ersparnisse und mehr Partizipation der Bürger, oder beschert sie der öffentlichen Hand nur neue zusätzliche Kosten und Aufwände und den Bürgern weniger direkte Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie zusätzliche Datenschutzprobleme mit der geplanten „digitalen Bürgerakte“, die in sämtlichen Verwaltungen abrufbar und verfügbar sein soll? Handelt es sich um den Ausweg aus der Krise oder entstehen ganz neue Bedrohungen und Herausforderungen durch die Vision eines technokratischen Demokratie- und Verwaltungsmodells mit dem „gläsernen Bürger“ und dem „gläsernen Mitarbeiter“? Oder macht der bequeme und jederzeit von jedem Ort verfügbare digitale Dienstleistungsservice für die Bürger die Nachteile und die Demokratiedefizite und Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen per Saldo wett? Lenken eGovernment und eDemokratie von den eigentlichen gesellschaftlichen

Problemen und den wahren Problemursachen lediglich ab oder sind sie die verheißungsvollen Problemlöser der Zukunft, weil es bisher an bloßer Technikerunterstützung gemangelt hat?

Kritiker befürchten neue Abhängigkeiten, schlechende Privatisierungen und Zerschlagung öffentlicher Informations-Infrastrukturen bis hin zur vollständigen Privatisierung der Netze mit vereinheitlichter Software. Sie warnen vor Einschränkungen des Persönlichkeits- und Datenschutzes - der sich nach Meinung von Befürwortern des eGovernment den technischen Erfordernissen anzupassen hat. Ferner erwarten sie mehr Regulierung und Zentralisierung sowie Überwachung statt neue Freiräume, mangelnde Abgrenzung zwischen öffentlichen und kommerziellen Diensten und Zwangsnutzungen statt Freiwilligkeit. Geraten Regierungen und Verwaltungen in Abhängigkeit von fremden Monopolen? Und reicht die Medienkompetenz der Bevölkerung aus, um alle Gefahren im elektronischen Netzwerk zu durchschauen und der drohenden Anonymisierung in den direkten Bürgerkontakten vor Ort zu entgehen? Droht der Verlust der sozialen Welt bei Demokratie per Netz oder winkt eine Bereicherung und Erweiterung der demokratischen Möglichkeiten mit „Versammlungsfreiheit im Netz“? Kann eine Regierung oder gar ein Unternehmen Kontrolle über die Medien ausüben?

Wie wird verhindert, dass gesellschaftliche Gruppen ohne Medienkompetenz ausgegrenzt werden? Immerhin sind 875 Mio. Menschen weltweit Analphabeten, zwei Drittel davon Frauen, vor allem in bevölkerungsreichen Entwicklungsländern (bis zu 75% auf dem Lande), die sich keinen Internet-Zugang leisten können. Im Zuge des drastischen Sozialabbaus wird selbst in Deutschland demnächst ein PC und Internet-Zugang für immer mehr Menschen unerschwinglich werden. Ein Zugang zum Internet, das einmal als demokratisches Zukunftsmedium große Hoffnungen geweckt hat, bleibt bislang einer kleinen Minderheit der Weltbevölkerung vorbehalten. Eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Demokratie-Entwicklung im digitalen Zeitalter ist längst überfällig, wird aber bislang meist nur in Expertenkreisen geführt.

Die Software als Kulturgut: Digitale Spaltung erfordert eine Charta der Bürgerrechte in der Wissens- und Informationsgesellschaft

Diskutiert werden allerdings bereits die öffentlichen Rahmenbedingungen für ein demokratisches Europa im digitalen Zeitalter einschließlich der Gefährdungen für die Demokratie, auch weil eine digitale Spaltung eintreten könnte, wenn nicht alle den gleichen Zugang im Rahmen des gigantischen Projektes haben. Aber auch der

EGOVERNMENT FÜR JEDERMANN UND JEDE FRAU - KINDERLEICHT UND SICHER?

Erscheinungsformen und Modelle von eGovernment im öffentlichen Sektor

Der Begriff eGovernment - zusammengesetzt aus den beiden englischen Wörtern „electronic“ (elektronisch, rechnergestützt) und „Government“ (Verwaltung, Regierung) - bezeichnet die Bemühungen der öffentlichen Verwaltung, ihre Aufgaben und die darauf bezogenen Verwaltungsabläufe mittels der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie zu erfüllen. Dabei steht die Nutzung des World Wide Web, also des Internets, häufig als Medium im Mittelpunkt der Betrachtung. EGovernment ist gleichsam Synonym für die Modernisierung der überkommenen aktendominierten Verwaltung im Innen- und Außenbereich, für Aufbruchstimmung und den IT-Einzug in die Verwaltungsstrukturen auf unterschiedlichen Ebenen. Der Begriff eGovernment erhält für die speziellen Verwaltungsaufgaben und -anforderungen einer Behörde einen eigenen Bedeutungsinhalt. Er bezeichnet die Durchführung von Prozessen der öffentlichen Willensbildung, der Entscheidung sowie der Leistungserstellung und -abwicklung in Politik, Regierung und Verwaltung unter Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken, insbesondere des Internet. Einbezogen ist der gesamte öffentliche Sektor.

Für Aufbau, Struktur und Abwicklung von eGovernment sind drei Interaktionsformen bestimmend, nämlich Information, Kommunikation und Transaktion, mit Auswirkungen für die interne und externe Kommunikation der öffentlichen Verwaltung, die sich online auf die Bürgerinnen und Bürger zubewegt, aber dazu konsequente Organisations- und Personalentwicklungsmaßnahmen zuvor im Inneren abwickeln muss. EGovernment ist aber nicht nur allein im Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürgerschaft wirksam, sondern außerdem wirken weitere Akteure mit, nämlich die Politik, die Wirtschaft sowie Organisationen und Verbände, die mit ihnen und untereinander vielfältig verflochten sind. Die Politik erhofft sich dadurch auch sowohl ein verbessertes Instrument der Wirtschaftsförderung und Standortpflege als auch die Verbesserung der politischen Willensbildungsprozesse der Parteien, Fraktionen und Mandatsträger mit Hilfe des eGovernment unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, mit neuen Impulsen für partizipative Prozesse und Bürgerengagement. Auch die sonstigen am Gesellschaftsprozess Beteiligten, wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen, Berufsverbände, Interessenvereinigungen und zivilgesellschaftliche Gruppen finden im eGovernment ein Forum zum Transport von Informationen und Kommunikation und können dies zur Intensivierung ihrer Mitwirkungsfunktionen nutzen. Neue Kooperationsformen schaffen intensive Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen einer Vielzahl von Behörden und Einrichtungen, losgelöst von Einzugsgebieten und Ansässigkeit von Spezialisten. So trägt eGovernment zur Überwindung von Raum und Zeit bei.

Die verschiedenen Modelle und Erscheinungsformen von eGovernment auf verschiedenen Ebenen haben neue Begriffe entstehen lassen, wie z.B. „eDemokratie“, „eInformation“, „eKommunikation“, „eTransaktion“, „eKommerz“ und „eLearning“, „eRegister“ und „eArchiv“, die als bloße begriffliche Ableitungen oder Unterbegriffe hier nicht näher erläutert werden sollen. EGovernment und andere gesellschaftliche Formen der Nutzung weltweiter Netze werden zu einem deutlichen Wandel in der Rolle des Staates und der Kommunen führen. Das gilt insbesondere für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, für dessen Schutz auch der Einzelne selbst tätig werden muss. Die bisherige Vollzugsverantwortung des Staates wird sich also in eine Gewährleistungs- und Infrastrukturverantwortung verändern: Der Staat muss den Einzelnen in die Lage versetzen, die Vertraulichkeit und Integrität seiner personenbezogenen Daten selbst besser als bisher zu schützen, und er muss dazu von seiner Seite die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören der Einsatz von datenschutzfreundlicher Technik ebenso wie die Bereitstellung von Selbstschutzinstrumenten und die Einführung von Auditierungsverfahren und Gütesiegeln.

Wenn jedoch mit der Einführung des internationalen GATS-Abkommens und anderer globaler Entwicklungen die kommerziellen Betreiber den Staat und die Kommunen an die Seite drängen oder vereinnahmen, schwindet auch der Einfluss des Staates auf dieses weltweiten Internet-Entwicklungen und ihre demokratische und rechtliche Ausgestaltung.

Ohnehin werden diese technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und erweiterten Möglichkeiten zur mobilen Datenkommunikation auch die Strukturen und Arbeitsverfahren der Verwaltungen weiter massiv verändern. Zuständigkeiten und Ortsgebundenheiten werden ihre Bedeutung verlieren. Produktion und Vertrieb von Verwaltungsleistungen werden im Kundeninteresse getrennt werden können: die Bürger werden nur noch über ein einziges Internet-Fenster an die Verwaltung ihr Anliegen herantragen, ohne sich um Zuständigkeiten oder Aufgabenverteilungen kümmern zu müssen, und das unabhängig vom jeweiligen Wohn- oder Aufenthaltsort. Angebote werden auch noch stärker nach Zielgruppen ausdifferenziert und auch komplexe und verknüpfte Leistungen umfassen. Ohne die Vermittlung von technischer und kultureller Medienkompetenz für alle, gerade auch für ältere Menschen, Zuwanderer, sozial Schwache und Behinderte wird jedoch die digitale Spaltung der Gesellschaft nicht zu vermeiden sein. Gleichwohl darf die Nutzung des elektronischen Weges zu den Verwaltungen und zur Politik nicht rechtlich verpflichtend oder alternativlos vorgegeben werden, sondern dem Einzelnen muss die freie Wahl des Mediums überlassen bleiben. Vor allem muss der Schutz personenbezogener Daten gesichert bleiben, sowohl bei den Nutzungsdaten als auch bei den Verbindungsdaten und den Inhaltsdaten, wie es der Datenschutz vorschreibt. Dazu gehört auch die Transparenz für die Nutzer - eine ungeheure Herausforderung für die Datenschützer angesichts der vielen Bedrohungen im Netz.

föderalistische Staatsaufbau, die räumlichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Verwaltungen und Demokratie-Ebenen sowie die Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung laufen Gefahr, sich im grenzenlosen kommerziellen Netzwerk mit seinem Dienstleistungs- und Datenverbund aufzulösen. Auch gibt es ungeahnte und ungelöste oder unlösbare neue Probleme des Datenschutzes. Es ergeben sich vielfältige Notwendigkeiten für europaweite Gesetzesabstimmungen und Klärungen, auch vor dem Hintergrund des globalen Einflusses auf deutsches und europäisches eGeschehen. Wie sieht es überdies aus mit der Eigenständigkeit von Kulturen und Minderheitskulturen und deren unterschiedlichen Zugangsformen? Erwogen wird bereits eine Charta der Bürgerrechte in der Wissens- und Informationsgesellschaft.

Die Software als Kulturgut und die Macht über die Netze hat großen Einfluss auf die Gesellschaft von morgen und erscheint keinesfalls ethisch neutral, da Software-Bindung globale Macht verleiht und die Chancengleichheit einschränkt. Wer hat etwas davon - und ist der Aufwand größer als der Nutzen eines technokratischen Zukunftsmodells? Was ist verboten und was ist erlaubt? Kommen alle Daten universell in einen Topf oder widerspricht das dem Menschenbild des Grundgesetzes? Wo bleibt die gesellschaftliche Zieldiskussion über das gigantische Vorhaben und seine vielfältigen rechtlichen Problematiken? Ist Kommunikationsfreiheit ohne Zensur gewährleistet? Und welche Folgen hat die Virtualisierung der Arbeitswelten für die Menschen, die hinter dem Netzwerk tätig sind? Besteht die Gefahr der Polarisierung und Spaltung am Arbeitsmarkt?

eGovernment wird die Arbeitswelt auch im öffentlichen Dienst dramatisch verändern und die wenigen verbleibenden Arbeitsplätze zu Heimarbeitsplätzen mit Scheinselbständigen-Status degradieren, so befürchten die Gewerkschaften. Fragen über Fragen, die es erfordern, sich näher mit dem bereits zügig voranschreitenden Vorhaben E-Government zu beschäftigen, je mehr sich auch auf diesem technischen Wege Politik, Wirtschaft und Kultur immer mehr vermischen und verschmelzen, statt sich abzugrenzen und zu gliedern - umso mehr ein Zukunftsthema auch für das Netzwerk Soziale Dreigliederung.

QUELLEN- UND LITERATURHINWEISE:

Handlungsempfehlungen für datenschutzgerechtes eGovernment der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder. Hrsg.: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Hannover

Konferenzunterlagen des ver.di-Kongresses „eDemokratie - eGovernment - öffentliche Dienste“ vom 7.-5. Mai 2003 in Berlin

Wie öffentlich und demokratisch wird eGovernment sein? 100 Fragen zum Thema eGovernment und öffentliche Dienste, „governnet.de Forum für demokratisches eGovernment“, eine Initiative von ver.di (Hrsg. Annette Mühlberg, Band 3 der

ver.di-Schriftenreihe „Innovation + neue Medien + Beteiligung, Öffentliche Dienste im Wandel“)

Online-Arbeiten im Virtuellen Rathaus. Gewerkschaftliches Memorandum an das Projekt Media@Komm, Esslinger Erklärung. Hrsg. Annette Mühlberg, Band 2 der ver.di-Schriftenreihe „Innovation + neue Medien + Beteiligung, Öffentliche Dienste im Wandel“

Rechtskonformes eGovernment, Antworten auf Kernfragen beim Bau eines virtuellen Rathauses. Media@Komm Erfolgsmodell kommunales eGovernment, Hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Februar 2003

Kreistagsvorlagen und Statusberichte der Gemeinsamen Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Recklinghausen (GKD) zu den eGovernment-Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Kreises Recklinghausen, vom 6.11.2002

Broschüre eGovernment-Strategie der Gemeinsamen Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Recklinghausen, 2003

Mitbestimmung bei eGovernment mit vernetzter Personalratsarbeit. Aufsatz von Dr. Manuel Kiper in der Zeitschrift „Der Personalrat“ 3/03

eGovernment auf der Cebit 2003 - NRW-Behörden präsentieren zukunftsweisende Projekte. Sonderdruck der Landesregierung NRW zu den „e-services“ auf dem Gemeinschaftsstand der Unternehmen und Verwaltungen aus NRW auf der Computermesse Cebit 2003 in Hannover

Bürgerservice durch eGovernment. Bericht über den Informationstag der Staatskanzlei NRW für Kommunen am 15. Januar 2003 in Düsseldorf, in der Zeitschrift „VM-Impulse“ zur Verwaltungsmodernisierung und Zukunftsvisionen im öffentlichen Dienst NRW, Ausgabe Februar 2003.

Online: Beschäftigte brauchen Rechte. Broschüre zur Kampagne von ver.di und OnForTe (Arbeiten, Lernen, Kommunizieren im Netz), www.onlinerechte-fuer-beschaeftigte.de

Call Center, Service Center, eGovernment. In: aser:info, Schriftenreihe des Institutes ASER e.V., Ausgabe November 2002

E-Government: Effizient verwalten - demokratisch regieren. Broschüre der Bertelsmann-Stiftung als Ergebnis internationaler Recherchen. Hrsg. Thomas Hart, Stefan Friedrichs, Oliver Schmidt, Gütersloh, ISBN 3-89204-663-89

Electronic Government - Chancen der Verwaltungsmodernisierung durch Informationstechnologie. Electronic Office der Industrie- und Handelskammer zu Köln, XIII P+P

eGovernment. Folienvortrag W.Neurohr auf der Klausurtagung 2003 der Personalräte Kreisverwaltung Recklinghausen in Bödefeld

Der **Autor** ist als Personalratsvorsitzender einer großen Kreisverwaltung („Modellkreis eGovernment“) seit 10 Jahren Mitglied im Koordinierungsausschuss der Gemeinsamen Kommunalen Datenverarbeitungszentrale für die 11 Kommunen des nördlichen Ruhrgebietes sowie in einem interkommunalen Arbeitskreis eGovernment und hat an diversen Tagungen und Veranstaltungen zu dem Thema teilgenommen, u.a. beim Regierungspräsidenten Münster, in der Staatskanzlei Düsseldorf und zuletzt an einem ver.di-Bundeskongress in Berlin.

MEDIA@KOMM-PROJEKTE

- EINE DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN INITIATIVEN ZUR ENTWICKLUNG UND UMSETZUNG VON MULTIMEDIAPROJEKTEN IN STÄDTEN UND GEMEINDEN MIT MILLIONENFÖRDERUNG

Die Präsenz von Städten und Gemeinden im Internet wächst. Der breite Durchbruch zur rechtsverbindlichen Interaktion in elektronischen Netzen auf Basis der elektronischen Signatur (elektronische Unterschrift und Identifikation) steht noch aus. Hier setzt das Projekt MEDIA@Komm an, welches eingegliedert in das Aktionsprogramm „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ - durch das Bundesministerium für Bildung, Forschung und Technologie (BMBF) - als eine der größten deutschen Initiativen zur Entwicklung und Umsetzung von Multimediaprojekten in Städten und Gemeinden ins Leben gerufen wurde. In einem Förderwettbewerb wurden die Städte und Gemeinden ermittelt, welche die besten integrativen Konzepte zur Entwicklung von multimedialen Diensten, möglichst unter Nutzung der elektronischen Signatur, entwickelt haben. Unter der weiteren Führung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) wurden insgesamt fast 25 Mio. Euro an Fördermitteln investiert. Etwa die gleiche Summe floss zusätzlich durch Investoren der Privatwirtschaft in das Projekt.

Am Wettbewerb beteiligten sich 136 Städte und Gemeinden. Preisträger wurden die Stadt Esslingen, die Region Nürnberg/Fürth sowie die freie Hansestadt Bremen. Der Förderzeitraum von 1999 bis 2002 wurde durch das BMWA um ein weiteres Jahr bis Ende 2003 verlängert. Ziel aller Preisträgerstädte ist es, zwischen der Verwaltung auf der einen Seite und Bürgern sowie ansässigen Wirtschaftsunternehmen auf der anderen Seite rechtsverbindliche Dienstleistungen und Transaktionen über elektronische Kanäle abwickeln zu können. Der generelle Fokus liegt hierbei auf der Vereinfachung der Verwaltungsabläufe und damit der Verbesserung von Serviceleistungen durch die Verwaltung.

Im Zuge dieses Vorhabens gibt es mehrere Referenzprojekte und -gemeinden: Ein Forschungsprojekt hat ein Verfahren entwickelt zur beweiskräftigen und sicheren Langzeitarchivierung digital signierter Dokumente. Die Stadt Rathenau im Land Brandenburg hat den Förderpreis für das Projekt „Elektronische Akteneinsicht“ in enger Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten des Landes und dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erhalten. Ziel des Projektes ist es, nach dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz grundsätzlich den voraussetzungslosen Zugang zu den von der Verwaltung vorgehaltenen Informationen auch elektronisch über das Internet zu ermöglichen. Die niedersächsische Staatskanzlei hat nach dem Vorbild von Privatunternehmen ein sogenanntes Call-Center für schnelle elektronische Auskünfte eingerichtet, mit Aufklärung über ihre datenschutzrechtliche Relevanz. Die Stadt Hamburg erprobt bereits den Versand von Briefwahlunterlagen über das Internet. Eine Software-Firma aus Bremen hat ein Basismodul mit allen benötigten Funktionen entwickelt, damit die öffentliche Verwaltung und ihre Kunden datenschutzgerecht, sicher und rechtsverbindlich über das Internet kommunizieren können. Ein weiteres Projekt befasst sich mit Versuchen von Wirtschaft und Verwaltung zum mobilen Arbeiten, bei dem berufliche Tätigkeiten außerhalb konventioneller Betriebsstätten oder Amtsstuben unter Nutzung von Telekommunikation durchgeführt werden. Hierbei wird im Gegensatz zur klassischen Telearbeit besonderes Gewicht auf große räumliche Beweglichkeit gelegt. Und die Stadt Marburg erprobt bereits eine elektronische Chipkarte mit den Funktionen einer elektronischen Fahrkarte und elektronischen Geldbörse. Die Finanzämter erproben eine Finanzsoftware zur Abgabe elektronischer Steuererklärungen per Datenfernübertragung.

In Nordrhein-Westfalen wird das Projekt eGovernment NRW und das Leitbild „Digitales Ruhrgebiet“ in Partnerschaft mit privaten kommerziellen Firmen von der Landesregierung massiv forciert, aber kaum finanziell gefördert. Für die Kommunen soll sich das Vorhaben ausschließlich durch Personalkosteneinsparung rechnen. Als notwendig erkannt hat man dort eine Harmonisierung und Standardisierung der kommunalen IT-Landschaft, in der bisher die verschiedensten Programme und Systeme eingesetzt werden, die nicht alle miteinander kompatibel sind. Inzwischen befasst sich die Stadt Dortmund als „digitale Stadtverwaltung“ mit dem Projekt, alle Produkte und Dienstleistungen der Stadtverwaltung für die Bürger über das Internet elektronisch verfügbar zu machen. Andere Städte erproben Ratsinformationssysteme oder Online-Verfahren für Ratssitzungen. Die Bezirksregierung Düsseldorf überträgt bereits seit Jahren die Sitzungen ihres Regionalrates online per Videostream ins Internet und ermöglicht in anderen Bereichen Videokonferenzen. Die Polizei in Köln bietet bereits die Möglichkeit elektronischer Strafanzeigen. Die Stadt Hagen wurde zur Modellstadt für das „Virtuelle Rathaus“ als Online-Verwaltung in Weiterentwicklung der Bürgerämter mit zukunftsorientierten IT-Technologien und elektronischen Kommunikationsformen. Hinzugekommen ist der Modellkreis Recklinghausen als größter Kreis der Bundesrepublik mit dem Projekt „Virtuelles Kreishaus“ in Vernetzung mit den 10 kreisangehörigen Städten und anderen Behörden.

DATENSCHUTZ UND ZUKUNFTSVISION EGOVERNMENT UND EDEMOKRATIE: TREFFEN DIE BEFÜRCHTUNGEN VON GEORGE ORWELL UND ALDOUS HUXLEY ZU?

Vor 100 Jahren, am 25. Juni 1903, wurde der berühmte Autor des Zukunftsromanes „1984“ und „Farm der Tiere“ George Orwell in England geboren. Sein weltbekannter Roman „1984“ handelt am Beispiel des kleinen Angestellten Winston Smith davon, wie ein totalitärer Staat, der „große Bruder“, seine Bürger perfekt kontrolliert und manipuliert, jede individualistische Regung brutal ausmerzt. In Aldous Huxleys Roman „Schöne neue Welt“ (1932) setzt dieser Orwells Terror-Staat östlicher Prägung gleichsam das westliche Pendant entgegen: eine volltechnisierte, kollektivierte Wohlstandswelt, die allen Menschen Luxus und genormtes Glück beschert. Der Preis: Auslöschung jeder Individualität, Untergang von Kunst und Kultur, Verödung der Seele. Beide Spielarten haben sich unter dem Begriff „1984“ zu einem globalen Schreckensbild vereint, das von manchen in Erinnerung gerufen wird mit Blick auf die Gegenwartsplanungen zu eGovernment und eDemokratie.

Während Huxley, anders als etwa H.G. Wells, die Auswirkungen des technischen Fortschritts fürchtete, war Orwell wie Wells ein Optimist, der auf die Weiterentwicklung und Verbesserung ethischer, moralischer und humanitärer Werte hoffte und lediglich befürchtete, diese Fortschritt könne vom Menschen behindert werden. Technischer Fortschritt war für Orwell nicht per se negativ und so sind seine „1984“-Schreckensbilder auch nicht ohne weiteres auf heute projizierbar; sie sind keine Prophezeiungen, vielmehr unterschiedene Warnung vor Missbrauch. Dabei hätte der Autor von den heutigen Möglichkeiten nur träumen können:

„Der Televisor war gleichzeitig Empfangs- und Sendegerät. Jedes von Winston verursachte Geräusch, das über ein leises Flüstern hinausging, wurde von ihm registriert. Außerdem konnte Winston, so lange er in dem von der Metallplatte beherrschten Sichtfeld blieb, nicht nur gehört, sondern auch gesehen werden.“

Moderne Techniker können da nur müde lächeln. Kaum ein Quadratmeter der Erde, der heute nicht rund um die Uhr von Satelliten mit hoch auflösenden Kameras überwacht wird. Abhör-Attacken über Hunderte von Kilometern sind ein Klacks. Fast alle öffentlichen Räume in großen Städten und manche Bereiche in Betrieben, Banken oder Hotels oder Bahnhöfen werden per Video-Kamera pausenlos überwacht. Dank Handy-Technologie und Auto-Navigatoren lässt sich der Aufenthaltsort des Benutzers sekunden- und metergenau bestimmen. Jeder Schritt im Internet bleibt unauslöschlich und jederzeit nachvollziehbar.

Rund 9 Mio. Bundesbürger, hieß es 1979, seien in geheimen Datenbanken erfasst. Ein knappes Vierteljahrhundert später reden wir von anderen Größenordnungen. Die Zahl der Telefonüberwachungen, berichtete der Bundesdatenschutzbeauftragte im Mai 2003, habe sich seit 1995 verfünffacht. Die Kreditinstitute verfügen über die Datensätze von 55 Millionen Bürgern, mit denen „Warndateien“ bestückt werden. Zentrale Hinweise zum Schutz vor zahlungsunfähigen oder unwilligen Kunden registrierte der Datenschutzbeauftragte auch bei der Versicherungs- und Wohnungswirtschaft. Die weiteren Zugriffsmöglichkeiten auf dem Finanzmarkt könnten zu einer weitgehenden Offenlegung des Sparverhaltens jedes Bürgers führen. Und der Software-Marktführer Microsoft hat längst alle Zugangsmöglichkeiten zu den Daten seiner Internet-Kunden weltweit.

Untrennbar mit der Überwachung, mit der Erhebung und Speicherung von Daten verbunden ist die Frage des Zugriffs, die Absicherung vor Missbrauch. Hier ist die Legislative gefordert. Denn in der Praxis werden die Kompetenzen der Datenschützer, bei wachsendem Aufgabenbereich, eher beschnitten denn erweitert. Der Generalbundesanwalt konstatierte schon vor 20 Jahren: Innere Sicherheit gehe vor Datenschutz, nicht umgekehrt. (Und die Landesregierung NRW erwägt im Zuge von eGovernment, im Rahmen einer „Experimentierklausel“ hinderliche Datenschutzbestimmungen flexibel zu handhaben oder per Gesetzesänderung „den technischen Anforderungen anzupassen“.) Wer aber befindet, wo berechtigtes Sicherheitsbedürfnis beginnt und Schutzwürdigkeit endet?

Die Äußerungen über die Sicherheit von Datenbanken haben oft die Qualität von Glaubensbekenntnissen. Entweder ich vertraue den Verantwortlichen, oder ich tue es nicht. Doch guter Wille, Integrität und Reputation sind eben nicht Verfassungsbestandteil, schützen nicht grundrechtliche Positionen des Einzelnen. Wer die Warnung für überzogene Unkenrufe hält, muss nur nach Amerika blicken, das auch hier die Vorreiterrolle übernommen hat. Der Handel mit Daten blüht. Die Firma ChoicePoint etwa besitzt und verkauft mit steigendem Gewinn die Datensätze von Bürgern. Mit Hinweis auf den 11. September und zum angeblichen Schutz von Freiheit und Demokratie werden unter der Bush-Administration die Grund- und Freiheitsrechte des Einzelnen kontinuierlich eingeschränkt. Dass entsprechende Überlegungen bereits vor dem 11.9. angestellt wurden, sei nur am Rande vermerkt.

Gen-Technologie, Embryonenforschung, Klonen - die Liste der problematischen Themen, für die „1984“ steht, lässt sich beliebig fortsetzen. Da sind zum Beispiel Orwells Betrachtungen zur Geschichtsverfälschung, seine Fragen zur Gedankenmanipulation, zur Einschränkung oder Aufhebung der Meinungsfreiheit. Für George Orwell waren die von ihm beschworenen Gefahren aber durchaus abwendbar. Nicht in den Umständen sah er die Bedrohung, sondern in dem, was aus ihnen gemacht wird. Lebte der Autor noch, er würde gewiss jeden Einzelnen eindringlich gemahnen, seinen Teil dazu beizutragen, dass eine liberale Verfassung auch liberal angewandt, dass für jeden die größtmögliche persönliche Freiheit und Sicherheit garantiert wird. Insofern ist „1984“ nicht nur eine Warnung, sondern vor allem auch eine Verpflichtung - und das erst recht für alle Betreiber und Befürworter von eDemokratie und eGovernment, denen sich in 5 Jahren kein Bürger und keine Bürgerin sowie kein Berufstätiger mehr entziehen kann.

Aus einem Artikel von Wolfgang Platzeck im Kulturteil der „Recklinghäuser Zeitung“ vom 16.5.03

Amerikas globale Verantwortung

Yeshayahu Ben-Aharon

Übersetzung aus dem Englischen Christoph Strawe

VORBEMERKUNG

C. Strawe

Der folgende Text ist die mit Zwischenüberschriften versehene und geringfügig gekürzte deutsche Übersetzung der Einleitung zu dem soeben auf Englisch erschienenen bemerkenswerten Buch des Autors (siehe Kasten S. 12). Ausgehend von der Betrachtung der Rolle Amerikas behandelt es die Auseinandersetzung um die Gestaltung der Globalisierung, die Bedeutung der sozialen Dreigliederung und die Rolle der Zivilgesellschaft dabei, gleichzeitig aber auch die Bedeutung der inneren Entwicklung für das zivilgesellschaftliche Engagement (vgl. Kasten, S. 12). Wir drucken diesen Text nicht nur deshalb ab, weil eine deutsche Ausgabe sicher noch eine Weile auf sich warten lassen wird. Vor allem erschien es uns dringend nötig, den einseitigen Betrachtungen der Rolle Amerikas ein Bild entgegenzusetzen, das in der Verteilung von Licht und Schatten der Wirklichkeit näher kommt und deshalb eine Orientierungshilfe darstellt. Y. Ben-Aharon ist weit entfernt von der modischen Bushkriegsbegeisterung der Wendehälse, die auf einmal entdeckt haben wollen, dass auf dem Weg zur Umsetzung der „Vision einer prosperierenden, gerechten Welt“ die „Unterstützung eines kapitalistischen Imperialismus [...] bei näherer Betrachtung so dumm nicht“ sei (so Felix Hau in der Zeitschrift Info 3; vergleiche den Text von A. Krennerich auf S. 26 des Hefts). Er verfällt aber auch nicht in den Fehler, Amerika zum „Reich des Bösen“ zu erklären.

Vielleicht bedarf im Hinblick auf die Frage nach der europäischen Identität die Darstellung für den Leser in Europa einer ergänzenden Bemerkung. Der Autor betont den Widerspruch zwischen dem abstrakten Geist des kontinentalen Intellektualismus, der besonders im römischen Recht wirke, und dem amerikanischen Geist. Die Auseinandersetzung mit diesem abstrakten Element ist auch ein notwendiges Element des eigenen Ringens Europas um seine wahre Identität als Ermöglichungsort individueller Erkenntnis und Initiative. - Nicht umsonst hat man die französische Revolution und die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung unter dem Begriff der „atlantischen Revolution“ zusammengezogen. - Zugleich aber erschien Amerika den größten Geistern Europas als Raum, in dem sich diese Identität freier als in Europa selbst werde entfalten können. Goe-

the, der wie kaum ein anderer nach der Überwindung jenes abstrakten Intellektualismus strebte, hat diese Hoffnung klassisch formuliert in einer Xenie von 1827:

Amerika, du hast es besser
 Als unser Kontinent, der alte
 Hast keine verfallenen Schlösser
 Und keine Basalte.
 Dich stört nicht im Innern
 Zu lebendiger Zeit
 Unnützes Erinnern
 Und vergeblicher Streit.

(In: Johann Wolfgang Goethe, Berliner Ausgabe, Bd. 2, S. 384.)

Insofern sollte man die Initiative von Jürgen Habermas und Jaques Derrida (siehe Kasten S. 13) begrüßen. Beide erhoffen eine Stärkung europäischer Identität aus dem Geist der Friedensdemonstrationen der letzten Monate. Dass sie hierbei Unterschiede zwischen europäischer und amerikanischer Tradition herauszuarbeiten versuchen, ist verständlich. Doch dürfen diese Unterschiede nicht verabsolutisiert werden: so sehr darf es die Partnerschaft und Zusammenarbeit mit dem wahren Amerikanertum suchen.

AMERIKAS ROLLE

Das Bild der lebendigen Erde, das uns durch die Vereinigten Staaten mit den Mitteln der fortschrittlichsten amerikanischen Wissenschaft und Technologie gebracht wurde, widerspiegelte das Aufkommen von globalem Bewusstsein in den 60er Jahren und erweiterte es zugleich dramatisch. Diese Bewusstseinsveränderung war einer kosmischen Erleuchtung nicht unähnlich, wie sie alte und moderne Mystiker und Eingeweihte in der Kontemplation über die Heiligkeit alles Lebens und die einzigartige pulsierende Existenz der Erde im Universum erfuhren. Nur eine historisch kurze Zeit, nachdem die physikalistische und positivistische Metaphysik die Erde auf ein bloßes sinnloses Staubkorn in einem sinnlosen Universum reduziert hatte und nachdem zwei Weltkriege und der Kalte Krieg Hoffnung und Zukunftsvertrauen der Menschen einen scheinbar tödlichen Schlag ver-

Yeshayahu Ben-Aharon

AMERICA'S GLOBAL RESPONSIBILITY

Lindisfarne Books, Herndon (ISBN 1-58420-018-9)

Inhaltsübersicht

Einleitung

Teil I: Der Schatten der Menschlichkeit - die Übel der Globalisierung:

1. Die große Übernahme: Wie Amerikas politisches Establishment ein Werkzeug der elitären Globalisierung wurde (eine kurze Geschichte des Council of Foreign Relations) - 2. Alter Sozialdarwinismus und New Economy - 3. Verwandelt Amerika sich in eine 80:20-Gesellschaft? - 4. Die globale soziale Situation am Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts - 5. Die Asien-Krise 1997-1998 - 6. Das Überleben der Stärksten - 7. Joseph Stiglitz' Verurteilung des „Washington Konsensus“ - 8. Das Treffen der 77er Gruppe in Havanna - 9. Die moralische Spaltung

Teil II: Die geistigen Ursprünge der Individualisierung und die dreigliedrige soziale Differenzierung und Integration:

10. Dreigliederung in historischer Perspektive - 11. Das Schwachwerden des modernen Staats: Die globale Ökonomie beherrscht die Welt - 12. Moderner Staat und zentralisierte gesellschaftliche Struktur - 13. Die Zivilgesellschaft wird volljährig: - Ein globaler Aufruf zur Bewusstwerdung - 14. Individualisierung und soziale Dezentralisierung - 15. Individualisierung und moderne Einweihung: Der spirituelle Ursprung der Dreigliederung - 16. Synergie zwischen sozialem Aktivismus und spiritualisiertem Wissen - 17. Der Kampf von Seattle und seine Nachwirkungen: Elitäre Sichtweisen der Zivilgesellschaft

setzt hatten, erlebten wir wieder die Einzigartigkeit der Erde und der Menschheit. Diese dramatische Wende inspirierte in Millionen von Menschen einen Sinn der Liebe und Verantwortung gegenüber unserer Erde und allen Wesen, die auf ihr leben. Der Anblick der Erde vom Weltraum aus wurde weltweit für eine ganze Generation zu einem neuen Weg der Weltauffassung.

Globales Bewusstsein

„Wenn man Erde und Mond gleichzeitig aus dem Welt- raum betrachtet, ist das erstaunlichste und atemberaubende Unterscheidungsmerkmal zwischen ihnen, dass die Erde lebt. Die Photographien zeigen die trockene feste Oberfläche des Mondes im Vordergrund, tot wie ein alter Knochen. In der Höhe, frei schwebend in der schimmernden Membran des hellblauen Himmels, steigt die Erde auf, das einzige vor Leben Strotzende in diesem Teil des Kosmos. Wenn man sie lange genug anschauen könnte, würde man die wirbelnden Bewegungen der weißen Wolken sehen, welche die halb versteckten Landmassen aufdecken und wieder verbergen. Wenn wir eine sehr lange, geologische Zeit hätten zuschauen können, dann hätten wir die Kontinente selbst in Bewegung gesehen, hätten die Platten der Erdscholle

auseinanderdriften sehen können, vom Feuer- element unter ihnen in schwimmender Bewegung gehalten. Alles macht den selbstorgani- sierten, in sich geschlossenen Eindruck einer lebendigen Kreatur, voller Information, fabel- haft bewandert im Umgang mit der Sonne.“¹

Eine tief verwurzelte traditionelle Annahme wird durch diese neue Perspektive überwunden: das Erbe des Materialismus des neunzehnten Jahrhunderts, der uns dazu brachte, zu glauben, der Naturwissenschaft sei die Feindschaft gegen den Geist inhärent. Gewiss sind einige Versionen naturwissenschaftlichen Denkens besonders seit dem Ende des neunzehnten Jahr- hunderts tief in derartige physikalistische Glauben- bekennnisse und Weltbilder verstrickt, welche die zentrale Rolle von Leben und Be- wusstsein für unsere Existenz verneinen. Aber das war - und ist es noch in manchen materia- listischen Zirkeln - eine Karikatur des wahren Geistes der Naturwissenschaft, die Offenheit, Staunen, Kreativität und sich stets vertiefendes und erweiterndes Gewahrwerden der Geheim- nisse der gewaltigen Intelligenz verkörpert, in der unser kosmisches Werden begründet ist. Dank größtenteils amerikanischer wissenschaft- licher, technologischer, ökonomischer und poli- tischer Tatkraft haben menschliche Wesen be- gonnen, ihr globales Zuhause von außen zu erleben, und sie fühlen eine unbeschreibliche „Intimität aus der räumlichen Entfernung“. Wir hatten uns angewöhnt, das, was jeden Tag so majestätisch vor unserem Auge liegt, als eine bloße Rohstoffquelle ohne höhere Bedeutung zu betrachten, und wir mussten weit reisen, um die Erde in ihrer wahren Gestalt wieder zu ent- decken. Diese allmählich sich entwickelnde

menschliche Bewusstseins-erweiterung ist es zuallererst, was wir mit dem Begriff der Globalisierung bezeichnen. Die Gabe dieser Perspektive ist unleugbar einer der wichtig- sten Beiträge der modernen Wissenschaft und Techno- logie zur positiven Evolution des menschlichen Bewusstseins in unserer Zeit. Daher schuldet die Menschheit Amerikas schöpferischen Fähigkeiten und seiner wagemutigen Phantasie viel.

Das Zeitalter der Globalisierung begann daher als Resultat einer gänzlich berechtigten Erweiterung mensch- licher Geistes- und Seelenkräfte, menschlichen Scharf- sinns und wissenschaftlich-technischer Phantasie. Um die Kraft, die die kosmische Sicht der Erde für die ge- samte Menschheit verfügbar macht, hervorzubringen und zu meistern, nahm Amerika die Chance und Verantwor- tung wahr, seine immensen Ressourcen dem Wohl der Menschheit als ganzer zu widmen. Es hat begonnen, die Lektionen der Macht und der Verantwortung zu ler- nen, kämpft um die Erweiterung seiner Interessen und versucht die wahren Interessen anderer zu seiner eigen- en Obliegenheit zu machen. Aber wichtige Fragen ent- stehen an dieser Stelle. Werden die USA ihre Macht be- nutzen, um engstirnige Interessen zu vermehren? Wer- den sie ihre Macht mit andern Völkern und Staaten tei-

len? Wird Amerika mächtig und verantwortlich zugleich werden? Es ist klar, dass der natürliche Reichtum des amerikanischen Bodens - ergriffen von der dynamischen Kreativität und dem Fleiß seiner Bürgerinnen und Bürger - den USA eine soziale Macht ohne geschichtliche Parallele gegeben hat, andere Völker und Menschen zu beschenken, - falls die USA sich dazu entschließen.

Fähigkeiten Amerikas

Die der amerikanischen Nation innewohnenden Qualitäten und Fähigkeiten sind nicht schwer zu entdecken. Verbunden mit den immensen stofflichen und natürlichen Ressourcen des Landes ist eine bemerkenswerte schöpferische und hochintelligente Willenskraft, - meisterlich geeignet dazu, den Reichtum der Erde für das Wohl der materiellen Zivilisation zu nutzen. Was in dieser Hinsicht in 250 Jahren erreicht wurde, ist in der menschlichen Geschichte beispiellos.

Ein genauerer Blick auf den Fortgang dieses Werks zeigt, dass es in der Fähigkeit urständet, verborgene Naturgesetze und -kräfte zu entdecken, vor allem aber sie zu ordnen und in einem wohlabgestimmten und integrierten sozial fruchtbaren Prozess wirken zu lassen. Mit ihren besten Kräften sind die Nordamerikaner fähig, menschliche Intelligenz, kühne und intuitive Phantasie, mutige Initiative, große Summen von Kapital und sozialen und politischen Willen zu bündeln, um wirkliche Fortschritte der materiellen Kultur zu erreichen. Es gelingt ihnen, weite und vielfältige soziale Faktoren zu einer einheitlichen Kraft zu verschmelzen, die entschlossen Initiativen verwirklicht - und dies, ohne ihre gegenseitig bereichernde Diversität zu einer abstrakten und verarmenden Einförmigkeit zu reduzieren. Gerade das charakterisiert diese Nation von überzeugten Individualisten. Es ist diese kreative Spannung zwischen Individualismus und kollektivem sozialem Wollen, das ständige Zusammenkommen und sich wieder Vereinzelnde der Individuen und der sozialen Zusammenhaltskräfte, das eine einzigartige Schwungkraft erzeugt.

In diesem Sinn sprechen wir von Amerika als von dem auserwählten Land - wenn der intellektuelle Nordpol und der lebendige stoffwechselhafte Südpol ihre bewusste Harmonisierung finden sollen, zur „Erneuerung der Mysterien der lebendigen Erde“: Freie menschliche Wesen ahmen die Natur schöpferisch nach und verwandeln sie dabei, indem sie lernen, die der Natur eigene Kreativität zu ordnen, um weiter zu gehen, als die Natur selbst gehen kann. Die Natur löste im Laufe der Jahrmilliarden freien Experimentierens das große Rätsel der Ermöglichung des Lebens in der physischen Welt; jetzt - der Natur folgend - lernen die Menschen und rekapitulieren in kürzester Zeit, was die Natur in Milliarden Jahren erreichte. Dies alles, um die Ziele der Natur über die Möglichkeiten dieser Natur hinausgehend in einer vermenschlichten, freien und exponentiell beschleunigten Weise vorwärts zu bringen. Amerikas Vision ist eine vollständig verwandelte Erde, ganz überformt vom Menschlichen, welches das Potenzial der Natur zur

höchsten Verwirklichung bringt und das die menschliche Vernunft und Moralität über die Erde hinaus in unser Sonnensystem und noch weiter in das Universum ausbreitet. Amerikanische Wirtschaft, Politik und kulturell-spirituelle Leistungen machen gestern, heute und morgen diese Entwicklungen für das Wohl der Menschheit als Ganzer zugänglich.

Gerade in Amerika fühlt jeder instinktiv, dass menschliche Wesen *Werdewesen* sind. Die Evolution ist sowohl die Triebkraft als das Ziel, das den besten westlichen Beitrag zur Entwicklung des menschlichen Bewusstseins verkörpert: die Idee, dass die Menschheit die Evolution ist, die sich ihrer selbst bewusst wird, und zugleich die sich stets vorwärtsschiebende Grenze dieser Evolution, im Guten wie im Bösen. Die Amerika innewohnende spirituelle Kraft liegt präzise in der unvergleichlichen Fähigkeit seiner führenden und verantwortlichen Persönlichkeiten, in ihrem Willen, ihrer Initiative und ihren Handlungen das universell Menschliche zu verkörpern, es in eine fortgeschrittenen Spezialisierung zu differenzieren und die schöpferischen Möglichkeiten aufzuzeigen, die aus der Synergie von Individuum und Gesamtheit entstehen.

UNSERE ERNEUERUNG - NACH DEM KRIEG: DIE WIEDERGEURT EUROPAS

Unter diesem Titel haben die Philosophen Jürgen Habermas und Jacques Derrida am 31. Mai parallel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der Zeitung „Libération“ eine viel beachtete Analyse veröffentlicht. Am selben Tag haben sich in der europäischen Presse Umberto Eco, Gianni Vattimo, Fernando Savater, Adolf Muschg und der Amerikaner Richard Rorty zu Wort gemeldet.

Durch die Spaltung der Regierungen in Kriegsbefürworter und Kriegsgegner sei Europa handlungsunfähig gewesen, jedoch könnten die Massendemonstrationen für den Frieden als „Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen“ und ein Startsignal für die „Wiedergeburt Europas“ sein.

Habermas plädiert für ein „avantgardistisches Kerneuropa“, das einzig handelt, um dem „hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten“ entgegenzutreten.

Woran aber lässt sich europäische Identität festmachen? Habermas nennt sechs Bereiche, in denen die politischen Traditionen Europas und Amerikas unterschieden seien: 1. stärkere Trennung von Politik und Religion diesseits des Atlantik; 2. stärkere kritische Einstellung gegenüber der alleinigen Herrschaft des Marktprinzips, mehr Vertrauen in den Staat; 3. größere Sensibilität für die Schattenseiten des technischen Fortschritts; 4. höherer Rang solidarischer Verteilungsgerechtigkeit gegenüber individualistischem Leistungsdenken; 5. stärkerer Vorbehalt gegen die staatliche Gewaltanwendung im Innern (Beispiel Todesstrafe); 6. eine größere Bereitschaft der Europäer zum Souveränitätsverzicht zu Gunsten supranationaler Organisationen.

Dies war auch die Triebkraft hinter dem so genannten „amerikanischen System“ der Nationalökonomie. Es erzeugte während der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ungeheure kreative Energien, was Amerika im zwanzigsten Jahrhundert zu einer Weltmacht machte. In der Tat machte es die USA zur mächtigsten Nation, die die Welt jemals gesehen hat, zu einer globalen Kraft, deren Herrschaftsgebiet die ganze Erde ist. Jedoch, nachdem die Hegemonie erreicht ist, wandelt sich die Frage der Macht in eine Frage von Ethik und Moral, das heißt von *Amerikas globaler Verantwortung*. Die wirkliche Probe globaler Kraftentfaltung beginnt in dem Moment, wo die Hegemonie verwirklicht ist, weil Amerika von nun an und in alle Zukunft vom Rest der Menschheit auf seine wahren Motive hin befragt wird. Geht es Amerika wirklich um das „allgemeine Wohl“ (um einen Terminus der amerikanischen Verfassung zu benutzen) seiner eigenen Bürger und der Nationen und Menschen, die jetzt unter seiner globalen Hegemonie leben?

Seit den 60er und 70er Jahren, parallel zu Amerikas wachsender globaler Vorherrschaft, wurde ein bemerkenswerter und konsistenter Fortschritt dabei erzielt, eine positive nationale und globale Vision zu gestalten, sowohl in der nördlichen wie der südlichen Hemisphäre. Ein näherer Blick auf die kreativ menschlichen, sozialen und kulturellen Kräfte in Amerika zeigt heute, dass sie in allen Bereichen bestrebt sind, eine positive globale Vision und Rolle für Amerika zu entwickeln.

Der Geist der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

Viele der Denker und Praktiker, die um die Formulierung dieser Vision ringen, fühlen sich inspiriert durch die Zukunftsaussichten des Geistes und der bewusstseinsverändernden Wissenschaft und Technologie, zugleich aber von den Worten der Gründungsväter in der US-Verfassung und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Sie finden Inspiration zum Beispiel in der folgenden Aussage, in der zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte eine *universelle* und zugleich spirituelle, „biblische“ Konzeption des Menschen eine soziale Grundlage für das Leben eines modernen Staats wurde:

„Wir halten diese Wahrheiten für offensichtlich (‘self-evident’), dass alle Menschen gleich an Rechten geboren werden und von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind und dass dazu das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück gehören.“

Diese aus der Unabhängigkeitserklärung genommen tiefgründigen Worte geben existentiellen Werten Ausdruck, die in der amerikanischen Bevölkerung leben. Ursprünglich dachte man, dass diese Worte die höchsten Ideale für die Bildung der amerikanischen Nation innerhalb ihrer eigenen Grenzen darstellen. Aber seit Amerika die führende globale Kraft geworden ist, sind diese Worte verpflichtend für das Verhalten gegenüber der Menschheit als Ganzer geworden. Jetzt müssen sie in ihrem globalen, ja kosmischen Sinn genommen werden, der besagt, dass Amerikas Kraft benutzt werden muss, um Leben, Freiheit und Glück aller Nationen und aller Kreaturen auf der Erde zu sichern. Die

Kräfte, die gegen die Realisierung dieser Ideale in Amerika selbst auftreten, sind dieselben, die Amerikas globalen Einfluss für selbstsüchtige Zwecke gebrauchen. Sie sind die Feinde der Gründungsziele und der Vision der Vereinigten Staaten, ob im Inneren oder im Ausland, und sie missbrauchen die amerikanische Kraft, um ihre eigenen Interessen und Ziele unter dem Vorwand zu verfolgen, dass sie „amerikanische Interessen“ wahren. Amerikaner, die der wahren Vision ihrer Nation verpflichtet sind, werden oft schmerzhaft der Tatsache gewahr, dass Amerikas Name und Ideale usurpiert und in einer dem Geist der Gründungsdokumente der Nation entgegengesetzten Art verwendet werden.

Was ist dann Amerikas Vision, wie sie in den erhabenen Worten der Unabhängigkeitserklärung ausgedrückt wird? Es wird behauptet, dass es eine „offensichtliche“ Tatsache ist, dass alle Menschen im innersten Kern *gleichwertig* sind und dass sie mit bestimmten *grundlegenden Menschenrechten* ausgestattet sind. Auch wird konstatiert, dass diese Rechte im Wesentlichen drei sind: das Recht auf Leben, das im Sinne des Rechts zu einer anständigen und menschenwürdigen wirtschaftlichen Existenz in der physischen Welt interpretiert werden kann; das Recht auf Freiheit, welches beinhaltet, dass die Gleichwertigkeit der menschlichen Natur die Garantie einer freien sozialen Ordnung oder der Demokratie ist; und das Recht auf das Streben nach Glück, welches andeutet, dass ein sinnvolles und schöpferisches Leben die Grundlage einer menschenwürdigen Kultur darstellt. Wir sehen, dass ein zentraler spiritueller Wert, der Wert der Gleichheit, zur Grundlage für die Verwirklichung von Menschenrechten in der ökonomischen, politischen und kulturellen Sphäre wird.

Diese „Dreigliedrigkeit“ wohnt der Unabhängigkeitserklärung inne. Wenn alle als Ebenbilder Gottes geschaffen sind, dann müssen ihre sozialen Beziehungen dieser Voraussetzung würdig sein. Menschenrechte sind dem Menschen wesentlich und sind heilig, weil sie uns mittels unserer göttlichen Natur gehören. Die Gesellschaft sollte diese Rechte im ökonomischen Leben berücksichtigen, indem sie jeder Person ermöglicht, ihre Grundbedürfnisse zu decken, im demokratischen politischen Staat durch die Ermöglichung freier Teilnahme; ferner durch die Anerkennung des Rechts auf ein sinnvolles Leben als ein essentielles menschliches Bedürfnis in der kulturell-spirituellen Sphäre.

Das Wort „offensichtlich“ scheint zu implizieren, dass die Gleichheit von allen Menschen als Söhne und Töchter einer göttlicher Quelle, einer spirituellen und universellen Essenz der Menschennatur durch direkte Wahrnehmung oder Intuition gewusst werden kann, eine Erkenntnis, die wie der Blitz die gewöhnliche intellektuelle Überlegung durchschlägt. Es ist eine Angelegenheit intellektueller Dynamik, ein Willensfaktor im Erkenntnisvermögen, eine Beschleunigung der Wahrnehmungsfähigkeit, wie Emerson uns lehrte. Wir müssen sehr schnell sein, um „Evidenz“ zu erfahren, auf welchem Erkenntnisniveau auch immer, weil unsere Vision andernfalls umwölkt sein wird, abgeschwächt - und wir werden an unserer Fähigkeit, sie zu erfahren, zweifeln. Vor oder nach dem Wahrnehmungsakt können wir genaue intellektuelle Re-

flexion, Analyse und sorgfältige, ruhige Überlegung üben. Aber wir sollten eindeutig zwischen den zwei Vermögen der Erkenntnis unterscheiden und jedem seinen Anteil geben, jedes für seine ihm entsprechenden Aufgaben benutzen.

Die amerikanische Grundintuition beinhaltet auch, *dass jeder Mensch sich in dem Maße selbst begreift, als er ungehindert die gleiche geistige Wesenhaftigkeit in anderen Menschen wahrnimmt.*

Und die Gesellschaft sollte dementsprechend gestaltet werden, was bedeutet, dass dieses Konzept seinen Ausdruck in der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte findet. Als ein Land, das auf die Integration von Einwanderern aus der ganzen Welt aufgebaut ist, ist Amerika in einzigartiger Weise dazu veranlagt, eine starke nationale Identität aufzubauen, die durch einen Sinn für Verschiedenheit und die grundlegende Gleichheit der menschlichen Natur geprägt ist, - ein Sinn, der aufrechterhalten werden muss als Grund, der diese Vielfalt unterstützt und der zugleich durch sie herausgefordert ist. Achtung der Vielfalt und menschlicher Gleichheit müssen auch Amerikas globale Rolle bestimmen. Dies ist Amerikas Berufung.

Evidenz der Menschenrechte

Zugegebenermaßen kann eingewendet werden, dass Amerikas Gründungsdokumente und ihre charakteristischen Formulierungen immer noch stark von den freigeistigen Traditionen Europas gefärbt sind, von denen sie historisch stammen. Jedoch, wie wir noch mehr im Detail sehen werden, ist ein ursprünglicher und frischer amerikanischer Geist bestrebt, solche historische Einflüsse zu integrieren und sie lediglich als Modelle zu verwenden, um Schritt für Schritt seine eigenen ökonomischen, politischen und kulturellen Realitäten zu schaffen. Im sozialen Leben Amerikas gibt es einen ständigen Kampf, in dem die Relikte des alten, abstrakten Geistes des kontinentalen Intellektualismus, der besonders kräftig durch das mittelalterliche, im Wesentlichen römische juristische System wirkt, bestrebt sind, die ursprüngliche Frische des amerikanischen Geistes zu unterdrücken. Es gibt keinen größeren Feind des amerikanischen Geistes als den alten europäischen Intellektualismus, besonders in seiner juristischen Verkörperung. Auf der spirituell-moralischen Ebene zerstört dieser den Glauben in die schöpferischen, spontanen Kräfte der wahrnehmenden und aktiven Intuition. Sozial gesehen saugt er vampirhaft alle Loyalität und alles Vertrauen aus. Dies kann eindeutig an den mächtigen „speziellen Beziehungen“ beobachtet werden, die zwischen Wall Street, Konzernen und Anwaltskanzleien herrschen, aber auch in der alles durchdringenden Infiltration aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durch die Interessen von Juristerei und Versicherungswesen. Solche Beziehungen stehen jedoch im völligen Gegensatz zu den ursprünglichen amerikanischen sozialen Intuitionen.

Das ist zu sehen an der einzigartigen Formulierung im oben zitierten Passus aus der Unabhängigkeitserklärung: ein Ausdruck, der den Rahmen des Legalismus sprengt. Wir beziehen uns hier auf die Bedeutung des

Wortes „offensichtlich“ ('self-evident'). Das Wesen des römischen, kontinentalen Legalismus ist genau die Verneinung irgendeiner intuitiven Selbstbeziehung zu Wahrheit und Evidenz; die Wahrheit muss vermittelt werden, durch himmlische und kirchliche Hierarchien und „Eigenständigkeit“ muss auf diese Weise undenkbar und unpraktizierbar erscheinen. [...]

Die Idee des neuen Empire - eine Absage an Amerikas Weltverantwortung

In den neunziger Jahren priesen einflussreiche amerikanischer Politiker und Strategen Amerika als die „einzige globale Supermacht“ (Zbigniew Brzezinski) und die „unentbehrliche Nation“ (Madleine Albright). Seit dem 11. September 2001 ist der neokonservative Diskurs über ein „amerikanisches Empire“ und dessen Rolle von den amerikanischen Eliten in allen Gesellschaftsschichten begeistert aufgenommen worden. Das heißt, dass am Ende des Kalten Krieges verborgene Ambitionen und Pläne nicht länger verheimlicht werden konnten: Seitdem liegt das Engagement des amerikanischen Establishments, beider großer Parteien, für die Weltherrschaft offen zu Tage. Dagegen fehlt eine positive Vision, die zeigen würde, wie Amerika seinen Einfluss in eine wahrhaftige globale Verantwortung für die ganze Menschheit und des Planeten Erde umformen kann. Diese verhängnisvolle Unterlassung ist umso entscheidender, als Amerika zum dritten Mal im letzten Jahrhundert als Sieger hervortrat, indem es den Kalten Krieg gegen Russland gewann. Nachdem der Sieg errungen und die globale Vorherrschaft gesichert war, schien die Erwartung begründet zu sein, dass Amerika seine gewaltigen Ressourcen und seine globale Macht für das Wohl des Ganzen einsetzen würde. Jedoch brachte der Zusammenbruch des Kommunismus keinen wesentlichen Wandel in der Außenpolitik in Bezug auf Ökonomie, staatliche Beziehungen und Kultur.

1997 veröffentlichte Brzezinski eine bemerkenswerte offene Anleitung für die Umsetzung eines amerikanischen Imperialismus in seinem Buch „Das große Schachbrett“, in dem er sich ganz offen zu jahrzehntelangen Bemühungen um die Wiederbelebung der römischen Kunst der Geopolitik bekannte. Brzezinski, der den antisowjetischen Dschihad in Afghanistan initiiert hat, formulierte die Idee, die jetzt in Washington von den meisten geteilt wird, nämlich dass die USA versuchen sollten, „Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die 'Barbaren'-Völker sich nicht zusammenschließen“. 1993 verlieh Samuel Huntington der politischen Ethik des US-Establishments Ausdruck in seiner Vision des „Zusammenpralls der Kulturen“ („Clash of Civilizations“), der Vision eines fortwährenden zukünftigen Krieges „des Westens gegen den Rest der Welt“, in dem die westliche christliche Zivilisation auf der folgenden moralischen Maxime beruhen soll: „Obwohl wir hassen, was wir nicht sind, können wir nicht lieben, was wir sind'... Was wir sind, wissen wir einzig, wenn wir wissen, was wir nicht sind - und oft nur, wenn wir wissen wogegen wir sind.“

Unter den vielen Beiträgen zu Huntingtons Thesen und den Variationen darüber, verdient eine Publikation von Robert D. Kaplan von der *Atlantic Monthly* Erwähnung. Kaplan, der seit kurzem eine Rolle im New York Council on Foreign Relations spielt und häufig interviewt wird, hat ein Buch geschrieben mit dem Titel *Warrior Politics. Why Leadership Demands a Pagan Ethos (Militante Politik. Warum Führung eine heidnische Ethik verlangt)*. Er behauptet, dass die USA die Rolle einer imperialen Kraft spielen sollten, „Churchills Kommandostab“ aufnehmen und eine heidnische (griechisch-römische) Moral praktizieren sollte, die mehr „ergebnisorientiert“ sei als die jüdisch-christliche. Ein weiterer Vorstoß in dieser Richtung findet sich in der „Arts and Ideas“-Sektion der New York Times, wo der Autor Alexander Stille den britischen Journalisten Sebastian Mallaby interviewt. Mallaby erörterte dabei einen damals noch nicht veröffentlichten Artikel von ihm in dem CFR-Organ *Foreign Affairs*, der nach einem neuen Imperialismus ruft. Stille schrieb: „Für manche strategische Denker führt er (der 11. September 2001) zu dem, was als ein altertümlicher und antidemokratischer Vorschlag betrachtet werden könnte: Imperium.“ Er zitiert Mallaby's Worte: „Ein neuer imperialer Moment ist gekommen. Das Chaos in der Welt ist zu bedrohlich, als dass man es ignorieren könnte, aber die Methoden, um mit diesem Chaos zurechtzukommen, sind mangelhaft.“ Schließlich ließ sich aus den Schaltzentralen von London City die Stimme von Bill Emmot, des Herausgebers des *Economist*, vernehmen - mit dem glücklichen Schluss, Amerika müsse nicht mehr länger der „zögerliche Sheriff“ sein, denn ein „anderes Wort, einst als ziemlich gewagt betrachtet, wird zum Gemeinplatz in Politikseminaren und Talk-Shows: Imperium (Empire) ... Niemand denkt dabei an Kolonien oder einen Imperator. Aber es gibt die starke, manchmal sogar anmaßende Sicht der Dinge, dass Amerika die Möglichkeiten, Verpflichtungen und das Drohpotential hat, das in der Vergangenheit ein Imperium hatte: Dass es Regeln durchsetzen kann, die die internationalen Beziehungen bestimmen, während es sich selbst zeitweise nicht an sie zu halten braucht; nur es allein kann die Respektierung dieser Regeln erzwingen, eine Rolle, die es zugleich zum Hauptangriffsziel für jeden macht, dem diese Regeln nicht gefallen.“³

Am 20. September 2002 gab die Bush-Administration ihren Plan für globale Vorherrschaft und fortwährende militärische Interventionen heraus, ein umfassendes politisches Statement mit dem Titel „Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“. Sie legt die Ambitionen des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes dar, den USA die Rolle der Weltsupermacht zu sichern, welche globale politische, ökonomische und militärische Dominanz behauptet. Diese US-Politik versucht andere von „militärischem Wettbewerb“ abzubringen; keine andere Kraft oder Staatengruppe soll sich Hoffnungen machen, mit der Macht der Vereinigten Staaten gleichzuziehen oder sie gar zu überflügeln.

In den letzten Jahren haben wir die Erweiterung der NATO bis zu den Grenzen Russlands erlebt, die Zerschlagung Jugoslawiens und den amerikanisch geführten Krieg der NATO gegen Serbien, ein neues „großes Spiel“ im Kaspischen Meer und Zentralasien und die

endlose Fortsetzung des Kriegs in der Golfregion. Statt einen globalen Plan für ökonomischen Wiederaufbau und soziale Entwicklung in Osteuropa, Russland und Asien vorzuschlagen, setzte das amerikanische politische Establishment, so straff wie je von engstirnigen Finanzkreisen ohne globale Verantwortung geführt (zusammen mit seinen Alliierten in Europa und Asien), seine elitäre Agenda um, die auf die wahre Mission Amerikas keine Rücksicht nahm.

Die Vorstellung des Imperium ist eine radikale Abkehr von dem Bild Amerikas und der Amerikaner als einer demokratischen Ausnahmeerscheinung unter den Nationen (ein Bild, wie es Alexis de Tocqueville entworfen hat und wie es heute immer noch anwendbar ist). Um diesen Widerspruch sorgt man sich heute nur wenig. Diejenigen, die noch irgendwelche Skrupel haben - und es gibt eine wachsende Zahl - belegen die Ausdrücke „Empire“ und „Hegemonie“ mit Adjektiven wie „wohlwollend“ oder „behutsam“. Robert Kagan von der Carnegie Stiftung schreibt: „Und die Wahrheit ist, dass die wohlwollende Hegemonie, die von den USA praktiziert wird, für einen gewaltigen Teil der Weltbevölkerung gut ist. Es ist sicherlich ein besseres internationales Arrangement als jede realistische Alternative.“

Trotz des globalistischen und siegesbewussten Bildes, das von der Konzern- und Finanzelite und der politischen Klasse der USA erzeugt wird, widersetzt sich eine sozial und spirituell reife amerikanische Zivilgesellschaft diesem Bild und gewinnt zunehmend Kraft bei der Formulierung und Verwirklichung von Amerikas wahrer Vision und Mission im Zeitalter der Globalisierung.

Es ist Amerikas Karma, die Lektionen der Macht zu lernen. Dieses Schicksal kann sich nur über den Verlauf mehrerer Jahrhunderte entfalten. Jedoch wurden wenigstens in bestimmten Perioden in Amerikas Geschichte von bestimmten, von „den wahren Mysterien“ Amerikas inspirierten Persönlichkeiten Bemühungen unternommen, eine nicht vom sozialen, politischen und ökonomischen Establishment der USA begrenzte Vision des Amerikanismus aufkommen zu lassen. In solchen kurzen Perioden scheint es, als ob ein anderer amerikanischer Geist hinter den Kulissen der Weltereignisse aufleuchtet und versucht, nationale und globale Entwicklung in eine gewisse Übereinstimmung mit den wahren Zielen der Menschheitsevolution zu bringen.

F. D. Roosevelt und das andere Amerika

Die Sozialpolitik von Franklin Delano Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise und seine im Wesentlichen unrealisiert gebliebenen außenpolitischen Absichten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs können als ein gewisses Beispiel für solch ein solches Wiederaufleben der ursprünglichen Sozial- und Kulturmission betrachtet werden, sowohl was die Politik gegenüber den eigenen Bürgern angeht, als auch, was die verantwortliche Art der Ausübung einer führenden Rolle in der Welt angeht. Roosevelt verstand, dass nur ein aufrichtiges Festhalten an der Essenz der Unabhängigkeitserklärung und ihre Umsetzung die amerikanische Bevölkerung aus dem von der Depression 1929 bewirkten horrenden sozialen Zusammenbruch retten konnte, der von den skrupello-

sen finanziellen Praktiken der Finanzelite, die Amerika beherrschte, verursacht worden war. Zur gleichen Zeit war er bestrebt, das Gewicht der USA zu nutzen, um den besiegten Ländern und dem Rest der sich entwickelnden Welt zu helfen. Roosevelt begann - wie John F. Kennedy, der in den 60er Jahren in seine Fußtapfen trat - die Grundlagen für eine amerikanische Rolle in der Welt zu formulieren, die im Einklang mit der Unabhängigkeitserklärung gestanden hätte. Er führte einen harten Kampf mit den Globalisten und Imperialisten seiner Zeit, zu Hause und im Ausland. Die Intensität und Bedeutung der Konflikte zwischen Roosevelt und Churchill, dem wahren Vater des anglo-amerikanischen Imperialismus in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, wird von konventionellen Historikern heruntergespielt und vernachlässigt. Folgt man jedoch Roosevelts Sohn Elliott und seinem Buch *As He Saw It* (Wie er es sah), dann war Roosevelt ein überzeugter Antiimperialist. Elliot geht sogar soweit zu behaupten, dass sein Vater annahm, dass Großbritannien und sein imperiales System ein noch gefährlicherer Feind der USA waren als die Sowjetunion.

Elliott bietet einige Beweise, um solche scheinbar unakzeptablen Vorstellungen zu stützen. Die folgende Beschreibung einer großen Konfrontation zwischen den zwei führenden Staatsmännern ist lehrreich. Elliott erzählt, dass der erste ernsthafte Zusammenprall, von dem Roosevelt berichtet, im argentinischen Neufundland, an einem 13./14. August stattfand, bei einer Diskussion, die den Entwurf der Atlantik-Charta begleitete, in der die freiheitlichen Prinzipien der westlichen Welt formuliert werden sollten. Elliott schreibt, während Churchill die Bedeutung britischer Handelsarrangements zu erklären begonnen habe, sei er von seinem Vater unterbrochen worden:

„Ja, diese Empire-Handelsvereinbarungen sind ein wichtiger Punkt. Wegen dieser Handelsabkommen sind die Menschen in Indien und Afrika, in allen Kolonien im Nahen und Fernen Osten in der Entwicklung so weit zurück.“ Churchills Hals rötete sich, und er duckte sich nach vorne: „Herr Präsident, England schlägt für keinen Augenblick vor, dass es seine bevorzugte Position unter den britischen Dominions preisgeben sollte. Der Handel, der England groß gemacht hat, soll weitergehen und zwar unter diesen, von Englands Ministern vorgeschriebenen Bedingungen.“

„Sie sehen“, sagte Vater langsam, „irgendwie sieht es so aus, als ob es ziemliche Uneinigkeit zwischen Ihnen, Winston, und mir gibt. Ich bin der festen Überzeugung, dass, wenn wir einen stabilen Frieden erreichen sollen, dieser die Entwicklung rückständiger Ländern einschließen muss. Wie kann dies geleistet werden? Es geht offensichtlich nicht mit den Methoden des achtzehnten Jahrhunderts.“ - „Wer redet von den Methoden des achtzehnten Jahrhunderts?“ „Jeder von Ihren Ministern, der eine Politik empfiehlt, die Rohstoffe aus einem Kolonialland ausbeutet, aber im Gegenzug den Menschen dieses Landes nichts zurückgibt. Die Methoden des zwanzigsten Jahrhunderts erfordern, Industrien in diese Länder zu bringen. Sie schließen ein, den Reichtum eines Volks durch Lebensstandard, Erziehung und sanitäre Einrichtungen zu steigern, - dadurch, dass sichergestellt wird,

dass sie etwas für die Rohstoffe zurückbekommen, über die ihre Gemeinschaft verfügt...“

„Sie erwähnten Indien“, knurrte Churchill. „Ja. Ich kann nicht glauben, dass wir einen Krieg gegen die faschistische Sklaverei führen und gleichzeitig nicht für dafür arbeiten, alle Menschen in der Welt von einem rückständigen Kolonialismus zu befreien.“

Leider starb Roosevelt plötzlich am 12. April 1945, ohne in der Lage zu sein, seine weit reichenden Ideen umzusetzen. Der Marshall Plan für den Wiederaufbau Europas, die Bretton-Woods-Organisationen - Weltbank und Internationaler Währungsfonds - und später die Vereinten Nationen sind hegemonistische und globalistische Verzerrungen einer Reihe seiner viel weiter gehenden universell-humanistischen Ideen. John F. Kennedy war bestrebt, Roosevelts Sozialpolitik im Inneren und seine internationale Strategien fortzusetzen, angepasst an die Bedürfnisse Amerikas und der Welt in den frühen 60ern. Aber seine Karriere fand ein rasches Ende.

Seit dem 11. September 2001 wissen die Amerikaner um die Verwundbarkeit und Durchlässigkeit der Grenzen ihres Landes. Dieses Bewusstsein kann negativ verwendet werden, um restriktive Sicherheits- und Notstandsgesetze zu schaffen und die Kapazität für globale militärische Eingriffe zu steigern. Aber diese Verwundbarkeit kann umgekehrt auch als Gelegenheit betrachtet werden, die Lektionen des Einflusses und der Verantwortung zu lernen. Dies ist Amerikas Berufung. Kann diese Berufung im praktische ökonomischen, politischen und kulturellen Leben realisiert werden? Um auf diese Frage zu antworten, müssen wir noch mehr vertiefen und die Stelle finden, an der der wahre Geist Amerikas mit den wahren Zielen der Evolution der Menschheit und des Kosmos verbunden ist.

Rudolf Steiner bemerkte bereits 1919, dass Deutschlands militärische und politische Situation Ausdruck einer tieferliegenden sozialen und moralischen Krise war und dass Amerika dabei war, zu einem neuen globalen Empire zu werden. Aber wird Amerika die moralische Verantwortung entwickeln, die damit verbunden ist? Dies bedeutet, Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit im modernen sozialen Leben zu verwirklichen:

„Das anglo-amerikanische Element kann gut die Weltherrschaft erlangen, aber ohne die Dreigliederung des sozialen Organismus wird diese Herrschaft die Welt mit dem Kulturtod und der Kulturkrankheit überziehen.“⁵

Anmerkungen

- 1 Lewis Thomas, *The Lives of a Cell: Notes of a Biology Watcher* (New York: Penguin USA, 1997), p. 170.
- 2 Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order* (New York: Simon and Schuster, 1996), pp. 20-21.
- 3 Bill Emmott, „Present at the Creation,“ *The Economist*, June 27, 2002.
- 4 Robert Kagan, „The Benevolent Empire“, *Foreign Policy*, Summer, 1998.
- 5 Rudolf Steiner, *Ideas For a New Europe: Crisis and Opportunity for the West* (Great Barrington, MA: Anthroposophic Press, 1996), p. 49. Zitat rückübersetzt aus dem Englischen.

Wege zur Mitverantwortung im Gesundheitswesen

Vorschläge zu einer strukturellen Umgestaltung auf assoziativer Grundlage

Udo Herrmannstorfer

Der folgende Text stellt eine Diskussionsgrundlage dar, die aus einer gut 10-jährigen Arbeit eines Kreises zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens hervorgeht. Ihm gehören Ärzte und Sozialwissenschaftler an. Maßgeblich haben R. Aden, R. Burkhardt, K.-R. Kummer und P. Meister mit ihren Korrekturvorschlägen zu diesem Papier beigetragen.

Die hier gemachten Vorschläge haben richtungsgebenden Charakter und bedürfen der weiteren Konkretisierung. Nach Meinung der Arbeitsgruppenmitglieder ist eine solche Neubesinnung gegenwärtig besonders notwendig, damit nicht Sachzwänge, Interessensvorteile oder politische Einflüsse zu einer unüberschaubaren Gemengelage führen, in der die zentralen Anliegen des Heilwesens verloren gehen. Die individuelle Verantwortung für Gesundheit und Krankheit muss ebenso gestärkt werden wie die zum Sozialausgleich führende Solidarität. Die gemachten Vorschläge orientieren sich an diesen beiden Kriterien, die auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen von Bedeutung sind. So könnte eine Diskussion des Gesundheitswesens Anstoß zu einer gesamtsozialen Neubesinnung geben.

1. WIE KANN DER MENSCH SEINE INDIVIDUELLE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN?

Im Zentrum eines zukünftigen Gesundheitswesens steht der mündige Mensch, der sich mit seinen Krankheiten auseinandersetzen muss und will. Als Patient leidet er an der Krankheit, er sucht und benötigt Behandlung, er muss innerlich und äusserlich am Gesundungsprozess mitwirken, er muss mit den Folgen der Krankheit und der Behandlung leben. Deshalb muss er als Bürger auch an den sozialen Vorgängen in dem ihn betreffenden Gesundheitswesen aktiv teilnehmen können.

Die Beziehung zwischen Patient und Arzt oder Therapeut entzieht sich weitgehend einer allgemeinen Beurteilung. Nur der Patient kann die Verantwortung für sich und seine Gesundheit übernehmen. Dieser Gesichtspunkt der Therapiefreiheit muss sich auch in den Organisationsformen des Gesundheitswesens wiederfinden können. Das „vertikale Ordnungsprinzip“ allgemeiner

gesetzlicher Regelungen ist dieser individuellen Differenzierung gegenüber immer weniger praktikabel und muss zunehmend durch Formen der horizontalen assoziativen Zusammenarbeit verantwortungsbewusster gleichberechtigter Bürger und Leistungserbringer ergänzt und ersetzt werden. Es wäre Aufgabe des Staates, diese Entwicklung zu mehr gelebter Verantwortung zuzulassen oder zu ermöglichen und damit gleichzeitig auch die Intimität des Gesundungsprozesses zu gewährleisten.

2. INDIVIDUELLE GESTALTUNGS-FREIHEIT UND SOLIDARITÄT MÜSSEN GLEICHERMASSEN ENTWICKELT WERDEN

Das neben der individuellen Gestaltungsfreiheit auftretende zweite Grundprinzip ist der Solidar-Ausgleich aller: Krankheit hat auch soziale Auswirkungen; ihre Kostenfolgen beeinträchtigen die allgemeine Lebensführung der jeweils betroffenen Menschen. Wird die Belastung zu groß, so gehört es heute zu unserem sozialen Empfinden, solidarisch Hilfe und Ausgleich zu leisten. Deshalb müssen alle Bürger einen sozial fair verteilten finanziellen Beitrag aufbringen, damit jeder Bürger ärztliche und therapeutische Hilfe in ausreichendem Umfang in Anspruch nehmen kann, auch wenn sein Einkommen dazu nicht ausreicht. Von dieser solidarischen Ausgleichsleistung darf prinzipiell niemand ausgenommen werden. Dabei muss ein gesellschaftlicher Konsens gefunden werden, ab welcher Höhe die Krankheitsbelastungen in Bezug auf das Einkommen der Einzelnen unzumutbar hoch sind und deshalb solidarisch von der Gemeinschaft finanziell getragen werden. - Das betrifft in besonderer Weise die „Großrisiken“ wie Krankenhausaufenthalte, schwere dauerhafte Krankheiten usw.

Es ist nun ein Widerspruch und der Bereitschaft zu solidarischem Verhalten abträglich, wenn die Art der Regelungen dieser Solidarpflicht zu erheblichen Einschränkungen der individuellen Therapiefreiheit führt. Wenn die Regelungen darin bestehen, dass man mit seinen Versicherungsprämien zwar alle Leistungen mitträgt, auch wenn man viele davon inhaltlich völlig ablehnt, während die selbst gewählte Behandlungsart nicht

ausreichend berücksichtigt wird, dann werden sich Unmut und Fluchtbewegungen der Desintegration ausbreiten. Der Patient muss auch unter Anwendung des Sozialausgleichs wählen können, welche medizinische Behandlung er wünscht. Die Solidarregelungen müssen diese Gestaltungsfreiheit so weit als möglich berücksichtigen und integrieren statt sie aufzuheben.

Die Fürsorgepflicht des Staates besteht deshalb darin, Rahmenbedingungen für ein Gesundheitswesen zu schaffen, die gleichzeitig Pluralität und finanzielle Solidarität gewährleisten. Es ist die Pflicht des Staates, der die Glaubens- und Meinungsfreiheit gewährleisten muss, sich deshalb in medizinisch-inhaltlichen Fragen zurückzuhalten, zum Beispiel was „richtige“ Medizin und „richtige“ Behandlung sei. Jede weitere Eingrenzung bedeutet Vormundschafflichkeit und damit Schwächung der Verantwortlichkeit des Patienten. In solchen Fällen wäre das Subsidiaritätsprinzip, zu dem sich alle Länder der europäischen Gemeinschaft deklamatorisch bekennen, in Erinnerung zu rufen. Im Kern heisst dies, dass die gesellschaftlich-staatlichen Massnahmen nur dort benötigt werden, wo die Eigenverantwortung der Beteiligten nachhaltig versagt.

Eine dabei auftauchende Problematik hindert viele Menschen daran, die Therapiefreiheit zuzulassen. Wer bewahrt kranke Menschen vor Scharlatanerie?

Diese Frage lässt sich heute so wenig mit Behandlungsvorschriften lösen wie die Frage, wie man verhindert, dass Menschen ungesund leben. Die Antwort liegt in zu bildenden oder weiterzubildenden regionalen Gremien, die im Grenzfall beraten, ob durch eine Therapieform eine reale Schädigung eines Menschen auftritt. Auch diejenige Frage, ob man Menschen davor bewahren kann, für „unsinnige“ Produkte und Leistungen Geld auszugeben, ist gesellschaftlich nicht auf direktem Wege zu lösen, wenn man nicht unmittelbar in die per-

sönliche Lebensführung eingreifen will, abgesehen von der schwierigen Frage, wer über „Unsinn“ entscheiden soll. Die Scharlatanerie hat ja gerade dort ihren Boden, wo herkömmliche Behandlungsmethoden keinen oder keinen ausreichenden Erfolg mehr haben oder wo die Vertrauensgrundlage zwischen den Beteiligten gestört ist. Hier wird sich niemand davon abhalten lassen, auch nach dem letzten „Strohalm“ zu greifen. Es wird in Zukunft weniger auf die Regelungsvorschriften ankommen, sondern vielmehr darauf, ob und wie die Erbringer medizinischer Leistungen das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen.

Die Frage, wie weit medizinische Leistungen in den Solidarausgleich einbezogen werden, ist davon getrennt zu sehen und darf die Behandlungsfreiheit nicht behindern. Umgekehrt besteht auch für diejenigen, die diese Freiheit in Anspruch nehmen, kein genereller Anspruch auf Solidarausgleichsleistungen. Weder Verbot noch Anspruch können das Problem lösen.

3. MÖGLICHKEITEN DER SOLIDARISCHEN FINANZIERUNG

Damit stellt sich die Frage, in welcher Form sich Solidarität zur Geltung bringen lässt, ohne die Behandlungsfreiheit zu verunmöglichen.

Wenn der Patient die Verantwortung für seine Gesundheit und ebenso seine Krankheit selbst übernimmt, dann gehören auch die Gesundheitskosten zunächst zu den Kosten der persönlichen Lebenshaltung. Der Übergang von gesundheitsfördernden und heilenden Lebensformen ist ja ein durchaus fließender. In dem Umfang, in dem Krankheitskosten aus dem eigenen Einkommen bezahlt werden können, besteht wie bei den anderen Aus-

IN DER AGENDA 2010 VORGEGEHENE VERÄNDERUNGEN IM GESUNDHEITSWESEN

Erklärte Ziele sind eine „höhere Qualität der medizinischen Behandlung, mehr Wettbewerb, mehr Transparenz, mehr Effizienz und mehr Patientensouveränität“. Genannt werden folgende Punkte:

- Die Krankenkassen erhalten die Möglichkeit, Einzelverträge mit Ärzten abzuschließen, kein Vertragsmonopol der Kassenärztlichen Vereinigungen mehr; Erleichterung der Fusion von Krankenkassen und Ausbau der Qualitätssicherung.
- Der Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird überarbeitet. Ausgrenzung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen (Mutterchaftsgeld), Erhöhung der Tabaksteuer um einen Euro je Packung
- Hausarztprinzip; Bonus für Patienten, die den Hausarzt als Lotsen durch das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen - ansonsten höhere Zuzahlungen, Praxisgebühr bei Facharztbesuch ohne Überweisung, elektronischer Patientenausweis und elektronische Patientenakte bis 2006, Verpflichtung aller Ärzte zur Fortbildung, Schaffung eines „Deutschen Zentrums für Qualität in der Medizin“
- Krankenhäuser sollen an der ambulanten Versorgung teilnehmen, Einführung der sogenannten Patientenquittung, Bonusregelungen für Patienten, die an Präventionsmaßnahmen teilnehmen, Einsetzung eines Patientenbeauftragten, Zulassung von Internet-Apotheken.

Ende Mai hat die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen, der Mitte Juni ins Parlament eingebracht werden soll, das Gesetz soll dann am 1.1. 04 in Kraft treten und zu einer Senkung des Kassenbeitrags um mindestens 1 Prozent führen, eine weitere Senkung auf 13 Prozent oder darunter wird angestrebt.

Quelle: <http://www.bundesregierung.de/basisattribute,-482912/Gesundheitsreform.htm>

gaben keine Notwendigkeit zu schwerwiegenden solidaritätsorientierten Eingriffen, da die Entscheidungen in der vollen Verantwortung der Menschen liegen - und, wie man heute erkennt, auch liegen müssen. Dass die Aufwendungen für krankheitsbedingte Kosten die Lebensführung beeinflussen, ist unvermeidlich und gilt ja in gleichem Maße auch für Krankenversicherungsprämien.

Die Notwendigkeit der Solidarität entsteht erst in der nächsten Stufe. Wo das Einkommen zu gering ist bzw. wenn die Krankheitskosten den Erkrankten unverhältnismäßig stark belasten, greift dagegen der Sozialausgleich in Form von Zahlungen einer solidarischen Krankheits-Ausgleichskasse. Die für diese Solidarzahlungen notwendigen Gelder müssen in Form einer gesellschaftlichen Umlage erhoben werden, an der alle Bürger ohne Ausnahme teilnehmen. (Die Solidaritätspflicht entsteht aus der Tatsache des Mitbürgertums; deshalb ist das Argument, dass jemand befreit wird, weil er keine Solidarleistungen benötigt oder beansprucht, im Grundsatz falsch und dreht den Tatbestand auf den Kopf.) Ob dies in Form einer Grundversicherung geschieht, als Zusatzsteuer oder ob eine eigenständige Abgabe erhoben wird, muss hinterfragt und entschieden werden. Wesentlich ist hier die Ausrichtung in erster Linie an der Lebenshaltungssituation der Betroffenen und nicht an der Beurteilung der medizinischen Maßnahmen. D.h. es kann sich somit nur um eine finanzielle Einkommenshilfe handeln, wenn die Belastungen bestimmte Einkommensrelationen überschreiten. Unterhalb der Wirksamkeit des Solidarausgleichs hat die individuelle Freiheit in der Wahl der Behandlung uneingeschränkte Priorität. Das heißt: der Staat muss ge-

eignete Voraussetzungen schaffen, damit diese Freiheit in entsprechende Vertragsformen zwischen Bürgern untereinander und/oder mit Leistungserbringern umgesetzt werden kann.

Dagegen ist der Bereich, der zu Solidarleistungen führt, nicht ausschließlich frei zu denken, sondern wird mit Grenzen leben müssen. So wie es eine Untergrenze der Einkommen gibt, ab der Ausgleichszahlungen fließen, so wird es eine Obergrenze der Behandlungsaufwendungen geben, bis zu der Solidarleistungen ausgerichtet werden. Diese Obergrenze wird wiederum in entsprechenden Gremien beraten, festgelegt und verändert werden müssen. In dem zwischen den beiden Grenzen liegenden Bereich des Solidarausgleichs ist der Patient für die Aufwendungen nachweislich. Auch dies hat mit Verantwortungsbewusstsein zu tun und führt ganz nebenbei zu einer Verteilung des administrativen Aufwandes auf die vielen Schultern der Beteiligten. Eine Beurteilung der medizinischen Verordnung ist nicht nötig, wenn eine Obergrenze existiert. Erst an dieser Grenze muss ein bewusstes Urteil herbeigeführt werden, ob und unter welchen Bedingungen diese Grenzen überschritten werden sollen.

Sowohl in dem Bereich der finanziellen Eigenverantwortung als auch in demjenigen, der jenseits der Solidaritätsgrenzen liegt, können initiativ freiwillige Solidaritätsgemeinschaften gebildet werden, - als Zusatzversicherung, als Patientenkollektive usw. Eine zusätzliche öffentliche Regelungsnotwendigkeit entsteht an dieser Stelle nicht.

KONTROVERSE BEI DEN UNIONSPARTEIEN ÜBER DIE REFORM DES GESUNDHEITSWESENS

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und frühere Gesundheitsminister Horst Seehofer sprach von einer „Privatisierungsgorgie“, bei der man nicht mitmachen dürfe. Die Reformvorschläge, die vor allem von Wirtschaftsverbänden, aber auch aus Teilen der Union gemacht würden, entlasteten die Besserverdienenden und belasteten die sozial Schwachen. Zur Reform des Gesundheitssystems schlug Seehofer eine sogenannte Bürgerversicherung vor, in die alle unabhängig vom Einkommen einzahlen sollten. Besserverdienende, Selbstständige, Beamte und auch Politiker dürften sich nicht länger der Solidargemeinschaft entziehen.

Grünen-Chef Reinhard Bütikofer begrüßte die Forderungen Seehofers nach einer Bürgerversicherung. In der CDU, aber auch in der CSU stieß sein Votum indes auf heftige Ablehnung. Auch Bert Rürup, Vorsitzender der von der Regierung eingesetzten Kommission, äußerte sich negativ.

Die Union bekräftigte ihre von Seehofer kritisierten Vorschläge, wonach Patienten künftig zehn Prozent ihrer Arzt- und Klinikrechnung selbst zahlen und eine Sondersicherung für Zahnersatz abschließen sollen, den die Kassen künftig nicht mehr zahlen. Außerdem will die Union den Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel halbieren, was der Staatskasse jährlich 1,5 Mrd. Euro kosten würde - die Beitragszahler würden in derselben Höhe entlastet.

Quelle: www.n-tv.de, 17.6.03.

4. MEDIZINISCHE INFRA- STRUKTUR: VORHALTEN STATT AMORTISIEREN

Das Gesundheitswesen ist kein freier Markt! Bei Krankheit steht es einem Menschen nicht frei, ob er an einem Marktgeschehen teilnehmen will oder nicht; er wird ohne bewusste Absicht krank. Da der Umgang mit Gesundheit und vor allem Krankheit in die konstitutionellen Grundlagen der Menschen unter Umständen tief eingreift, sind die einzelnen Leistungen der Heilprozesse stark reglementiert und nicht allgemein zugänglich. Deshalb lassen sich auch nicht die Regeln der freien Märkte auf diesen Sektor übertragen. Die steigende Komplexität lässt sich zwischenzeitlich auch nicht mehr inhaltlich regulieren, wie die gewaltige Bürokratie verdeutlicht, deren Vorhandensein gegenwärtig so stark beklagt wird. Statt zum freien Markt zurückzukehren, müssen endlich assoziative Zusammenarbeits-

formen zwischen den am Gesundheitswesen Beteiligten ausgebildet werden.

Eine der weiteren Folgerungen aus diesem Tatbestand betrifft den Infrastrukturcharakter wesentlicher Teile des Gesundheitswesens. Die Möglichkeit, medizinische Leistungen jederzeit im akuten Krankheitsfall einsetzen zu können, setzt voraus, dass eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Infrastruktur bereits vor Eintritt des Nachfragefalles vorhanden ist. Es gibt nun viele Gründe, diese Vorhaltekosten in der Medizin nicht in die direkte betriebswirtschaftliche Preisbildung der beanspruchten Leistungen einzubeziehen. Eine aus öffentlichen Mitteln oder erhobenen Beiträgen finanzierte Infrastruktur muss nur erhalten, nicht aber auch amortisiert werden. Damit entfällt vor allem das falsche Signal für eine vorsätzliche Leistungsausweitung: die Anzahl von Fällen d.h. Untersuchungen, Verordnungen, Operationen, Behandlungen usw. muss nicht entsprechend gesteigert werden, um eine bessere Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Die beste Einsparung ist nicht dann erreicht, wenn die Einzelleistung durch häufige Anwendung extrem verbilligt wird, sondern wenn die Struktur nicht gebraucht wird. Eine gute Feuerwehr misst man nicht an der Zunahme der Brände.

Die Beanspruchung bzw. die Auslastung der Infrastruktur kann periodisch extern/regional überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Der Infrastrukturgedanke gilt vor allem für Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen. Infrastrukturelle Vorhaltekosten sollten nicht nur Gebäude und Geräte, umfassen, sondern auch diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für die Aufrechterhaltung des Grundbetriebes notwendig sind. Dieser vorhaltende Infrastrukturgedanke könnte unter Umständen auch auf weitere Bereiche der Medizin ausgedehnt werden, z.B. auf freischaffende Ärzte, Therapeuten oder Ambulatorien usw.

Für die Finanzierung der infrastrukturellen Vorhaltekosten sollte eine nachhaltige Lösung gefunden werden. Eine mehrwertsteuerartige Finanzierung würde die Exportpreise nicht belasten und wäre damit international wettbewerbsneutral. (Vergleiche hierzu Herrmannstorfer et al. 1999).

Wird die Finanzierung der Infrastruktur auf diese Weise geregelt, vermindern sich die direkt zugerechneten Behandlungskosten für den Bürger; der fehlende wirtschaftliche Zwang zur Nutzung würde durch den Wegfall unnötiger Leistungen auch die gesamte Solidargemeinschaft entlasten.

Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zum Gesetzentwurf der Regierung

Für eine differenzierte Bewertung der Vorschläge zur Gesundheitsreform hat sich ver.di-Bundesvorstandsmitglied Beate Eggert ausgesprochen. Sie begrüßte die Entlastung der Krankenkassen über die Tabaksteuer und den Verzicht auf das Vertragsmonopol der Kassenärztlichen Vereinigungen. Harte Kritik äußerte sie an dem Vorhaben der Bundesregierung, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Krankengeldleistungen von über sieben Milliarden Euro alleine schultern sollen. Abgelehnt werden auch Beitragserhöhungen für Rentner, die dadurch eintreten, dass diese künftig den vollen Kassenbeitrag zahlen sollen. Positiv sieht ver.di dagegen u.a. auch die vorgesehene Lotsenfunktion des Hausarztes, die Erweiterung der ambulanten Versorgung an den Kliniken und den Versandhandel mit Medikamenten im Internet. Allerdings müsse eine Gefährdung flächendeckender Versorgung verhindert werden. Bonussysteme seien umstritten und dürften nicht dazu führen, dass einkommensschwächere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsleistungen haben. Die vernünftige Inanspruchnahme von Fachärzten dürfe nicht durch Gebühren bürokratisiert werden; - höherer Zuzahlungen hätten keine Steuerungswirkung.

Quelle: http://www.verdi.de/0x0ac80f2b_0x000aa592

5. WIE KANN DAS GESUNDHEITSWESEN DEN ERFORDERNISSEN VOR ORT GERECHT WERDEN?

Die bedarfsgerechte patientennahe Einrichtung des Gesundheitswesens verlangt sowohl einen regionalen Aufbau als auch entsprechend gestaltete regionale Organe der mitverantwortlichen und verbindlichen Zusammenarbeit. In solchen Assoziationen der Zusammenarbeit könnten Bürger und Leistungserbringer gemeinsam den Bedarf und den möglichen Umfang an Infrastruktur ermitteln, urteilend begleiten und über die zu erwartenden Kosten von Sacheinrichtungen und Menschen beraten und beschließen. Wesentliche Aufgabe dieses Gremiums ist es zudem, die Preisverhältnisse so zu beeinflussen, dass die Leistungen von den Bürgern bezahlt und die Bedürfnisse der Leistungserbringer gedeckt werden können. Sollen bürokratische Regelungen nicht weiter erfolglos um sich greifen, dann muss schleunigst mit den Bilde- und Lernprozessen solcher Organe begonnen werden.

Zwischen den Regionen muss eine faire Verteilung der Mittel stattfinden, so dass die einzelnen Regionen bedarfsgerechte, aber durchaus unterschiedliche Anteile aus den Infrastrukturmitteln erhalten. Die regionalen Budgets sind jährlich zu überprüfen.

Diese Organe könnten auch in einem weiteren Schritt die Budgets einer solidarischen Ausgleichskasse verantworten. In den Regionen würden zu diesem Zweck Geschäftsstellen eingerichtet, deren Aufgabe allein in der

Abwicklung des Solidaritätsausgleichs liegt. Die Regionalität ist gleichzeitig auch das Mittel, die komplizierten Verhältnisse des Gesundheitswesens durch die realen Zusammenarbeitsbegegnungen erlebbar zu halten und damit bewusst beurteilbar und gestaltbar zu machen.

6. Solidareinrichtung Krankenkasse und die therapeutische Gestaltungsfreiheit

Das Bekenntnis zum Solidarausgleich und zum Solidarbeitrag ist kein Blankoscheck für die gegenwärtige Krankenkassenorganisation. Es wird immer wieder vergessen: dass die Krankenkassen als Solidareinrichtungen allein der Lebenssicherung dienen, wenn unverhältnismäßig hohe Krankheitskosten die Einkommen übermäßig belasten. Je mehr die Solidaritätseinrichtung Krankenkasse die medizinische Versorgung inhaltlich mitbestimmt, umso stärker erdrückt die Solidarpflicht die individuelle Verantwortung für Gesundheit und Krankheit. Aus Hilfsorganen würden Vormundschaftsorgane, aus den Verantwortung suchenden Menschen würden Antragsteller.

Mit wachsender Mitverantwortung der Patienten und der anderen Beteiligten werden die Krankenkassen von ihrer gesundheitspolitischen Aufgabe entlastet, - und ihre eigentliche Rolle als Dienstleister im Geldstrom der not-

wendigen Verrechnungen wieder sichtbar werden. Insofern werden die Krankenkassen ebenfalls ihren Platz in den assoziativen regionalen Zusammenarbeitsorganen finden und dort ihre Anliegen einbringen können..

Kontaktadresse für eine Arbeit an Fragen der Reform des Gesundheitswesens: Dr. Karl-Reinhard Kummer, Kinderarzt - Posseltstr. 7 - D-76227 Karlsruhe, Telefon +49 721 - 9414990 - Telefax +49 721 - 9414991, E-Mail Kummer.Kinderarzt.Karlsruhe@t-online.de

Weiterführende Literatur:

Rainer Burkhardt: Neuorientierung des Gesundheitswesens. VAS-Verlag für akademische Schriften Frankfurt 2001, ISBN 3-88864-320-1

Rainer Burkhardt, Peter Meister, Klaus Fischer: Assoziationen im Gesundheitswesen, in: Leber, S.: Die wirtschaftlichen Assoziationen. Stuttgart 1987

Udo Herrmannstorfer: Individualität und Staat. Verein für Anthroposophisches Heilwesen, Unterlengenhardt 1990

Udo Herrmannstorfer: Goethes Märchen. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, H. 4, Dez. 1996

Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, H.1, März 1999, www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm

Karl-Reinhard Kummer: Der mündige Patient. Verein für Anthroposophisches Heilwesen. Bad Liebenzell 1998

Rudolf Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage. Dornach (Schweiz) 1961

7-PUNKTE-PROGRAMM DER SECURVITA

Zur securvita-Unternehmensgruppe gehört eine gesetzliche und eine private Versicherung. Die Securvita setzt sich gegen jede Diskriminierung der sogenannten besonderen Therapieweisen (Homöopathie, anthroposophische Medizin, Naturheilkunde) ein. Kürzlich wurde ein 7-Punkte-Programm zur Reform des Gesundheitswesens vorgelegt. Darin wird die starre Abgrenzung gesetzlicher und privater Krankenversicherung als heute so nicht mehr haltbar bezeichnet: „Wir sollten von den positiven Beispielen der europäischen Länder lernen und an den Aufbau eines sozialen Gesundheitssystems herangehen, das den kranken Menschen die Solidarleistungen zur Verfügung stellt, die sie wirklich brauchen. Ein System, das zwischen Ethik und Profit die Mitmenschlichkeit verteidigt und der Geldgier einzelner Gruppen endlich Grenzen setzt. Gesundheit ist keine Ware. Ein soziales Gesundheitswesen ist das Rückgrat der Zivilgesellschaft und Antrieb für ein gesundes gesellschaftliches Miteinander. Ein dynamisches Netzwerk in sozialer Verantwortung - das ist das Leitbild für ein modernes Gesundheitswesen.“

1. Individuelle Selbstverantwortung und gesellschaftliche Solidarität: [...] Ein modernes und soziales Gesundheitssystem lässt sich weder auf reine Privatvorsorge noch auf Planwirtschaft aufbauen. An einem künftigen System mit einer sozialen Pflichtversicherung für die Regelversorgung und mit individuellen Wahlmöglichkeiten für die zusätzliche medizinische Versorgung führt kein Weg vorbei. Die Bürger und Versicherten wollen an ihrer Gesundheitsversorgung aktiv beteiligt sein und sie wehren sich dagegen, dass in Gesundheitsfragen über sie entschieden wird. [...] Die Träger der solidarisch finanzierten „Gesundheitsversicherung“ erhalten zusammen mit den ärztlichen Körperschaften einen gemeinsamen Sicherstellungsauftrag für die Gesundheitsversorgung. Zugleich muss ihnen die Möglichkeit eröffnet werden, vertragliche Regelungen mit medizinischen Versorgungsnetzen zu vereinbaren und Zusatzleistungen für ihre Versicherten zu gestalten. [...]

2. Moderne Heilkunst und Wissenschaftlichkeit: Die vorhandenen Strukturen begünstigen eine wissenschaftlich antiquierte und dogmatisch verengte Sichtweise zu Gesundheit und Krankheit. [...] Gesetzliche Gleichbehandlung und dadurch die Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders von Schulmedizin, anerkannten Naturheilverfahren, Psychotherapie, Sozialmedizin und anderen bewährten Therapierichtungen [...]

3. Einführung von Pauschalhonoraren für Ärztinnen und Ärzte: [...] Ärzte müssen sich zwangsläufig zu viel um ihre Abrechnungen kümmern und zu wenig um ihre Patienten. Medizinische Entscheidungen sind mit der Höhe der eigenen Einnahmen verknüpft. Dieses Honorarsystem bedingt eine systemische Korruption und beschädigt die Qualität und die soziale Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens. In den Krankenhäusern dominiert nach wie vor eine leistungshemmende Hierarchie. [...] Ärztinnen und Ärzte sollten ein angemessenes Pauschalhonorar erhalten, das sich an der aufgewendeten Betreuungszeit ausrichtet. [...] Zeithonorare geben Ärztinnen und Ärzten wieder den Freiraum, ihrer eigentlichen Profession nachzugehen und sich um die Gesundheit ihrer Patienten ganzheitlich zu kümmern.

Weitere Punkte: 4. Verursacherprinzip konsequent umsetzen, 5. Stärkung der Patientenrechte und der unabhängigen Patientenberatung, 6. Stärkung des Hausarztprinzips und individuelles Case-Management, 7. Gesundheitsförderung und soziale Verantwortung

Quelle: http://www.securvita.de/pkv_akt/pdf/7-Punkte-021121.pdf

Betrachtungen und Berichte

**RENATE RIEMECK -
4. 10. 1920 - 12. 5. 2003**

Christoph Strawe

„Sie war eine Symbolfigur zu Hoch-Zeiten des Kalten Kriegs, als Gegnerin von CDU-Ostpolitik und Atomrüstung machte die Wuppertaler Geschichts- und Pädagogikprofessorin sich viele Feinde. 1960 entzogen NRW-Kulturbürokraten der Kritikerin das Prüfungsrecht und drängten sie damit praktisch aus dem Staatsdienst, ein Hochschulaufruhr, einer der ersten im Lande, war die Folge. Riembeck half im selben Jahr die linksoppositionelle Deutsche Friedens-Union zu gründen, schrieb kritische Bücher zur europäischen Geschichte, republikweit wurde sie in den siebziger Terrorjahren prominent: Sie war Pflegemutter der RAF-Ideologin Ulrike Meinhof und stand dabei für die Hilflosigkeit der etablierten Linken gegenüber ihren jungen, gewalttätigen Irrläufern - der Riembeck-Appell 'Gib auf, Ulrike!', veröffentlicht 1971 in 'Konkret', blieb ohne Wirkung. Renate Riembeck starb am 12. Mai im südhessischen Alsbach.“ So würdigt „Der Spiegel“ (21/2003, S. 202) Renate Riembeck. Was in der kurzen Notiz nicht erwähnt wird: ihr Engagement für Anthroposophie und Dreigliederung des sozialen Organismus.

Ich lernte Renate Riembeck Ende der 70er Jahre kennen. Im Zusammenhang mit meiner Entwicklung vom Marxismus zur Anthroposophie suchte ich sie auf, da sie aus der Friedensarbeit eine Reihe meiner marxistischen politischen Freunde kannte. Von ihrem Rat, ihrer Hilfsbereitschaft und ihrem unabhängigen und unbestechlichen Urteil über die anthroposophischen Sozialzusammenhänge habe ich damals sehr profitieren dürfen. Wir hatten dann später nicht oft die Möglichkeit, uns zu treffen. Diese seltenen Begegnungen waren aber für mich umso kostbarer.

Der Titel ihrer Autobiografie „Ich bin ein Mensch für mich. Aus einem unbequemen Leben“ steht auch für die Eigenständigkeit der Geschichtsforscherin Riembeck. Gerade dadurch konnte sie dann Aussagen R. Steiners ergänzen und vertiefen. Wer z.B. mehr wissen will über das von dem Begründer der Anthroposophie immer wieder erwähnte Konzil von Konstantinopel, der sollte zu ihrer Geschichte der Konzilien greifen. Ein „Klassiker“ anthroposophisch orientierter Geschichtswissenschaft ist ihr ursprünglich im Verlag „Die Kommenden“ erschienen Buch „Mitteleuropa - Bilanz eines Jahrhunderts“ geworden. In die Zeit unserer Bekanntschaft fällt die Ver-

öffentlichung ihres - gerade auch unter Dreigliederungsgesichtspunkten - bedeutenden Buchs über die Französische Revolution (1789: heroischer Aufbruch und Herrschaft des Schreckens; Stuttgart 1988). Sie wirkte auch als Zeitschriftenautorin - vor allem bei den „Kommenden“ und als Kommentatorin in Info3 - und als Vortragsrednerin, bis ihre Gesundheit es ihr immer weniger erlaubte, nach außen wirksam zu werden.

Wir werden uns immer mit ihr verbunden fühlen.

**FRIEDHELM DÖRMANN -
12. 11. 1934 - 7. 6. 2003**

Christoph Strawe

Friedhelm Dörmann war über viele Jahre Lehrer an der Freien Waldorfschule Bochum-Langendreer. Von 1984 bis zum Jahr 2000 war er Landes- und Generalsekretär der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland.

Mit Dankbarkeit erinnere ich mich an die Begegnungen mit ihm in seinem Büro im Steiner-Haus. Dabei ging es um Sachthemen wie die Anthroposophischen Hochschulwochen. Immer war da aber zugleich ein über das sachliche Anliegen hinausgehendes warmes mitmenschliches Interesse. Auch sein trockener Humor bleibt unvergesslich.

Friedhelm Dörmann litt daran, dass die Anthroposophische Bewegung nicht in dem ihm nötig scheinenden Maß zur Lösung der großen sozialen Zeitaufgaben beizutragen vermochte. Sein Interesse für die Fragen der Dreigliederungsarbeit und seine Sympathie für unsere Fortbildungsinitiativen hing damit zusammen. So kam es z.B. zu einer gemeinsamen Tagung 1994 in Berlin im Rahmen unserer Fortbildungsseminare, in der es um Auswege aus der Arbeitslosigkeit ging.

Dieses soziale Engagement war es auch, das ihn besonders wach für die Defizite der anthroposophischen Publizistik gemacht hat. In das letztlich nicht zum Zuge gekommene Projekt „Neue Wege in der anthroposophischen Publizistik“ haben wir gemeinsam in den Jahren nach 1997 viel Energie investiert. Ich habe noch seine Voten bei manchen Sitzungen im Ohr, wo er - der Älteste in der Runde - von allen Anwesenden am „jugendlichsten“ argumentiert und für mehr Mut und gegen Bedenkenträgerei plädiert hat.

Wir denken an ihn in Verbundenheit.

AUF DEM WEG NACH CANCÚN / MEXIKO

Von der Frage, ob die WTO bei ihrem Gipfel gestoppt werden kann, hängt vieles ab

Christoph Strawe

Vom 10. bis 14. September 2003 wird in Cancún die 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO stattfinden. Es geht nicht nur um eine Zwischenbilanz der laufenden Welthandelsrunde, sondern um die Einbeziehung neuer Themen und eine noch umfassendere Kompetenz der WTO zur weltweiten Durchsetzung der Prinzipien des Marktfundamentalismus.

Nachdem der WTO-Gipfel in Seattle am Widerstand der Zivilgesellschaft und den inneren Widersprüchen der Organisation gescheitert war, hatte man - unter Ausnutzung des Arguments, nach dem 11. September brauche die Weltwirtschaft dringend einen solchen „Schub“ - in Doha im Emirat Katar durch einen Kompromiss in letzter Minute den Grundstein für eine neue Welthandelsrunde gelegt. Über die Interpretation des Abschlussdokuments in Doha gibt es nach wie vor Meinungsunterschiede, die in Cancún erhebliche Sprengkraft entfalten können. Denn erst einmal muss überhaupt Einigkeit über den Modus der Verhandlungen hergestellt werden, wenn die Delegationen der 145 Mitgliedsstaaten, geführt von den für den Handel zuständigen Ministern, sich versammelt haben. So herrscht unter den Offiziellen der WTO durchaus eine gewisse Nervosität vor dem Event, geht es doch um sehr viel.

Man spricht zwar von der „Doha-Runde“ als einer Entwicklungsrunde, jedoch schwant vielen Entwicklungsländern, dass die weitere marktfundamentalistische Liberalisierung ihnen vor allem weitere Entwicklungsprobleme bescheren wird. „Das Arbeitsprogramm von Doha“, so Pia Eberhard und Nicola Sekler auf den Internetseiten von Attac Deutschland¹, „umfasste insgesamt über 20 höchst komplexe Bereiche, von Verhandlungen zu weiteren Zollsensungen über die Überprüfung bestehender Abkommen bis zu den schon seit dem Jahr 2000 laufenden Verhandlungen zum GATS bis zum Agrarabkommen.“ Außerdem versuchte man den Einstieg in die Behandlung der sogenannten „Singapurthemen“ (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Auftragswesen und Handelserleichterungen), die von den Entwicklungsländern zu Recht mit besonderem Misstrauen betrachtet werden. Dass man in Doha überhaupt zu einem Kompromiss kam, hängt mit dem massiven Druck zusammen, den die reichen Länder entfalteten.

Inzwischen haben sich eine Reihe neuer Hindernisse ergeben: Ende März scheiterte der Entwurf eines neuen Agrarabkommens. Die Lösung der von den Entwicklungsländern genannten konkreten Probleme bei der Umsetzung der bisherigen WTO-Abkommen kommt nicht voran. Bei den Verhandlungen zur Vervollständigung des Dienstleistungsabkommens GATS gab es kleinere Verzögerungen. So konnte die EU-Kommission ihre Angebote erst mit einmonatiger Verspätung abgeben, nach-

dem es Kritik aus europäischen Parlamenten, darunter aus dem Bundestag gegeben hatte. Die EU fährt jedoch fort, Entwicklungsländern die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen und die „Liberalisierung“ der Trinkwasserversorgung abzuverlangen. Negative Erfahrungen mit Privatisierungen wurden nicht, wie u.a. auch von der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des deutschen Bundestages gefordert, gründlich evaluiert. Daher fordern große Teile der Zivilgesellschaft und einzelne Entwicklungsländer den sofortigen Stop der GATS-Verhandlungen. Wenn es gelingt, die WTO-Maschine in Cancún ins Stottern zu bringen, wird auch der GATS-Fahrplan, der den Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2004 vorsieht, hinfällig.

Brisante Themen: Investitionen und Agrarfragen

Ein besonders brisantes Thema in Cancún ist der Investitionsschutz. Der am Anfang der Konferenz notwendige Konsens über den Modus der Verhandlungen bezieht sich ganz besonders auf die Frage, ob über die bereits erwähnten Singapur-Themen, die bisher nur Gegenstand von Vorgesprächen waren, offizielle Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Geschieht das, droht eine Neuauflage des Multilateralen Investitionsschutzabkommens MAI, das 1998 verhindert worden war. Der Investitionsschutz wird dabei so weitgehend interpretiert, dass eine Sozialbindung des Kapitals praktisch unmöglich wird. Das Eigentum wird nicht etwa nur vor willkürlicher Enteignung geschützt, sondern bereits eine Schmälerung der Profiterwartungen durch die Änderung des Rechtsrahmens der Wirtschaft wird als Eingriff in das Eigentum interpretiert. Diese Gefahr zeigt sich deutlich durch zahlreiche Verfahren im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, in der immer wieder Vertragsstaaten wegen Umwelt- und Sozialgesetzen verklagt werden. Auf diese Weise droht nicht weniger als eine Art Weltregierung durch die großen Konzerne. Ob die Entwicklungsländer dem Druck in dieser Frage standhalten, hängt sicher auch mit davon ab, wie stark sich die Zivilgesellschaft in Cancún präsentiert.

Was die Agrarverhandlungen angeht, so nehmen zivilgesellschaftliche Organisationen und Entwicklungsländer hier vor allen Dingen Anstoß an dem Agrardumping, mit dem die reichen Länder die lokalen Agrarmärkte in der dritten Welt ruinieren. Man fordert von den armen Ländern die völlige Preisgabe aller Schutzbedingungen der Landwirtschaft, aber baut selbst die Subventionen nur zögerlich ab. Die Hoffnungen, die die Entwicklungsländer 1995 noch in die WTO in dieser Frage gesetzt haben, erwiesen sich als Illusionen. Aber selbst wenn dies nicht so wäre: eine Lösung der Probleme der Landwirtschaft bietet der marktfundamentalistische Ansatz allemal nicht. Daher wird vielfach eine grundlegende Neugestaltung der Agrarabkommen gefordert oder noch konsequenter die Ausgrenzung dieses ganzen Komplexes aus der WTO: „Die WTO hat in der Land-

wirtschaft nichts zu suchen!“ So formuliert es z.B. der internationale Kleinbauernverband „La Via Campesina“, der eine regional angepasste Produktion von Lebensmitteln für die lokalen Märkte fördern möchte und die Entwicklung hin zur exportorientierter Produktion für ungesund hält.

Wohin wir mit der WTO kommen, zeigt noch einmal die US-Klage gegen Europa wegen Restriktionen beim Import von Gen-Nahrung mit aller Deutlichkeit (siehe Kasten).

Die allgemeine Problematik des TRIPS-Abkommens über geistige Eigentumsrechte und seine negativen Wirkungen besonders auf die Entwicklungsländer wurden in vergangenen Nummern dieses Rundbriefs ausführlich behandelt.² Was TRIPS angeht, bleiben die Fragen nach Nutzungsmöglichkeiten billiger Medikamente in armen Ländern, nach dem Schutz vor Biopiraterie und nach dem weltweiten Recht der Bauern auf ihr Saatgut akut.

Was tun in Cancún? Eine Veranstaltung mit Lori Wallach und Marianne Hochuli in Stuttgart macht Mut zum Engagement

In einzelnen Städten haben sich bei uns inzwischen Gruppen formiert, die sich mit der Cancún-Konferenz auseinandersetzen. Ziel ist vor allem auch, die wichtigen Aktivitäten in Cancún selbst durch Aktionen an der Basis in möglichst vielen Städten zu flankieren. So fanden am 13. und 14. Juni Veranstaltungen in Stuttgart statt: ein teach-in im Gewerkschaftshaus, außerdem ein Seminar im Forum 3, bei dem zwei profilierte Aktivistinnen der Zivilgesellschaft, Lori Wallach aus den USA und Marianne Hochuli aus der Schweiz ihre große Kompetenz einbrachten, um der Bewegung in Deutschland auf die Sprünge zu helfen.

Lori Wallach ist führend tätig in der Organisation „Public Citizens“. Sie wurde von dem amerikanischen Verbraucherschutzanwalt Ralph Nader begründet und hat inzwischen 250.000 Mitglieder. Hier leitet sie die Abteilung Global Trade Watch. Ihre Auftritte haben sie weltweit bekannt gemacht. „Man kann über Lori Wallach große Sätze schreiben, die nach Cäsar klingen. Dass sie 1997 die Ausweitung der nordamerikanischen Freihandelszone nach Süden verhinderte. Dass sie 1998 das Multilaterale Abkommen über Investitionen, MAI, zur Strecke brachte. Dass sie 1999 das Scheitern der WTO-Tagung von Seattle organisierte. Natürlich, sie war nicht allein, aber sicher ist: Ohne Lori Wallach wäre es nicht gegangen.“ „Eine kleine Frau ist sie mit gewaltiger Körpersprache, die an Rednerpulten wirkt, als müsste sie eine Boeing in die Parkposition lotsen.“ Das schrieb

der Spiegel (27/2002) über sie. Wer sie in Stuttgart erlebt hat, konnte vor allem aber auch ihren Humor und ihre menschliche Ausstrahlung kennen lernen. Genauso beeindruckt waren die TeilnehmerInnen durch Marianne Hochuli, die wie

Lori Wallach in Seattle und Doha dabei war. Marianne Hochuli arbeitet für die „Erklärung von Bern“, die im Jahr 1968 von einer Gruppe reformierter Theologen in Form eines Manifestes über „die Schweiz und die Entwicklungsländer“ formuliert wurde. 1000 Personen unterzeichneten dieses Manifest und verpflichteten sich, 3% ihres Einkommens für die

Entwicklungszusammenarbeit zu spenden. 1971 wurde die Erklärung von Bern dann als Verein konstituiert und hat inzwischen ca. 19 000 Mitglieder.

Lage vor Ort und konkrete Vorbereitungen

In Mexiko selbst gibt es zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen, Gewerkschaften usw., die der WTO kritisch gegenüber stehen. Andererseits ist die Szene sehr zersplittert, so dass ein koordiniertes Vorgehen sich als schwierig erweist. Cancún liegt an der Nordspitze der Halbinsel Yucatan und ist vor allem als Touristenhochburg bekannt. Hotels und Strände sind von der eigentlichen Stadt durch eine Lagune getrennt - in des es, wie man hört, Krokodile gibt. Stadt und Hotelzone sind zwei unterschiedliche Welten. Und die Zugänge zur Hotelzone, innerhalb derer die Tagung stattfindet, sind leicht zu kontrollieren: es wird verschiedene Sicherheitszonen geben, die nur mit entsprechenden Ausweisen betreten werden können. Diese Ausweise werden gescannt, so dass der Aufenthalt lückenlos nachverfolgbar ist. In die Nähe des Konferenzentrums gelangt man, wenn man nicht zu den offiziellen Delegationen der Staaten gehört, nur als Delegierter einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder als Pressevertreter. Es werden jeweils nur drei Delegierte akkreditiert, von denen sich nur einer im inneren Bereich aufhalten darf. Aktivitäten außerhalb der Zone sind wiederum wenig medienwirksam, weil die Medienvertreter sich in den inneren Zonen aufhalten werden. Es wird also einige Phantasie brauchen, um die Forderungen der Zivilgesellschaft sichtbar zu machen. Obwohl es einzelne Beispiele für willkürliche Zurückweisungen kleinerer NGOs gibt, scheint bei der Initiative Netzwerk Dreigliederung wenigstens die Akkreditierung zu gelingen.

Die Einpeitscher des Marktfundamentalismus werden, wie von früheren Konferenzen bekannt, mit einer

Kombination von Drohungen und Versprechungen Druck machen und die Widerstrebenden in den „green rooms“ einer Sonderbehandlung unterziehen. Um so wichtiger, die Delegierten daran zu hindern, Entscheidungen zu zustimmen, für die sie kein Mandat haben und die z.B. im Widerspruch zur jeweils nationalen Umweltpolitik oder verfassungsmäßigen Grundrechten stehen.

Es ist zu hoffen, dass es gelingt, die WTO zu stoppen und damit Spielräume für eine menschengerechte Gestaltung der Globalisierung offen zu halten. Damit diese Spielräume genutzt werden können, muss zugleich der Dialog über die Richtungen sinnvoller Gestaltungen intensiviert werden.

Anmerkungen

- 1 <http://www.attac.de/Cancún/intro01.php>
- 2 Vgl. vor allem Rundbrief 2/2203.

ROHE, MITLEIDLOSE SPRACHE ...

Ein Leserbrief zum Irakkrieg an die Zeitschrift Info 3 von Andreas Krennerich

Den folgenden Leserbrief schrieb der Autor als Reaktion auf die Maiausgabe der Monatszeitschrift Info3 mit ihrem Schwerpunkt „Was will Amerika? Ideen eines Imperiums“. Info3 beschränkte den Abdruck auf zwei Sätze, weshalb wir den Brief wegen seiner Wichtigkeit hier nahezu ungekürzt dokumentieren.

Ich betrachte die Artikel von Felix Hau und Markus Wülfing in Info 3 Nr. 5 als vorläufigen Höhepunkt einer Reihe von pauschalen Verurteilungen von Kriegsgegnern, vorgetragen in herablassendem und bisweilen zynisch-aggressivem Ton. Eine kleine exemplarische Liste aus Ihren letzten Ausgaben:

Demonstranten und Kriegsgegner tun Volksverhetzung von islamistischen Fanatikern als Folklore ab / wollen nur noch nett zum Drachen sein / pflegen mit dem Bösen einen schwächelnd intellektualistischen Als-Ob-Umgang / haben die neue Qualität der Destruktivität des 11.09.2001 schnell vergessen und zerredet und schauen untätig zu (Jens Heisterkamp, Info 3 2/2003) / sind protestierende Ölsardinen / schlurfen gegen ihren Lieblingsstoff Öl durch die Straßen / beharren auf einer romantisch verklärten Realitätsflucht, die sich in der europäischen Illusion zum Ausdruck bringt, die Welt bestünde aus lauter sanften Lämmern (Felix Hau) / betreiben oftmals unreflektierte Kritik und rein emotionalen Anti-Amerikanismus / nehmen noch nicht einmal Notiz von Djindjics Ermordung (was man daran sieht, dass es keine Demonstrationen dazu gab) / sind bereit, gegenüber Diktatoren kulturelle Toleranz zu empfinden / sind Oberpazifisten und selbsternannte Hüter des Gewissens der Welt (Markus Wülfing). Letzteres soll nur für „uns Deutsche“ gelten, während André Glucksmann meint (Info 3 4/2003), „Frankreich (!) liebt die Menschen mehr, die die Tschetschenen ermorden und die Tibet besetzen und plündern“. Wir lesen von Pazifismus „als

Gleichgültigkeit gegenüber dem Bösen“ (Glucksmann) oder Pazifismus, der „sich so liebend gern gegen Amerika richtet und dafür Diktatoren und Verbrechern mildernde Umstände gewährt“ (Markus Wülfing). Ich nenne diese verallgemeinernden Unterstellungen insbesondere in Anbetracht der Millionen Menschen, die gegen diesen Krieg geschrieben, gelesen, gesprochen und demonstriert haben, nicht nur unverschämt undifferenziert, sondern auch ignorant, respekt- und würdelos.

Ansonsten ist Markus Wülfings Darstellung der sogenannten Kurzschlüsse und Denkverbote der Kriegsgegner inhaltlich im Wesentlichen geprägt von einer sehr oberflächlichen Wahrnehmung der Argumente und einer so verkürzten Betrachtung der vielen angesprochenen Problemkreise, dass der Versuch einer Ergänzung, Zurechtrückung und Entgegnung den Umfang eines Leserbriefes weit überschreiten würde. Exemplarisch seien drei Beispiele von Schönredung und Faktenvernachlässigung angesprochen:

1) M. W. spricht zu Recht die menschenverachtende Hilfeverweigerung des irakischen Regimes gegenüber der notleidenden irakischen Bevölkerung an. Diese Grausamkeit schmälert aber in keiner Weise die Verantwortung der UNO und insbesondere der USA und Großbritanniens für die katastrophalen Folgen der Sanktionen. Näheres - auch zu den diesbezüglichen Informationsunterdrückungsversuchen der USA - kann man sozusagen aus erster Hand erfahren von dem aus Protest zurückgetretenen Leiter des UNO-Hilfsprogramms Hans Graf von Sponneck in dem Büchlein „Irak - Chronik eines gewollten Krieges“.

2) M. W. spricht von „Peinlichkeiten“ der USA „in der Auseinandersetzung mit der UN“. Das ist schon allein angesichts der ungeheuerlichen Tatsache, dass die USA der UNO gefälschte Beweise vorlegten, grob verhaselnd.

3) Die jahrelange Unterstützung von Saddam Hussein bezeichnet M. W. als „Zweckbündnisse mit Partnern, deren Ideologie und Wertesystem man nicht teilt“, „was im Bereich der Realpolitik zum Tagesgeschäft gehört“. Zur Erinnerung: Die USA (und übrigens nicht nur die USA) rüsteten den Irak massiv auf trotz bereits vorliegender Amnesty International-Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen im Irak. Darüber hinaus lieferten die USA im ersten Golfkrieg der irakischen Armee die Satelliten-Zieldaten für die Giftgas-Angriffe auf den Iran. Zweckbündnis? Tagesgeschäft?

[...] Im dritten Golfkrieg haben die USA und Großbritannien (wie übrigens auch Russland und später die NATO in Afghanistan) wieder die insbesondere für die Zivilbevölkerung verheerenden Streubomben abgeworfen.

Menschen, die in verschiedener Weise für diese „Politik“ verantwortlich sind und die darüber hinaus - im Besitz der größten Atom-, Chemie- und Biowaffen-Arsenale - das seit Menschengedenken umfangreichste Aufrüstungsprogramm gestartet haben (2003: 396 Milliarden Dollar für Rüstung plus x Milliarden für den Irak-Krieg), die diverse Rüstungskontroll- und Umweltabkommen aufgekündigt haben, solche Menschen, stellt uns Felix Hau in Info 3 als „Visionäre, die von demokra-

tischen Idealen erfüllt sind“ vor und meint, auf dem Weg zur Umsetzung der „Vision einer prosperierenden, gerechten Welt“ sei die „Unterstützung eines kapitalistischen Imperialismus“ (sic!) „bei näherer Betrachtung so dumm nicht“. Die Verherrlichung der von Felix Hau in den Rang eines „tatsächlichen Gottes“ (sic!) erhobenen USA, macht dann auch nicht halt vor dem Verständnis dafür, dass man sich in den USA nicht an die Maßstäbe gebunden fühlt, die man für andere gesetzt hat, die „noch nicht so weit sind“ und „die nicht in der Lage sind, sich kultiviert zu benehmen“. Dies ist eine Absage an eine der grundlegendsten und selbstverständlichsten Forderungen (zwischen-)menschlichen Handelns, dass ich an andere gestellte ethische Richtlinien bereit sein muss, selbst zu respektieren. Dass die USA schon 1 1/2 Jahre Gefangene auf Guantanamo festhalten, denen sie weder den Status von Kriegsgefangenen noch den von Kriminellen zugestehen, und allen Ernstes fordern, dass kein US-Bürger (egal, was er angerichtet hat) vor den Internationalen Strafgerichtshof gestellt werden kann, ist Ausdruck dieser Imperiums-Ethik.

Dass Menschen, die sich als anthroposophische Avantgarde verstehen, uns als Lösung der anstehenden weltpolitischen Probleme die alten, zugegebenermaßen wirkungsvollen Strategien der dreisten Lüge und brutalen Gewalt anempfehlen wollen, ist - gelinde gesagt - eine beschämende Enttäuschung und Zumutung.

Dabei könnte das weltweite Aufwachen am 11.09.2001 und an einem sich selbst demaskierenden rücksichtslosen und selbstherrlichen US-Regime durchaus Ausgangspunkt sein für ein nicht aufhörendes Einfordern menschenwürdigen Handelns überall auf der Welt, auch im Sinne der von Ken Wilber geforderten integralen Protestbewegung.

Stattdessen gesellt sich zu der faktischen Militarisierung die Militarisierung des Denkens und Fühlens, die sich zeigt in den eingangs erwähnten Beschimpfungen und einer rohen, mitleidlosen Sprache: „... und auch Iran, Saudi-Arabien und Libyen dürfen sich bereits anschnallen“ (Felix Hau).

„AMERIKANISCHER GEIST, WERTE UND MACHT“

Bericht über eine Konferenz in New York

Ulrich Morgenthaler

Unter dem Titel „Amerikanischer Geist, Werte und Macht“ fand vom 2. bis 4. Mai in New York City eine Konferenz statt, die angesichts des gegenwärtig übermächtigen „American Empire“ die Besinnung auf das „andere Amerika“ versuchte, das von Persönlichkeiten wie R. W. Emerson, M. Luther-King oder J. F. Kennedy repräsentiert wird. Initiiert von John Beck, ehemals Leiter des New-York-City Zweiges der Anthroposophischen Gesellschaft, jetzt Leiter des etwa dem Forum 3 vergleichbaren New

York Open Center, und organisiert u.a. in Zusammenarbeit mit der City University of New York, dem International Forum on Globalization, und verschiedenen engagierten Zeitschriften, wie dem „Utne Reader“ (Eric Utne) und „Yes-Magazine“ (David Korten), waren eine ganze Reihe bekannter US-amerikanischer Aktivisten und Vertreter von Bürgerinitiativen zusammen gekommen. Unter ihnen Ralph Nader, Rechtsanwalt, Verbraucherschützer und Präsidentschaftskandidat der US-amerikanischen Grünen, und Jerry Mander, Begründer des International Forum on Globalization.

Jerry Mander trug alternative Prinzipien gesellschaftlicher Gestaltung vor, wie diese während dreier Jahre kontroverser Diskussion, aber letztlich doch im Konsens, durch die zum Teil sehr individualistischen und auch streitbaren Mitglieder des International Forum on Globalization erarbeitet wurden. Das Ergebnis liegt als Angebot zur weiteren Diskussion vor in der Veröffentlichung „Alternatives to Economic Globalization“. Zu den darin vertretenen Gestaltungsprinzipien gehören u.a. „Neue Demokratie“, „Subsidiarität“, „Ökologische Nachhaltigkeit“, „Menschenrechte“, „kulturelle und biologische Vielfalt“ sowie das „Prinzip der Vorbeugung“. (Eine deutsche Zusammenfassung dieser Studie findet sich im Internet unter http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/IFG_Bericht.pdf bzw. kann bei der Initiative Netzwerk Dreigliederung bestellt werden (netzwerk@sozialimpulse.de, Fax: 0711-23 60 218).

Ralph Nader machte deutlich, dass die Umfragewerte für George Bush nur deshalb so hoch sind, weil die Fragestellungen der in den Medien wieder gegebenen Meinungsforschungen immer allgemein gehalten sind: „Finden Sie, dass der Präsident einen guten Job macht?“ Bei solchen Fragen erzielt die Regierung hohe Zustimmungswerte. Doch werden die Fragen konkret, wie: „Finden Sie, dass George Bush genug für die soziale Sicherung der unteren Einkommensgruppen tut?“, fällt der Anteil der Ja-Stimmen Ergebnisse sofort weit unter 50%. Neben seiner Analyse plädierte Nader - den das Time Magazine zu den einflussreichsten hundert amerikanischen Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts rechnet und der in den 60er Jahren berühmt wurde durch seine erfolgreiche Verbraucherschutz-Kampagne gegen den General Motors, den weltgrößten Automobil-Konzern - für engagiertes Engagement jedes einzelnen Bürgers. Ohne diese zivile Motivation, die beim Einzelnen beginnt und in die Gesellschaft ausstrahlen muss, kann die Flut der gegenwärtigen Resignation nicht überwunden werden.

Beeindruckend unter den weiteren Rednern war dann vor allem der Irokese John Mohawk, ein Sozialaktivist, der eine Professur für Friedensforschung an der Universität von Buffalo hält. Er erläuterte, welche Friedensstrategien und demokratischen Verfahren die Irokesen schon vor Columbus aus der Not ihrer nicht enden wollenden Kriege untereinander entwickelt hatten. Die demokratischen Ideen fanden teilweise in die Unabhängigkeitserklärung der USA Eingang, und die Frieden stiftenden Fähigkeiten waren u.a. gefragt, als Präsident

Carter 1979 John Mohawk in den Iran schickte, um die Beendigung der Besetzung der US-amerikanischen Botschaft auszuhandeln. Man konnte den Eindruck haben, dass die verborgene und für die Zukunft wertvolle indigene Weisheit Amerikas immer noch der Erweckung harret. Innerhalb der vortragenden Aktionsgruppen beeindruckte die „Bhopal Activist Group“, die zusammen mit der US-amerikanischen Zivilgesellschaftsorganisation „Healthcare without Harm“ auf die immer noch weiter wirkenden Folgen der Chemie-Katastrophe von Bhopal vor 19 Jahren hinweist, verantwortet durch den US-Konzern Union Carbide, durch die bis heute 20.000 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Mitarbeiter von „Healthcare without Harm“ demonstrierten dabei vorbildlich, wie man versuchen kann, die Folgen, die von einem Konzern des eigenen Landes verursacht sind und noch immer nicht verantwortet werden, mit zu tragen.

Insgesamt nahmen etwa 350 Menschen an der Konferenz teil. Auch das „Global Network for Social Threefolding“ (GN3) trat als Mitveranstalter auf und verschiedene Redner und Workshops trugen unter seinem Namen bei. Yeshayahu Ben-Aharon, Activists for Israeli Civil Society (ICS), der eigentlich anlässlich des Erscheinens seines neuen Buches „America's Global Responsibility“ eben zu diesem Thema auch dort hätte sprechen sollen und sicher noch eine andere Note in die Konferenz gebracht hätte, konnte leider nicht kommen. Wegen einer staatlich angeordneten Schließung des bestreikten Flugplatzes in Tel Aviv konnte er Israel nicht verlassen.

Der oben erwähnte John Beck, Mitglied des US-East-Cost-Node von GN3, sprach in sehr lebendiger und die Zuhörer aktiv einbeziehender Weise über „Die Geschichte des US-amerikanischen Imperiums“ und über das „Karma der Unwahrhaftigkeit der westlichen Welt“.

Die Colibri-Initiative, ein deutscher „Knoten“ von GN3, brachte unter Mitwirkung von Carol Bergin, Johannes Lauterbach und Ulrich Morgenthaler, einen Workshop unter dem Titel „Ein Blick über den Ozean - Versuch zu einem transkontinentalen Dialog“ ein. Die drei hatten im eigenen Bekanntenkreis europaweit einen Fragebogen über das gegenwärtig erlebte Bild der USA und seiner Bürgerinnen und Bürger gestreut. Die Antworten aus 41 Rücksendungen aus acht Ländern, Altersgruppe zwischen 17 und 85, die sowohl Dankbares wie Kritisches enthielten, konnten dort in einem Workshop mit 30 Teilnehmern einem äußerst interessierten und für dieses „europäische Feedback“ offenen Publikum zugänglich gemacht werden.

Daraus ergaben sich vielfältige neue Kontakte und Angebote für weitere Zusammenarbeit auf diesem für die Gegenwart so wichtigem Gebiet, u.a. Berichte über diesen Workshop in zwei Zeitschriften, und der - inzwischen bereits begonnene - Ansatz, eine solche Umfrage auch in den USA durchzuführen, um diesen „Dialog mit den Europäern“ fortzusetzen.

UNIVERSAL-BILDUNG TUT NOT!

Michael Rist

Die heutige arbeitsteilige Wirtschaft hat neben der Deckung des leiblichen Bedarfs und der berechtigten seelischen Bedürfnisse auch eine eigenständige Kulturaufgabe, der die geistigen Bedürfnisse der Menschen nach einer freiheitlichen, gerechten und sozialen Gesellschaftsordnung zugrunde liegen, die aber nicht kollektiv, sondern nur in zunehmender individueller Eigenständigkeit realisiert werden kann.

Eine solche Eigenständigkeit ist ja für jedes Bildungsgeschehen erforderlich und wird dort auch betätigt, wie leicht einzusehen ist. Schon das Kleinkind lernt zunächst die Mutter, dann die Familie, die Wohnung, den Garten, die Strasse, das Quartier und schliesslich auch sich selbst - indem es „ich“ zu sich sagt - eigenständig verstehen und sich gehend, sprechend und handelnd in diese Welt einzubringen. Natürlich sind die Eltern, Geschwister und Nachbarn vielfache Helfer, die diese Eigenaktivität fördern.

Diese traumhafte Eigenaktivität wird in der Schule weiter geweckt, indem man die Fähigkeit des Schreibens, des Lesens und des Rechnens erübt, um dann in der Religion, der Musik, der Geschichte, der Geographie, aber auch im Sport sowie der Physik, Chemie, Biologie und dem Fremdsprachenunterricht die Kulturgeschichte der Menschheit individuell gerafft zu wiederholen. Ähnlich wie gemäß dem biogenetischen Grundgesetz in der Natur die Einzelentwicklung eine kurze Wiederholung der Stammesgeschichte darstellt.

Daran schließt meist die Berufslehre oder die Ausbildung an einer Fachschule oder Universität an, die einen bei eigener Anstrengung als Fachfrau oder Fachmann zum brauchbaren Spezialisten des Wirtschaftslebens heranbildet, in das man nun eintritt.

Nach unterschiedlich langer Lehr- und Wanderzeit wird langsam klar, dass man auf die Dauer gesehen durch Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen sich selbst den Ast absägt, auf dem man sitzt. Dann wird zum ersten Mal neben der Berufsausbildung die Universal-Bildung zur Notwendigkeit. Man denkt nicht mehr nur an sich, sondern fragt sich selbständig denkend, ob und wie ein umweltgerechtes Wirtschaften überhaupt zu bewerkstelligen sei. Dank der anhebenden Universal-Bildung wird es dann möglich, die vorhandenen Sparpotentiale aufzuzeigen und klarzulegen, wie man z. B. die erneuerbaren Wasser-, Wind-, Sonnen- und Bioenergien nutzen kann. Das sich so ausbreitende Umweltbewusstsein ist das erste Ergebnis dieser Universal-Bildung, die auch die Fachausbildung in sich integriert.

In einem nächsten Schritt wird im Bio-Landbau das Umweltbewusstsein in die Tat umgesetzt, indem man im Zusammenwirken von artgemäßem Pflanzenbau und artgemäßer Tierhaltung eine nachhaltige Landwirtschaft anstrebt, die sich aus erneuerbaren Stoffen und Energien dank der Tätigkeiten der verschiedenen Pflanzen- und Tierarten zu einem Betriebsorganismus heranbildet. Die-

ser kann aber in unserer heutigen Wirtschaft auf die Dauer nur tätig sein, wenn ihm von Seiten der Konsumenten das nötige Verständnis entgegen gebracht wird, indem durch gerechte Preise das paritätische Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen gesichert wird.

Um dieses Verfahren der gerechten Preisbildung auf die gesamte Wirtschaft auszudehnen, ist eine weitere Steigerung der Universal-Bildung notwendig, wie dies wohl auch die transdisziplinäre Forschung und Praxis als eine Erweiterung der interdisziplinären Zusammenarbeit anstrebt. Dabei wird bald eingesehen, dass der Markt als die vermeintlich unsichtbare Hand des Ordnungshüters dies nicht vollbringt und auch nicht vollbringen kann, solange sich auf ihm die ungeläuterten Egoismen der Menschen begegnen. Die gesteigerte eigenständige Universal-Bildung stellt uns somit vor die Aufgabe, aufgrund der eigenen Einsicht, dass wir in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft alle aufeinander angewiesen sind, die Selbstversorgermentalität zu überwinden und statt dessen vernünftig, rechtschaffen und hilfreich miteinander umzugehen. Dadurch wird dann auch die assoziative Wirtschaftsordnung in Form des dreigliedrigen sozialen Organismus, wie sie von Rudolf Steiner bereits nach dem ersten Weltkrieg in ihren Grundzügen dargelegt wurde, durch unser einsichtsvolles Tun und Lassen von uns selbst geschaffen.

In Zeiten des wirtschaftlichen und kulturellen Niedergangs ist es deshalb falsch, an der Bildung zu sparen, vielmehr muss gerade dann die Universal-Bildung besonders gefördert werden, denn die Not entsteht heute immer dadurch, dass zu wenig an umfassender menschlicher Einsicht praktiziert wird. Deshalb hat z. B. Herbert Witzenmann seinerzeit vorgeschlagen, neben jeder Industrieinvestition auch eine Bildungsinvestition zu tätigen.

* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstrasse 1, CH - 8006 Zürich.

GEDANKEN ZUR FRAGE EINER ZEITGEMÄSSEN FINANZIERUNG DES BILDUNGSWESENS

Thomas Brunner

„Gerade wer es ehrlich meint mit der sozialen Frage in der Gegenwart, der muß immer wieder und wiederum betonen: Notwendig ist vor allen Dingen eine freie Entfaltung geistiger Wissenschaft. Das ist nicht irgendwie die Einführung eines Unpraktischen in das gegenwärtige Leben, sondern das Allerallerpraktischste, weil es unmittelbar, wirklich notwendig ist.“ (Rudolf Steiner, 22. März 1919)

Die erneut bevorstehenden einseitigen Kürzungen der staatlichen Zuschüsse für Brandenburgs Schulen in freier

Trägerschaft (4%, d.h. etwa 200 Euro pro Schüler / Jahr) können ein Anlass sein, sich wieder einmal verstärkt den grundsätzlichen Fragen einer zeitgemäßen Bildungsfinanzierung zuzuwenden. So sehr es nun in dieser konkreten Situation gewiss unmittelbar bis ins Politische wirkender Aktionen bedarf, so wird es doch auch immer wichtiger, die weitergehenden gesellschaftlichen Zusammenhänge dieser Vorgänge überhaupt zu verstehen, um eine wirklichkeitsgemäße Perspektive entwickeln zu können.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre sprechen ja eine phänomenal deutliche Sprache: durch die mit den neuen Medien einhergehende Globalisierungstendenz der Wirtschaft sind alle Lebensbereiche weitreichenden Wandlungen unterworfen. Nicht nur das Verhältnis des einzelnen Menschen zur Gesellschaft, sondern auch die Aufgabe des Staates hat sich verändert: viele Bereiche ehemals staatlicher Verwaltung gehen in die Verantwortung der BürgerInnen über. Dies zeigt sich insbesondere in der enormen Staatsverschuldung und den ihr gegenüberstehenden, nie in dieser Dimension dagewesenen Privatvermögensbildungen. Da aber immer noch Politik-Vorstellungen des 19. Jahrhunderts herrschen und mit tauschwirtschaftlichen Begriffen umgegangen wird, die längst der Komplexität der modernen arbeitsteiligen Weltwirtschaft nicht mehr gerecht werden, ist eine schwerwiegende soziale Schieflage entstanden

Doch diese soziale Schieflage ist eben im Grunde nur der Ausdruck dafür, dass zumeist noch vollends übersehen wird, welche Verantwortung in diesem Zusammenhang dem Bildungsleben zu kommt. Zwar spürt man nun langsam auch hier, dass sich die Lage zuspitzt, doch wagt man noch kaum den Schritt in echte Selbstverwaltung und -verantwortung, sondern erliegt zumeist nach wie vor der anachronistischen Denkgewohnheit: „Papa Staat“ habe die Aufgabe, das Bildungswesen zu regeln und zu finanzieren. Obwohl die staatliche Subventionspolitik gerade erst wieder durch die BSE-Krise in ihrem - das soziale und natürliche Leben manipulierenden - Charakter zu Tage getreten ist, will man noch kaum erkennen, dass die Bildungsfrage keine „bildungspolitische“, sondern die zentrale Aufgabe der „Zivilgesellschaft“ ist.

Oft werden die soziale Frage zu betriebsegoistisch entwickelt und einseitig die eigene Institution als ein vom übrigen sozialen Leben gesonderter „sozialer Organismus“ betrachtet. Doch dieser Pragmatismus verkennt, dass erst aus der Polarität von Jetzt-Möglichem und Denkbar-Notwendigem Entwicklung hervorgehen kann. Zwar gibt es einzelne soziologische Betrachtungen, die den manipulativen Charakter staatlicher Finanzierung für das Bildungsleben zur Sprache bringen („[...] der auf seine Weise einspringende Staat kaschiert durch die Schulgeldfreiheit die Zusammenhänge und gewinnt über die Finanzhoheit auch Einfluß auf Lehrpläne, Leistungsanforderungen und -kontrolle und über die Berechtigungen Gestaltungsmacht bis in den innersten Bereich der Pädagogik, der von Freiheit und Einsicht in die menschliche Natur bestimmt zu sein hätte; er entfremdet die Pädagogik ihrer Aufgabe.“ St. Leber, Die Sozialgestalt der Waldorfschule, Stuttgart 1978, Seite 92); auch

wird die unsachgemäße Einflussnahme durch wirtschaftliches Sponsoring besprochen; doch herrscht zumeist noch weitgehende Unklarheit bezüglich der Notwendigkeit Kultur und Bildung grundsätzlich „individuell“ zu finanzieren. (Selbst die Vertreter des „Bildungsgutscheins“ übersehen, dass der Bildungsgutschein nur *Wahl-* aber keine *Initiativ-*Freiheit gewährt, der Staat weiterhin „Schule“ definiert). Steiner unterscheidet deutlich, einerseits: die „Abgaben“, „die für das Rechtsleben notwendig sind“, die „durch die Übereinkunft zwischen den Leitern des Rechtslebens und denen des Wirtschaftslebens“ zu regeln wären; und andererseits: „alles, was zum Unterhalte der geistigen Organisation nötig ist, wird dieser zufließen durch die aus freiem Verständnis für sie erfolgende Vergütung der Einzelpersonen, die am sozialen Organismus beteiligt sind.“ (R. Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, Hervorhebung T.B.) „Gleiches Recht auf Bildung“ kann ja nicht heissen, dass der Staat als „Bildungsveranstalter“ die Institution „Schule“ definiert und einrichtet (und somit den pädagogischen Bereich „gleichschaltet“), sondern nur, dass die Bedingungen geschaffen werden, dass durch ein assoziatives Wirtschaftsleben der einzelne gestärkt wird, zur Finanzierung des Bildungswesens beitragen zu können. „Es geht ja heute durch die Lande der Ruf: Unentgeltlichkeit des Schulwesens. Ja, was soll denn das überhaupt heissen? Es könnte doch nur der Ruf durch die Lande gehen: *Wie sozialisiert man, damit ein jeder die Möglichkeit hat, seinen gerechten Beitrag zum Schulwesen zu schaffen?*“ (R.St., 1. Juni 1919, Hervorhebung T.B.) Rudolf Steiners Wegbegleiter Hans Kühn hat diese Notwendigkeit einer zivilgesellschaftlichen Bildungsfinanzierung in seinem Buch „Dreigliederungs-Zeit“ (Dornach 1978, dort: S. 30) sehr anschaulich referiert: „Als das freie Geistesleben und seine Finanzierung behandelt wurde, hörten wir von Ausgabesteuern und von der Vergütung für die geistige Produktion durch diejenigen, die sie empfangen, oder in Anspruch nehmen. Eine Schule oder Hochschule z.B. dürfe weder durch den Staat, noch durch die Industrie oder eine Treuhand-Organisation finanziert werden, sondern stets von unten durch Schüler und Studenten, dass auch die Lehrer sich wirtschaftlich selbst erhalten würden. Wo die Mittel fehlten, müssten andere Institutionen einspringen, um die nötigen Stipendien zu geben; buchmäßig müsse der Einzelne bezahlen.“

Man mag diese Ausführungen als allzu naiv oder unrealistisch bewerten, weil man meint, je mehr die Waldorfschule konkrete Initiative zu wirklich selbstverwalteter Trägerschaft zeigt, der Staat mit weiteren Kürzungen antworten würde - womit der Untergang der Waldorfschule gesichert sei ... Doch wer so denkt, der unterschätzt nur *das eigentliche Kapital der Waldorfschule*: die ihr zu Grunde liegende Menschenkunde; und er verkennt, dass der ihr immanente Impuls kein separates Privatproblem ist, sondern eine in der Gegenwart tief verwurzelte Zeitnotwendigkeit darstellt. Man kann natürlich dem Vorsatz der PISA-Studie folgen und meinen, unsere Schulen seien dahingehend zu reformieren, wieder tauglichere Arbeiter für die Wirtschaftswelt zu erzeugen. Doch hierin liegt ja gerade einer der zentralen Kurzschlüsse in der gegenwärtigen Bildungs-

debatte. Denn eine Gesellschaft, in der mittlerweile bald eine Million Menschen obdachlos und andererseits Fussballer und Rennfahrer Multimillionäre sind oder Nobodys zu „Superstars“ gekührt werden usw., die hat nicht primär ein wirtschafts-technisches, sondern ein menschliches Bildungsproblem. Heute muss eben erkannt werden, dass diese durch staatliche Indoktrination bedingte Verbildung des Seelenlebens, nur überwunden werden kann, wenn sich die (freien) Schulen *selbst* auf den Weg machen, eine wirkliche (Ekenntnis-)Beziehung zum sozialen Leben auszubilden; um nicht im scheinautonomen Rahmen staatlicher Subvention zu routinieren, sondern immer wieder auf's Neue „aus dem Bunde des Möglichen mit dem Notwendigen das Ideal zu erzeugen“ (F. Schiller, Über die ästhetische Erziehung des Menschen, 9. Brief).

Viele Tendenzen der Gegenwart deuten darauf hin, dass sich eine Dreigliederung des sozialen Organismus herausbildet. Doch das reicht nicht. Denn dass unter Anthroposophen oder im Bildungsbürgertum die „Zeichen der Zeit“ immer zuversichtlicher in „dreigliedriger Art“ (Markt, Rechtsstaat, Zivilgesellschaft) gedeutet werden (z.B. in den Schriften Jeremy Riffkins), das ist eben keineswegs voraussetzungslos. Diese Bildungs-Voraussetzung wird zumeist übersehen, sie ist aber einer der zentralen „Kernpunkte der sozialen Frage“. Insbesondere am Thema Geistesleben wird doch immer wieder deutlich, dass die Begriffe eben doch noch nicht in der Tiefe erfasst werden. Anders gesagt: gewisse Fragen sind nicht allein durch Strukturveränderungen zu leisten, sondern sie bedürfen der ganz individuellen Initiative. Und die Motive dieser Initiative, die kommen nicht aus der äußeren Welt, sondern hier bedarf es (mit dem zunehmenden Schwinden traditioneller ethisch-religiöser Werte) einer wirklichen Entfaltung der Geisteswissenschaft. Z.B. die Bedeutung Beethovens für die Emanzipation des bürgerlichen Bewusstseins steht heutzutage außer Frage (wenn auch noch nicht wirklich erfüllt), aber gleichsam sind Rudolf Steiners „Partituren“ notwendig für ein wirkliches Selbstverständnis der Zivilgesellschaft. Die sogenannte „Spassgesellschaft“ ist eben (frei nach Erich Fromm) nichts anderes, als bereits der Ausdruck für die „Pathologie der staatlichen Normierung“.

Denn: „Eine Geistesart, die nicht in Freiheit aus dem Leben des Geistes selbst sich entwickelt, sondern aus einer äußeren Organisation heraus, die weiß eben nicht, was der Geist wirklich vermag.“ (R. Steiner, Aufsätze, Dornach 1988, Seite 173)

SCHULWESEN IN FREIHEIT, RECHT AUF BILDUNG UND SOLIDARFINANZIERUNG

Christoph Strawe

Der folgende Artikel ist aus der Erweiterung eines Textes hervorgegangen, der im Zusammenhang mit der Diskussion der Auswirkungen des Allgemeinen Abkommens der Welthandelsorganisation (WTO) über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) auf Schulen in freier Trägerschaft entstanden war, aber zunächst unveröffentlicht blieb. Er

kann vielleicht verdeutlichen, dass die in Thomas Brunners Aufsatz zu Recht akzentuierte Forderung nach einer freiheitsverträglichen Finanzierung der Schulen nicht dahingehend verstanden werden sollte, dass für den zuerst von Rudolf Steiner entwickelten Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung die Finanzierung des Schulwesens keine Solidaraufgabe sei. Der Dreigliederungsansatz versucht gerade Freiheit, Gleichheit und Solidarität in die Balance zu bringen und nicht das eine gegen das andere auszuspielen. So wird in Rudolf Steiners grundlegender Schrift „Die Kernpunkte der sozialen Fragen in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“ (GA-Nr. 23/1976, S. 127f.) von dem Recht des Kindes auf Erziehung gesprochen und gleichzeitig von der materiellen Sicherung dieses Rechts durch ein Erziehungseinkommen, das den Eltern zufließt und das es ihnen ermöglicht, unabhängig von ihren Geldbeutelverhältnissen für das Kind die Schule ihrer Wahl zu bezahlen. Durch diesen Übergang von einer Angebots- zu einer Nachfragefinanzierung wird die Lenkung des Geldstroms vom individuellen Urteil abhängig, ohne Schaden für den solidarischen Charakter der Finanzierung. Der Einzelne muss hier eben nur „buchmäßig [...] bezahlen“ (Zitat Hans Kühn im Aufsatz von Thomas Brunner).

In der Debatte um das GATS-Abkommen ist zu Recht immer wieder davor gewarnt worden, die Bildung dem Kommerz zu öffnen und damit ihre solidarische Finanzierung in Frage zu stellen. Diese Debatte sollte aber zugleich Anlass sein, die Rolle von Schule und Bildung in der Gesellschaft neu zu reflektieren. Die Alternative zu GATS besteht in der Tat nicht in der Bewahrung der weithin beherrschenden Stellung des Staates im Bildungswesen. Denn die anregenden Funktionen von nicht-staatlichen Schulen für ein vielfältiges und leistungsfähiges Schulwesen kommen dabei kaum oder gar nicht zur Geltung. Deshalb ist vom Staatsmonopol im Schulwesen, in dem die nicht-staatlichen (freien) Schulen nur eine Nische bilden, Abschied zu nehmen.

Gleichzeitig ist jedoch an der staatlichen Rechtsaufsicht im Sinne der Garantie der Grund- und Menschenrechte im Bildungswesen festzuhalten. Alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf umfassende Erziehung und Ausbildung, welche sich an den Bedingungen und Möglichkeiten der Entwicklung ihrer Individualität orientiert. Eine Sonderung der Kinder nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern muss daher verhindert werden. Die solidarische Finanzierung der Bildung für alle, durch den Rechtsstaat gewährleistet, würde jedoch durch die Umwandlung des Bildungswesens in einen Tummelplatz kommerzieller Anbieter massiv gefährdet.

Die Waldorfschulen sind dem Gedanken der Erziehung zur verantwortungsvollen Freiheit verpflichtet. Sie orientieren sich in ihrer Pädagogik am werdenden Menschen. Waldorflehrerinnen und Waldorflehrer sind darum bemüht, jedem Kind und Jugendlichen individuell gerecht zu werden. Pädagogik ist daher für sie weder eine unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Gleichheit noch unter dem der marktlichen Vergleichbarkeit standardisierbare Tätigkeit. Lehrerinnen und Lehrer müssen den Unterricht, mit dem sie eine gleichsam er-

ziehungskünstlerische Beziehungsdienstleistung gegenüber jeder einzelnen Schülerin und jedem einzelnen Schüler erbringen, individuell und unbevormundet gestalten können. Weder staatliche noch kommerzielle Fremdbestimmung ist daher der Pädagogik förderlich.

Die Waldorfschulen sollten sich gemeinsam mit anderen freien Schulträgern und fortschrittlichen Kräften im staatlichen Schulwesen für das Recht der Eltern einsetzen, für ihre Kinder die Art der Bildungseinrichtung frei zu wählen. Voraussetzung hierfür ist Vielfalt und Wettbewerb pädagogischer Konzepte. Zu fordern ist die Ermöglichung von Chancengerechtigkeit und freier Wahl der Schule durch die gleichberechtigte Förderung von öffentlichen, gemeinwesenorientierten Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft. Denn beide nehmen zwar nicht in gleichartiger, wohl aber gleichwertiger Weise den öffentlichen Bildungsauftrag wahr. Die Gründung sowie die autonome Gestaltung und Verwaltung von Schulen in freier Trägerschaft, einschließlich der eigenständigen Ausbildung der Lehrkräfte umfassend zu gewährleisten ist auch eine Aufgabe der weiteren europäischen Verfassungsentwicklung.

Ein Schulwesen in Freiheit, die staatliche Gewährleistung des Rechts auf Bildung und die solidarische Finanzierung des Bildungssektors bilden keinen Gegensatz, sondern sind sich ergänzende, menschenrechtlich begründete Forderungen.

DAS BEUYS-SYMPOSION 2003 IN ACHBERG - DIE ERSTE GROSSVERANSTALTUNG ZUR SOZIALEN PLASTIK IN DER KULTURELLEN PROVINZ - EIN MUTMACHENDER, BEFEUERNDER AUFBRUCH!

Rainer Rappmann

Während vier Tagen fand Anfang Mai das sechste Beuys-Symposium in der Gemeinde Achberg statt. Dort, wo die Ausläufer des Westallgäu in die Hügel des Bodensee-hinterlandes übergehen und wo einer der ganz großen deutschen Künstler, Joseph Beuys, in den 70er und 80er Jahren geistige Impulse empfing und hineinrug, dort tagte während vier Tagen das Beuys-Symposium unter dem Thema „Pädagogik - Therapie - Heilung“. Ein junger Verein (zur Förderung des Erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik) hatte die Tagung während eineinhalb Jahren vorbereitet und durchgeführt, war jedoch auch zunehmend von weiteren regionalen Kräften, wie der Gemeinde Achberg, dem Kulturamt des Landkreises Ravensburg und dem Humboldt-Haus tatkräftig unterstützt worden.

Die Erwartungen waren groß und wurden nach Aussagen von Teilnehmern übertroffen. Schließlich kamen 300 Menschen aus allen Herren Länder bis Skandinavien ins Dreiländereck zum östlichen Bodenseeufer. Bestimmte Einzelveranstaltungen, wie die des Jugendtherapeuten Henning Köhler, wiesen sogar zwischen 400 und 450 Besucher auf.

Ein umfangreiches Vortrags- und Seminarprogramm hielt die Teilnehmer fast rund um die Uhr auf Trab. Da gab es vor allem die vielen Vorträge zu den unterschiedlichsten Themen. Aber auch Seminare und praktische Übungen bereicherten den Kongress. Schließlich entwickelte sich die Tagung zu einem großen Event mit Festivalcharakter. So wurde durchgehend am Erdofen von Mario Ohno (Nürtigen) gefeuert und gekocht. Auch arbeitete eine Gruppe fleißiger Menschen im Argenbruch, um einen abgerutschten Hang und einen Weg im Argenthal neu zu befestigen und wieder gangbar zu machen (Uwe Claus, Todtmoos und Dr. Aschauer, Bürgermeister Achberg).

Zu den Ergebnissen des Symposions zählt die durchaus nicht selbstverständliche Einsicht, dass die Kunst- und Lebensleistung von Joseph Beuys so reichhaltig ist, dass sie noch lange nicht ausgeschöpft ist. Vor allem die Pädagogen erhielten wichtige Hinweise für ihre tägliche und zukunftsentscheidende Arbeit. Der Bogen wurde geschlagen von den Gralssuchern des Mittelalters (Karlheinz Tritschler, Weimar) bis hin zu einer zukünftigen Aufgabe einer Sozialen Plastik (Johannes Stüttgen, Düsseldorf), in der alle Menschen ihren Platz haben und ihren selbstverantwortlichen Beitrag zur Gemeinschaft leisten können. Wertvolle Anregungen gaben die Leiter/innen von Freien Schulen, die aus dem Beuys-Impuls gegründet worden sind, wie etwas Vera Kamaryt von der „Berliner Schule für Bühnenkunst“, Karin Genoux von der „Freien Kunstschule Hamburg (FIU)“ oder Gisela und Stephan Stüttgen von der „Kleinen Welt“ in Düsseldorf. Mutmachend waren aber auch die vielen kleinen Ansätze, den Erweiterten Kunstbegriff in eine Handlungspraxis des Alltags einfließen zu lassen, so diejenige des Stuttgarter Landschaftsingenieurs Johannes Steiner, der - ausgehend von der großen ökologischen Beuys-Aktion in Kassel „7000 Eichen“ - selbst wiederum deren Eicheln sammelt, um das „Projekt Eichenfeld - Erste nachwachsende Generation“ zu starten und Baumpaten für die Setzlinge zu suchen.

So fand der Kongreß am Sonntagmittag mit einem Spaziergang im Argenthal seinen würdigen Abschluß. Allseitig wurde der Wunsch nach Fortsetzung ausgesprochen. Die aber steht noch in den Sternen; denn zuerst einmal muß dieses Symposion verarbeitet werden. So war ja durchaus eine Entwicklung bei den Beuys-Tagungen zu beobachten, die man vielleicht unter dem Motto „von der (Kunst-)Theorie in die Praxis des alltäglichen Handelns“ charakterisieren könnte. Nicht zuletzt dieser Wandel trug dazu bei, dass sich über die Hälfte der Teilnehmer in ihren 20-er Jahren befand. Gerade diese Generation konnte Beuys gar nicht mehr leibhaftig erleben. Und sie ist es doch, auf die alles und so vieles in der nächsten Zeit an- und zukommt. Das Symposion bot reiche Erfahrung, wie sich ein neuer Jugendimpuls artikuliert, der eine Entsprechung aufweist zu früheren Jugendbewegungen vor allem des frühen 20. Jahrhunderts, wie etwa der des Wandervogels. Beuys in seinem intuitiven, vorausschauenden auf den (Kunst)begriff gebrachten Lebenswerk kann gerade dieser neuen

Generation in einer immer unübersichtlicher und willkürlicher werdenden Zeit eine Orientierungshilfe und ein Wegweiser sein. Info über: Claudia Müller & Rainer Rappmann, Wangen/Allgäu, internet: www.fiu-verlag.com.

GEOGRAFIE ALS ERWEITERUNG SOZIALER ERKENNTNIS: ZUM ATLAS DER GLOBALISIERUNG

Ein Literaturhinweis

Gerald Rollet

Geht es Ihnen auch so...? - Ständig stolpere ich über den Begriff der Globalisierung und fast jedes Mal hat er eine andere Färbung:

Zunächst positiv: Es wird mir immer deutlicher bewusst, dass wir zeitnotwendig unsere Erkenntnis weit über den eigenen Kirchturm erweitern müssen. Wahrhaft erleben wir uns heute nur als Zeitgenossen, wenn wir die Erde als einen Organismus verstehen, für dessen Gleichgewicht wir durch Einsicht, Weitsicht und soziale Phantasie verantwortlich werden.

Negativ (wenn wir nicht durch berufliche Zwänge in diese Denkweise eingebunden werden) zu erleben in einem Bild: Ein mächtiger Drache haust in einer Höhle und brütet menschenverachtende, naturzerstörende, wirtschaftsverändernde und kapitalaufblähende Gedanken und Projekte. Seine Macht bezieht er aus Denkformen der Vergangenheit, die nicht mehr in unsere Zeit passen und deshalb wie Gift wirken; die aber durch alte Machtstrukturen am Leben erhalten werden.

Gelingt es, diesem Denken in Seattle einen Kopf abzuschlagen, so wachsen ihm in Doha und Cancún neue Köpfe nach. Und diesem Drachendenken werden junge Menschen geopfert, weil ihnen keine Lebenschancen eingeräumt werden.

Wenn Sie sich in diesen aufwühlenden und mutlos machenden Zustand hineingetrieben haben, dann nehmen Sie den Atlas der Globalisierung zur Hand und schlagen ihn an einer beliebigen Stelle auf: Und sofort sind Sie gefangen, weil auf jeder Seite Zusammenhänge geboten werden, die bisher nur in exklusiven Zirkeln zu lesen waren. Ein Querschnitt ist entstanden, der auf geniale Weise trockene Zahlen und Statistiken ins Optische umsetzt und damit anschaulich und fassbar macht: Der Leser wird zum eigenen Weiterdenken veranlasst, und er kann seine Gedanken in die Zukunft hinein weiterführen.

Es hat sich gezeigt, dass dieser Atlas sich hervorragend als Grundlage für Gespräche mit Heranwachsenden eignet, in denen junge Menschen die Befürchtungen und Wünsche preisgeben, über die sie sonst kaum sprechen, weil sie fürchten, nicht ernst genommen zu werden. Der Atlas wurde aus Beiträgen kompetenter französischer Wissenschaftler gestaltet und ist unter der ISBN Nummer 3-980 6917-6-4 zum Preis von 10 Euro erschienen.

Ankündigungen

WIRTSCHAFT ALS KUNST - KUNST UND WIRTSCHAFT

**Symposium, 11./12. Juli 2003,
Alfter bei Bonn**

Veranstalter: Alanus Hochschule, Abteilung Studium Generale und Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in Kooperation mit dem Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Dornach/Schweiz.

Die Beziehungen zwischen Kunst und Wirtschaft sind vielfältig und problematisch zugleich: Soll die Kunst therapeutisch ausgleichen, was innerhalb der Wirtschaft schädlich wirkt, soll Wirtschaft dadurch erträglicher gemacht werden? Soll der Einsatz von Kunstmitteln am Produkt einen Mehrwert schaffen und so die Wirtschaft einträglicher machen? Wie weit darf die Kunst Menschen manipulativ beeinflussen, Widerstände abbauen oder Zugänge verschaffen? Ist die Kunst für die Wirtschaft nur Mittel zum Zweck oder muss die Wirtschaft die Kunst fördern?

Anders stellt sich die Frage, wenn man die Kulturleistung „Ökonomie“ selbst als soziokünstlerische Gestaltungsaufgabe auffasst. Worin besteht die künstlerische Leistung? Wer ist denn der Künstler in einer sozialen Kunst? Worin besteht denn die Schönheit? Oder sollen künstlerische Vorgänge als analoge Vorlagen ökonomischen Verhaltens dienen, z.B. dirigieren für führen?

Das Symposium soll einige dieser Fragen beleuchten und ausleuchten.

Neben Einführungen und Vorträgen von Udo Herrmannstorfer (freier Unternehmensberater, Schweiz), Prof. Dr. Gerd Walger (Universität Witten-Herdecke), Dr. Michael Ross (freier Unternehmensberater, München) und Prof. Dr. Marcelo da Veiga (Studium Generale der Alanus Hochschule) werden verschiedene Beiträge aus den künstlerischen Fachbereichen der Alanus Hochschule zu diesem Thema gegeben und bieten den Grundstock für die Gespräche zwischen den Symposiumsteilnehmern. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt auf ca. 100 Mitwirkende. Der Kostenbeitrag inklusive Verpflegung beträgt Euro 50,- (Studierende von anderen Unis Euro 20,-) Für eine begrenzte Teilnehmerzahl stehen auf dem Campus unmittelbar Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung (Euro 38,- Ü/F p.P.). Anfragen unter: 02222/9321-15. Weitere Übernachtungsmöglichkeiten im Dorf Alfter.

Freitag, 11. Juli: Beginn 16.00 Uhr. Begrüßung, Eröffnung des Symposiums, Performance, Einführung in das Thema des Symposiums, Offenes Gespräch/Performance, Nacht-Café im Johannishof.

Samstag, 12. Juli: Kunst und Wirtschaft: Beiträge aus den künstlerischen Fachbereichen der Alanus Hochschule und dem Institut für Kunst im Dialog. Vorträge, Gespräche, Performances, Schlussrunde. Ende 16.45 Uhr.

Ansprechpartner, Veranstaltungsorganisation und Anmeldung: Claudia Zanker, Dr. Steffen Koolmann, Alanus Hochschule, Johannishof, D-53347 Alfter bei Bonn, Fax: 02222/9321-21.

TAGUNG ÜBER DIE ALTERNATIVE „SABBATÖKONOMIE“

Vom 5. bis 7. September 2003 veranstaltet die Evangelische Akademie Thüringen zusammen mit den Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) e.V. im Zinzendorfhaus Neudietendorf eine öffentliche Wochenendtagung, welche die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung hinterfragt und unter dem Titel „Sabbatökonomie“ eine Alternative bzw. notwendige Veränderungen umreißt. Das Hauptreferat „Eine Ökonomie, die dem Leben dient - die Alternative der Sabbatökonomie“ hält Dr. habil. Franz Segbers. Am Samstag referieren der Theologe Dieter Koller über das Thema seines Buches „Geld oder Leben“ und der CGW-Vorsitzende Prof. Dr. Roland Geitmann über „Elemente einer gerechten Wirtschaftsordnung“.

Anschließend werden praktische Alternativen vorgestellt: Norbert Olah berichtet über das Modell „Neutrales Geld“, Norbert Saalfeld über das Tauschnetz Saalfeld und Frieder Schenke über Elektronisches Bargeld in Dresden. Der Film „Geldlos glücklich“ schildert Abenteuer der Heidemarie Schwerner. Bei einem abschließenden Podiums- und Plenumsgespräch am Sonntag wird sich zeigen, ob Ansätze einer zukunftsweisenden Alternative sichtbar geworden sind.

Näheres über Programm und Teilnahme ist zu erfahren bei der Evangelischen Akademie Thüringen, Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf, Tel. 036 202-984-0, Fax 036202-984-22, E-Mail: info@ev-akademie-thueringen.de; Homepage: www.ev-akademie-thueringen.de.

ZWEITES EUROPÄISCHES SOZIALFORUM FINDET VOM 12. - 16. NOVEMBER 2003 IN PARIS STATT

In einer Erklärung des französischen Initiativ Ausschusses heißt es unter anderem: Nach dem Weltsozialforum (WSF) von Porto Alegre, auf dem sich die Dynamik und die Größe der weltweiten Bürgerbewegung zeigte, und nach dem Erfolg des ersten Europäischen Sozialforums in Florenz soll das zweite Europäische Sozialforum in Frankreich abgehalten werden. Wie auch in Porto Alegre und in Florenz soll es ein offener Treffpunkt für den Austausch von Meinungen und Erfahrungen sein, um die Diskussion zwischen zahlreichen Bewegungen zu vertiefen, die von der Gewissheit „Eine andere Welt ist möglich“ getragen werden und die sich „gegen einen kapitalistischen, von den großen multinationalen Konzernen und den Regierungen und internationalen Institutionen, die deren Interessen dienen, befohlenen Globalisierungsprozess“ (Charta der Prinzipien des Weltsozialforums) wehren. In diesem Rahmen müssen sich die Vorschläge und die Mobilisierungen, die auf europäischer Ebene notwendig sind, gegen die Logik richten, die den Markt und den Wettbewerb zu zentralen Elementen des Europäischen Aufbauwerks macht. Es gilt, nicht nur die Notwendigkeit eines demokratischen Europas der Bürger und der Völker zu betonen, sondern auch zu zeigen, dass ein solches möglich ist.

Das kommende Europäische Sozialforum soll ein Zusammenströmen der sozialen Bewegungen, „Rechtlosen“-Organisationen, Vereinigungen, NGOs, Gewerkschaften, Friedens- und Bürgerbewegungen Europas und anderer Kontinente, besonders der südlichen Mittelmeerlande, ermöglichen. Quelle: <http://www.fse-esf.org>

FÜHRUNG IN DER SELBSTVERWALTUNG

Ausbildung für Verantwortliche in Führungs- und Leitungsaufgaben

Gerhard Herz

Dass Einrichtungen Führung benötigen, ist unumstritten. Worin jedoch diese Führung besteht und wie sie zustande kommt, ist eine immer wieder neu aufflammende Streitfrage. Auslöser dafür ist u.a. die Tatsache, dass Über- und Unterordnung in einer Zeit individuellen Selbstbewusstseins nicht mehr ohne weiteres hingenommen wird.

Führung

Angesichts oft lähmender Diskussionen um individualistisches oder kollektives Führerprinzip, um hierarchische oder hierarchiefreie, charismatische oder erlernbare Führung wird in diesem Kurs daran gearbeitet, Führung funktional zu verstehen und daraus die möglichen Strukturformen zu entwickeln. Was kann getan werden, damit in einer Organisation überall da die notwendigen Antworten gegeben werden können, wo es das Leistungs-

geschehen erfordert? Durch Antworten entsteht Verantwortung. Wie diese Verantwortung in eine gemeinsame Richtung gelenkt werden kann, ist moderne Führungsaufgabe. Der Kurs „Führung in der Selbstverwaltung“ führt die Teilnehmer zu einem lebendigen Organisations- und Führungsverständnis, das Einseitigkeiten überwindet: Führung als Prozess durchzieht eine gesamte Organisation; Verantwortung kann daher an jeder Stelle und in verschiedenen Formen ergriffen werden. Im Kurs werden die zur Zusammenarbeit immer neu erforderlichen Einsichten und Fähigkeiten angeregt, denn die Zunahme von Konflikten, die oft die Kräfte der Beteiligten erschöpfen, zeigt, dass sich das soziale Zusammenleben und -arbeiten nicht von allein einstellt.

Selbstverwaltung

Der Begriff der Selbstverwaltung wird einerseits auf die gesamte Einrichtung bezogen und es gilt zu entscheiden, wer dieses „Selbst“ in welchem Umfang und in welcher Art vertritt. So ist auch die mögliche Alleinverantwortung einer Person Ausdruck der Selbstverwaltung. - Andere beziehen dieses Selbst auf jede einzelne Person im Sinne der Mitbestimmung im Ganzen und der Selbstbestimmung im Einzelnen. Beide Interpretationen bergen Gefahren in sich: Kann im ersten Falle Führung mit dem einseitigen Blick auf das Erreichen der Zielsetzungen zu einer entwürdigenden Bevormundung der einzelnen Mitarbeiter führen, so droht im anderen Falle das Anwachsen des Beschäftigten mit sich selbst - und die Unternehmensaufgabe gerät aus dem Blick. Diese unterschiedlichen Vorstellungen über die „richtige“ Selbstverwaltung können sich blockieren und Grund sein für Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit.

Verschärfend wirkt sich aus, wenn die Qualität des Aufgabenbereichs einer Institution nicht klar gesehen wird: es ist ein fundamentaler und in seinen Folgen kaum zu überschätzender Unterschied zwischen einer Produktion und einer Beziehungsdienstleistung, wie sie in pädagogischen oder therapeutischen Einrichtungen erbracht wird.

Der Kurs will daher den Gedanken der Selbstverwaltung weiterentwickeln und als effektive Führungsform positiv besetzen. Damit schließt er konzeptionell und praktisch eine von vielen als schmerzlich empfundene Lücke.

Zielgruppe: Der Kurs wendet sich an Verantwortungsträger in Einrichtungen, die es mit Beziehungsdienstleistungen zu tun haben, z.B. der Pädagogik, Heilpädagogik, Sozialtherapie, Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime usw., insbesondere an Menschen, die an der Fragestellung Interesse haben, unabhängig davon, welche Strukturen innerhalb der Einrichtung bestehen; - die in Führungspositionen und -gremien verantwortlich arbeiten und sich dafür mehr Kompetenzen erwerben wollen; - die dabei sind, sich auf die Übernahme von mehr Verantwortung vorzubereiten.

Der Kurs findet bereits zum dritten Male statt. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt.

Die Themen der einzelnen Seminartage:

Das Leitbild als Orientierungspunkt für Führungsverantwortung // Verantwortung und Führung // Die Entwicklung und Sicherung des Könnens // Motivation

und Führung // Vertrauen und Führung // Zusammenarbeit und Führung // Ökonomie und Führung // Die Förderung der Mitarbeiter als Prüfstein für das Führungsverständnis // Selbstführung als Voraussetzung der Führung anderer // Führung als Gestaltung des Wandels // Individualisierung und Standardisierung // Führung: Verantwortung für die Leistung - Verantwortung für Menschen // Persönliche Konfliktfähigkeit // Projekt- und Seminaerauswertung // Weitergehende Umsetzung.

Was die Teilnehmer erwartet:

Ziele: Die Teilnehmer erarbeiten sich ein Verständnis für die Gestaltungsdynamik einer modernen Aufgabengemeinschaft, lernen die Führungsfrage aus verschiedenen Perspektiven verstehen, entwickeln einen verantwortungsvollen Umgang mit den Gestaltungskräften eines sozialen Organismus, lernen die damit zusammenhängenden Leitungs- und Führungsaufgaben kennen, entwickeln entsprechende Maßnahmen für ihren Arbeitsbereich.

Methode: Im Kurs werden die Gestaltungsfelder und Gestaltungsprozesse einer modernen Aufgabengemeinschaft methodisch bearbeitet. Die Teilnehmer, die ja z.T. praktizierende Führungskräfte sind, bringen ihre eigenen Praxisfragen mit in die Seminargestaltung ein. Referate, Übungen und die Bearbeitung von Führungsinstrumenten, werden als Arbeitsformen eingesetzt. Zwischen den Seminarblöcken bearbeiten die Teilnehmer eigene Praxisprojekte, die im Seminar ausgewertet werden. In den bisherigen Kursen hat es sich für die Umsetzung als äußerst fruchtbar erwiesen, wenn aus einer Einrichtung mindestens zwei Mitarbeitende teilnehmen.

Referenten: Udo Herrmannstorfer (Berater und Sozialwissenschaftler), Dr. Gerhard Herz (Berater und Erziehungswissenschaftler); Dr. Michael Ross (Sozialökonom und Berater), Jochen Pucher (Geschäftsführer), Herbert Ladwig (Rechtsanwalt), Dieter Schulz (Psychotherapeut), Thomas Schoch (Heilpädagoge und Schulleiter) und andere.

Wann und wo der Kurs stattfindet: 15. - 17. Oktober 2003 in Wuppertal // 3. - 5. Dezember 2003 in Wuppertal // 13. - 15. Januar 2004 in Bonn/Alfter // 10. - 12. März 2004 in Bonn/Alfter // 4. - 6. Mai 2004 in Wuppertal. Weiterführung und Umsetzung in den eigenen Organisationen zur Vernetzung der Teilnehmenden untereinander im Sinne einer laufenden Führungswerkstatt.

Anmeldeschluss: 1. August 2003. **Kursgebühren:** Euro 2.500.-, zweiter Teilnehmer aus einer Einrichtung Euro 1.280.-, jew. zuzügl. gesetzl. Mehrwertsteuer für 15 Seminartage incl. Kursmaterial. Dritter Teilnehmer aus einer Einrichtung frei, falls Plätze vorhanden sind.

Verantwortung und Leitung: Udo Herrmannstorfer, Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Dornach. Dr. Gerhard Herz, Institut für Betriebliche Bildung und Unternehmenskultur - IBU, Gröbenzell. **Anmeldung und Information:** Dr. Gerhard Herz - IBU, Augsburgstrasse 31a, D-82182 Gröbenzell, Tel. 08142 - 570 770, Fax 588 33, E-Mail: gerhardherz@ibuibu.com.

ALTERNATIVEN ZU PRIVATISIERUNG, AUSGLIEDERUNG UND SOZIALABBAU

Zur Zukunft des öffentlichen, sozialen und kulturellen Lebens in der Region Stuttgart

Freitag, 4. Juli 03, 16.00 - 19.30 Uhr, und Samstag, 5. Juli 03, 10.00 - 17.00 Uhr, DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20. Veranstaltet von ver.di und dem Sozialen Netzwerk Stuttgart.

Das öffentliche, soziale und kulturelle Leben in unserer Gesellschaft soll radikal umgekrempelt werden. Auf dem Hintergrund der politisch gewollten Finanzkrise, GATS und der Wettbewerbspolitik der EU-Kommission sollen immer mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Im Rahmen der Sparpolitik auf allen politischen Ebenen und des permanenten Stellenabbaus werden die Zuschüsse für soziale und kulturelle Träger und Einrichtungen eingefroren, gekürzt oder ganz gestrichen. Alle sozialen Bereiche sollen markt- und wettbewerbsorientiert ausgerichtet werden.

Um dies alles abzuwehren reicht es jedoch nicht aus, nur das Bestehende zu verteidigen. Wir wollen Vorstellungen entwickeln, wie das öffentliche, soziale und kulturelle Leben künftig verbessert, finanziert und gestaltet werden kann. Dazu soll der Zukunftskongress beitragen.

Freitag, 4. Juli 2003: Beginn 16.00 Uhr, Vorträge mit jeweils anschließender Diskussion: Dr. Thomas Böhm (ver.di-Vorsitzender Bezirk Stuttgart): Die soziale, kulturelle und politische Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge // Wilhelm Neurohr (Stadt- und Regionalplaner, Recklinghausen): Kommerzialisierung des öffentlichen Gemeinwesens und das drohende Ende der kommunalen Selbstverwaltung // Prof. Dr. Harald Spehl (Universität Trier): Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung.

Samstag, 5. Juli 2003: Beginn 10 Uhr: Foren zu folgenden Themen: 1. Globalisierung - EU-Politik - GATS (Impulsreferat attac) // 2. Gesundheitswesen (Impulsreferat Dr. Christoph Strawe, Dr. Thomas Böhm // 3. Soziales - Sozialsysteme (Impulsreferat Prof. Dr. Harald Spehl) // 4. Energie - Wasser - Ver- und Entsorgung (Impulsreferat Jens Löwe, Stuttgarter Wasserforum) // 5. Wohnen - Verkehr - Umwelt (N.N.) // Lernen - Erziehung - Bildung (Impulsreferat Hans-Peter Huber, Geschäftsführer berufliche Bildung der IHK Region Stuttgart) // Gemeindefinanzen - Kommunale Haushalte (Impulsreferat Wilhelm Neurohr) // 8. Migration // 9. Regionale Arbeitsmarktpolitik // 10. Kunst und Kultur (Referent/innen angefragt)

Die Foren werden durch kurze Impulsreferate eingeleitet. Danach sollen in moderierter Form nach der Methode der Zukunftswerkstätten (Kritik - Utopie / Ideen - Realisierungsphase) Ideen und Zukunftsvorstellungen entwickelt werden. Die Foren bilden auch eine Basis für die Zukunftswerkstätten.

Anmeldeunterlagen: ver.di Bezirk Stuttgart, Christel Meyer zu Berstenhorst, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Fax: 0711 - 1664-209, christel.meyerzuberstenhorst@verdi.de

WENN DIE ROHSTOFFE KNAPP WERDEN...

Tagung 12.-13. Juli 2003

Wie mit einem Paukenschlag machte der Club of Rome vor ca. 30 Jahren der Weltöffentlichkeit die Endlichkeit der Rohstoffreserven der Erde und daraus folgend die Grenzen des Wachstums bewusst. Inzwischen wurde zwar manche Prognose über die Erschöpfung der Reserven relativiert und die Effizienz der Rohstoffnutzung gesteigert. An der Richtigkeit der grundlegenden Aussagen des Berichts hat das aber nichts geändert. Mehr als die Details der Prognosen tritt inzwischen die Frage in den Vordergrund, ob die Menschheit in der Lage sein wird, die sich mit zunehmender Rohstoff-Knappheit verschärfenden Verteilungsprobleme friedlich zu lösen. Und in welche Verfassung sie gebracht werden muss, um von der Plünderung des Planeten zu einer nachhaltigen Nutzung ihrer Daseinsgrundlagen überzugehen.

Ohne moralische Anstrengungen wird das nicht möglich sein. Aber es wäre illusorisch, von Appellen zum sparsamen Gebrauch die entscheidende Wende zu erhoffen. Vielmehr wird die moralische Anstrengung auf die Gewinnung von Einsichten in ein System gerechter Verteilung und dessen Verwirklichung gerichtet werden müssen, wenn der unkontrollierten Ausbeutung der Vorräte des Raumschiffs Erde ein Ende bereitet werden soll. Darüber aber, d.h. über eine gerechte Verteilung der knapper werdenden Ressourcen, wird wenig nachgedacht und wenig geredet.

Und so hat auch die entscheidende Erkenntnis, dass die für ein nachhaltiges Wirtschaften notwendige Begrenzung der Ressourcennutzung politisch und weltweit nur bei deren gerechter Verteilung durchzusetzen ist, noch keine allgemeine Verbreitung gefunden. Das liegt auch daran, daß man in der Frage einer gerechten Verteilung über allgemeine moralische Maßstäbe kaum hinausgekommen ist und daher weitgehend resigniert hat.

Für den Boden haben die Verteilungsfragen durch die Bodenreformbewegung seit über 100 Jahren weitgehend sinnvolle Antworten gefunden. Es liegt nahe, die dort gewonnenen, inzwischen aktualisierten Verteilungsmaßstäbe auch für die Rohstoffe zu übernehmen. Die Tagung soll für die verschiedenen Gruppen von Rohstoffen zeigen, daß eine gerechte Verteilung um ihrer selbst willen erstrebenswert, aber auch als Funktionselement und Voraussetzung nachhaltiger Rohstoffpolitik unverzichtbar ist.

Vorgesehene Beiträge: Die Knappheit der Rohstoffe als ökologisches und als ökonomisches Problem - Prof. Dr. Dirk Löhr, FH Trier // Abfall vermeiden und Abfall verwerten. Recycling als Beitrag zur Rohstoffersparnis - Bestandsaufnahme und Perspektiven - Martin Wiedmaier, Umweltministerium Baden-Württemberg // Rohstoffe als globale Güter: nur begrenzt förderbar, aber frei handelbar - Eckhard Behrens, Heidelberg // Klimawandel als Emissions- und als Rohstoffproblem - Fritz Andres, Kirn // Rohstoffe und internationale Friedensordnung - Eckhard Behrens, Heidelberg.

Anmeldeunterlagen: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Tel. 071 64 - 35 73.

„EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH“

Was ist die Frage der Globalisierung und welche spirituelle Antwort finden wir darauf?

Seminar vom 2. bis 5. Oktober 2003

mit Nicanor Perlas und Irene Johanson

Drei grobe, langfristige Kräftebewegungen sind es, die von einer bestimmten Seite das Verhältnis der Völker und Staaten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem damit einhergehenden Zusammenbruch der alten Weltordnung des Kalten Krieges bestimmen: Die wirtschaftliche Globalisierung, die Vorstellung eines Kampfes der Kulturen und der Unilateralismus der USA. Diese Kräfte bündeln sich in dem Bestreben, dass unter der Führerschaft der USA eine neue Weltordnung geschaffen werden soll.

Wie versteht sich Europa in dieser Entwicklung? Wie kann dieser zukunftsbestimmenden Entwicklung begegnet werden? Welche Aufgaben stellen sich für die Zivilgesellschaft, also für die Menschen, die im Rahmen des Kulturlebens für die Schaffung einer anderen Welt eintreten? Woher kommen die Kräfte für die Bewältigung dieser Aufgaben? Wie findet der einzelne Mensch seinen individuellen Weg, um eine spirituelle Antwort auf diese Entwicklung geben zu können?

Auskunft und Anmeldung: Haus Freudenberg, Prinz-Karl-Str. 16, 52319 Starnberg, Tel. 08151-12 379, Fax 28 262, E-Mail Haus-Freudenberg@t-online.de, Internet: www.HausFreudenberg.de

WEGE ZUR QUALITÄT: INNERE UND ÄUSSERE BEDINGUNGEN QUALITATIVER ARBEIT

Prozessstufen als Verwirklichungsschritte der 12 Gestaltungskräfte

Damit das Verfahren „Wege zur Qualität“ in der alltäglichen Arbeit fruchtbar werden kann, ist Grundlagenarbeit zur Vertiefung des Verständnisses ein wesentlicher Bestandteil. Dafür gibt es verschiedene Formen, die je nach Situation sinnvoll sein können. Eine davon wird jetzt mit Udo Herrmannstorfer in Stuttgart in einem monatlichen Rhythmus angeboten. Es werden in zwei abendlichen Stunden grundlegende Aspekte der verschiedenen Kapitel bearbeitet. Teilnehmende: Menschen, die mit „Wege zur Qualität“ arbeiten und eine solche Vertiefung suchen. Eine regelmäßige Teilnahme ist erwünscht. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Arbeitsweise: Referate, Gespräche. Dauer: jeweils von 18.15 Uhr - 20.15 Uhr. Kosten: Die Teilnahme an dieser

Grundlagenarbeit ist beitragslos für Mitarbeitende aus Institutionen, die mit WzQ arbeiten. Weitere Interessierte bitten wir um eine Kostenbeteiligung. Ort für die Treffen ab Juli 2003: 70190 Stuttgart, Werfmershalde 19, in den Räumen der Christengemeinschaft (erreichbar mit Bus Nr. 42, ab Hauptbahnhof, Haltestelle Urachstraße, in ca. 5 Minuten).

Daten der noch ausstehenden fünf von sieben Veranstaltungen : 9. Juli 2003, 10. September 2003, 8. Oktober 2003, 12. November 2003, 10. Dezember 2003. Kontakt: Beate Sauer, Haus Morgenstern, Gänsheidestr. 100, 70186 Stuttgart, E-Mail: beate.saur@haus-morgenstern.de

INSTITUT FÜR SOZIALE DREIGLIEDERUNG: NEUAUFLAGE DES BASISSTUDIUMS

Sylvain Coiplot

Unser Basisstudium zur sozialen Dreigliederung erlebt im nächsten Herbst eine Neuauflage. Es geht nun um 7 zusammenhängende Wochenenden, mit Vorträgen und Textarbeit. Der Schwerpunkt liegt einerseits auf den Anregungen Rudolf Steiners und andererseits auf aktuellen Versuchen, diese Anregungen aufzugreifen und in konkrete Initiativen umzusetzen. Programm und Anmeldung unter <http://www.dreigliederung.de/basisstudium/index.html>. Wer das Basisstudium in seine Stadt holen möchte, kann sich bei uns melden. Wir haben dazu ein Internet-Formular bereitgestellt. Kommen genug Interessenten zusammen, führen wir gerne dort ein Basisstudium durch.

Bis dahin können Sie aber auch Referenten für Einzelveranstaltungen zur sozialen Dreigliederung in Ihre Stadt einladen. Um Ihnen die Suche zu erleichtern, haben wir mit dem Aufbau einer Referentenliste angefangen, mit Angabe von Themenbereichen, Region und Zeitraum.

Sylvain Coiplot, Institut für soziale Dreigliederung, Norweger Strasse 3, D-10439 Berlin, Tel. 030-992 693 01, Fax 030-447 374 21, Mobil 0179-7537155, E-Mail institut@dreigliederung.de, Internet www.dreigliederung.de (auf den inzwischen stark frequentierten Seiten gibt es zahlreiche neu veröffentlichte Texte).

„EINE NEUE BANK ENTSTEHT ... FÜR INITIATIVE ZUM GESELLSCHAFT- LICHEN WANDEL“

Generalversammlung 2003 der GLS Gemeinschaftsbank eG

Für den 27. und 28. Juni hat die GLS zur diesjährigen Generalversammlung ins Schauspielhaus Bochum eingeladen. Unter dem auf den Zusammenschluss mit

der Ökobank anspielenden Motto „Eine neue Bank entsteht ... für Initiative zum gesellschaftlichen Wandel“ soll der Frage nachgegangen werden, welchen Beitrag die „neue“ Bank zu diesem Wandel leisten kann. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer - Träger des alternativen Nobelpreises wegen seines Engagements für die regenerativen Energien - wurde für den Eingangsvortrag zum Thema „Die Wirtschaftsfelder der Zukunft“ gewonnen. Im Anschluss daran findet ein Podiumsgespräch zum Vortrag und zum Tagungsthema statt. Am Abend gibt es dann eine Theateraufführung („Der Parasit“ von Friedrich Schiller), zu der neben Mitgliedern und Kunden auch Interessierte aus dem Ruhrgebiet eingeladen wurden. Für Samstag ist der Jahresbericht der Vorstände und eine „offene Bankwerkstatt“ vorgesehen, in der die neue Bank vorgestellt und Gesprächsforen zu aktuellen Themen der Arbeit angeboten werden sollen.

GLS Gemeinschaftsbank eG, Postfach 10 08 29, 44708 Bochum, Tel. 02 34 - 57 97- 0, Fax 57 97 - 133, E-Mail bochum@gemeinschaftsbank.de, Internet www.gls-bank.de

JUNGUNTERNEHMERPROGRAMM

Goetheanum, zusammen mit dem L'Aubier Hotel, 18. September 2003 bis 31. Juli 2004

Dieses „Young Entrepreneurs Program (YEP)“ wendet sich an Jungunternehmer zwischen 20 und 29 Jahre, die Interesse an Ökonomie und Ethik haben. Voraussetzung ist auch gute Kenntnis der englischen Sprache.

Seminarblöcke:

Erster Block: 18.-9. - 1.10.2003

Teilnahme an der Michaeli Tagung (optional): 2.-5.10.2003

Individuell zugeschnittenes Programm: 6.-10.10.2003

Zweiter Block: 5.-23.1.2004

Dritter Block: 19.-30.4.2004

Vierter Block: 5.-29.7.2004

Abschluss: 30.-31.7.2004 (zusammen 12 Wochen)

Unternehmenspraktika:

Erstes Praktikum: 13.-10. - 19.12. 2003 (10 Wochen)

Zweites Praktikum: 26.1. - 2.4. 2004 (10 Wochen)

Drittes Praktikum: 3.5. - 2.7. 2004 (9 Wochen)

Bezahlung/Kursgebühren: 3000 Euro. **Anmeldeunterlagen** im Internet <http://www.aagfinance.ch/programs.html> (nur Englisch!) bzw. bei Cornelius M. Pietzner (Schatzmeister), Goetheanum, CH-4143 Dornach, Tel/Fax: +41 (0) 61 705 43 10 / +41 (0) 61 706 43 14, cornelius.pietzner@goetheanum.ch



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe
Veranstalter: Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach
Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart
Tel. 0711-23 68 950, Fax 23 60 218,
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de

Programm 2. Jahreshälfte 2003

Seminar, 24. - 26. Oktober 2003, Universität Trier, Universitätsring 15, D - 54286 Trier, Gebäude A
Konzeptuelle Beiträge für eine menschengerechte Globalisierung

Wie weiter mit der Landwirtschaft?

Die Entwicklungschancen der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung

Freitag, 24. Oktober: 20.00 Wie weiter mit der Landwirtschaft? (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // **Samstag, 25. Oktober:** 9.00 - 10.30: Situationsanalyse „Landwirtschaft in der Globalisierung“ - WTO-Vereinbarungen, Agenda 2000 etc. (Referate: Prof. Dr. Harald Spehl, Dr. Christoph Strawe) // 11.00 - 12.00: Arbeitsgruppen // 12.00 - 13.00 Plenumsgespräch // 14.30 - 15.45: Die Ökonomie einer globalen ökologischen Landwirtschaft (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 16.15 - 17.15 Arbeitsgruppen // 17.15 - 18.00 Plenumsgespräch // 19.30: Forum: Zusammenarbeit auf der Ebene der Höfe und in der Naturkostszene - Bestandsaufnahme und praktische Aufgaben // **Sonntag, 26. Oktober:** 9.00 - 10.15 und 10.45 - 12.30: Perspektiven und Handlungsrichtungen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene (Einleitung: Harald Spehl und Christoph Strawe) // **Teilnahmegebühr:** Euro 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung) // **Unterbringung** in Eigenregie z.B. über Tourist-Information Trier Stadt und Land e.V. Postfach 3830, 54228 Trier, Telefon 0651 / 97808-16 oder 97808-14, Telefax: 0651 / 700048 oder 44759, E-Mail: hotel@trier.de; Internet: <http://www.trier.de/tourismus>

Seminar, 31. Oktober bis 2. November 2003, Rudolf Steiner Haus Frankfurt/Main

Biografieverständnis und Sozialgestaltung

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Von der alten Gemeinschaft zur Gesellschaft der Mündigen - soziale Dreigliederung und Biografie (Christoph Strawe) // **Samstag: 9.00 - 9.30:** Eurythmischer Auftakt (Ulla Herrmannstorfer) // 9.30 - 11.00: Entwicklungsphasen im menschlichen Lebenslauf (Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 14.30 - 15.00: Eurythmischer Auftakt (Ulla H.) // 15.00 - 16.30: Individualität und Biografie (U. Herrmannstorfer) // 17.00 - 18.15: Gesprächsarbeit // 20.00: Reinkarnation und Schicksal: ihre Bedeutung für das soziale Leben (C. Strawe) // **Sonntag: 9.00 - 9.30:** Eurythmischer Auftakt (Ulla H.) // 9.00 - 10.30: Das Erwachen am Anderen. Die sozialen Gestaltungsformen als Entwicklungsfeld des Menschen (U. Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch // Teilnahmegebühr Euro 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung, Verpflegung zusätzlich Euro 20,-)

Seminar, 7. - 8. November 2003, Wirtschaftsmuseum Wien

Arbeitslosigkeit - Regionalität - Sozialstaat

Auswege aus der Globalisierungsfalle

Mitveranstalter Kulturforum Wien. Mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe

Das Seminar beginnt voraussichtlich am Freitag abend. In Vorträgen, Foren (auch mit Vertretern von Politik, Arbeitnehmern und Arbeitgebern) und Gesprächen sollen unter anderem folgende Themen behandelt werden: Arbeitslosigkeit - Krise und Chance // Zur Situation des Sozialstaats in Österreich - empirische Bestandsaufnahme // Zukunftssicherung

der sozialen Sicherungssysteme und speziell der Arbeitslosenversicherung - Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich // Regionale Zusammenarbeit - ein Weg zur Überwindung von Arbeitslosigkeit? // Regionale Sozialsicherung und Osterweiterung der EU

Nähere Informationen, Organisation und Anmeldeunterlagen: Kulturforum Wien: Christian Pieper/Jürgen Menz, Schulgasse 35, A - 2542 Kottlingbrunn, Tel: +43 (0) 2252-77218-42, Fax: 77218-70, E-Mail: Juergen.Menz@al-naturkost.at

Anmeldung

zu den Seminaren der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“, soweit nichts anderes angegeben ist, an: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218 // E-Mail Institut@sozialimpulse.de // Internet: www.sozialimpulse.de

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organisation. Sie erhalten ca. 3 Wochen vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. **Teilnahmegebühr** bitte jeweils bis 2 Wochen vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, **Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70** (bitte Name und Veranstaltung vermerken). Unterbringung und Verpflegung sind in der Teilnahmegebühr nicht enthalten. Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Das Gleiche gilt für Ermäßigungen. Für das Seminar in Wien zahlen Sie beim örtlichen Mitveranstalter. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir evtl. eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben müssen, wenn Sie später als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.



Bestell- und Anmeldeformular

Bitte ausfüllen und einsenden oder faxen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Fax 0711- 23 60 218

Ich melde mich für folgende Veranstaltungen verbindlich an (bitte ankreuzen) und überweise den entsprechenden Betrag auf das Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Arbeitstagung Trier: Wie weiter mit der Landwirtschaft? (Euro 120,-)

Seminar Frankfurt/Main: Biografieverständnis und Sozialgestaltung (Euro 140,-, Verpfl. zus. Euro 20,-)
Bei Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung bitte ankreuzen: mit Fleisch vegetarisch

Für das Seminar in Wien: Arbeitslosigkeit - Regionalität - Sozialstaat - bitte Anmeldung und Bezahlung bei Kulturforum Wien, Anschrift siehe Seminarbeschreibung

Ich kann Werbematerial weitergeben // aushängen: schicken Sie mir

..... Prospekt(e) // Plakat(e)

Name berufl.Tätigkeit

Straße PLZ/Ort

Tel./Fax E-Mail

Datum Unterschrift

BESTELLFORMULAR: RUNDBRIEF DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Bitte schicken Sie mir, soweit noch vorrätig, nachfolgend angekreuzte Rundbriefe:
(Kostenbeitrag je Rundbrief Euro bitte 2,50 zzgl. 1 Euro Versand Inland, 2 Euro Ausland)

- RB Nr. 3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein / Gesellschaft und Technik
 - RB Nr. 1/93: Sozialkunde an der Waldorfschule / Dreigliederung und ökologische Frage
 - RB Nr. 2/94: Dreigliederungsbewegung und das „Superwahljahr“ 1994 / Die europäische Integrationsbewegung
 - RB Nr. 2/96: Regionale Selbstverwaltung / Löhne sind keine Kosten / Zusammenarbeit in der Naturkostszene
 - RB Nr. 2/97: Wirtschaft ohne Sozialbindung - Fragen der Globalisierung
 - RB Nr. 3/97: Sternenwelt und soziale Gestaltung / Arbeitslosigkeit
 - RB Nr. 4/97: Medien - die vierte Gewalt?
 - RB Nr. 1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? / Aktion mündige Schule
 - RB Nr. 2/98: Die neue Rolle des Staates
 - RB Nr. 3/98: Dreigliederungsbewegung 1917-1922 / Konturen der Goetheschen Politik
 - RB Nr. 4/98: Der Euro kommt / Sozialziele und Verfassung / Zur apokalyptischen Signatur der Gegenwart
 - RB Nr. 1/99: Wie weiter mit den Sozialsystemen? - Umfinanzierung der Lohnnebenkosten / Agenda 21
 - RB Nr. 2/99: Kosovo / 50 Jahre Grundgesetz / Qualitätssicherung / Bewusstseinsseele
 - RB Nr. 3/99: Leitbildarbeit / Grundrechte in Europa
 - RB Nr. 1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung / Demokratiebewegung / Bodenrecht
 - RB Nr 2/00: Quo vadis Europa? Im Ringen um eine Charta der Grundrechte
 - RB Nr 3/00: Gestaltungsfelder in Aufgabengemeinschaften - Urbanisierung und Dreigliederung
 - RB Nr 4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung
 - RB Nr 1/01: Trisektorale Partnerschaft, Zivilgesellschaft und Dreigliederung
 - RB Nr 2/01: Wem dient GATS - vergriffen. Artikel als Nachdruck erhältlich
 - RB Nr 3/01: Delegation und kollegiale Führung - vergriffen: Artikel als Nachdruck erhältlich
 - RB Nr 4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September / Die soziale Frage als regionale Frage / GATS
 - RB Nr 1/02: „Eine andere Welt ist möglich“ / Weltsozialforum in Porto Alegre, Brasilien / Dreigliederung und Viergliederung
 - RB Nr 2/02: „Die Welt ist keine Ware“ (GATS, TRIPS, WTO)
 - RB Nr 3/02: Tendenzen (Globalisierung / Rio + 10 / Das Verschwinden des physischen Eigentums)
 - RB Nr 4/02: Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung
 - RB Nr 1/03: Krieg und Frieden / Cross-Border Leasing / Europäischer Verfassungsvertrag
- Ich lege einen Scheck über den Betrag der Bestellung bei.
 - Ich habe den entsprechenden Betrag überwiesen auf das Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01.
 - Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt Euro /Jahr (Richtsatz Euro 20); Konto-Nr. s.o. (Nur bei Neubestellungen ausfüllen.)

Name berufl.Tätigkeit

Straße PLZ / Ort

Tel./ Fax E-Mail

Datum Unterschrift